Vorabdruck aus: Enver Hoxha Ausgewählte Werke Band II

1 H 3752 CX

Seite 9/10

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 33 vom 19. August 1977 | 11. Jahrgang | 50 Pfennig

Lügen über "offene Stellen"- wachsende Zahl von Sperrzeiten

Der kapitalistische Staat- Feind der Arbeitslosen

Die von der Bonner Regierung zu Anfang des Jahres angegebene „Orientierungszahl" — 800.000 amtlich registrierte Arbeitslose im Jahresdurchschnitt — hat sich schon seit Monaten als illusorisch erwiesen. Jetzt mußten die Herren in Bonn zugeben, daß die Zahl der offiziell anerkannten Arbeitslosen in diesem Jahr auf jeden Fall wieder über der Millionengrenze liegen wird. Kaum jemand läßt sich heute noch von den Versprechungen über einen schrittweisen Abbau der Arbeitslosigkeit einlullen. Immer deutlicher schält sich eine ganz andere Perspektive heraus: die weitere massive Verschärfung der Arbeitslosigkeit und das Anwachsen von Armut, Verelendung und sozialen Mißständen. Unter den werktätigen Massen, die von der Regierung schon so oft betrogen und getäuscht wurden, wächst daher die Empörung und die Unruhe über die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik.

Von der bürgerlichen Propaganda wird die anhaltende Arbeitslosigkeit als „naturgegeben" hingestellt nach dem Motto: „Regt euch doch nicht auf, es gibt Länder wo es noch schlimmer aussieht, als hier." Wirtschaftsminister Friderichs proklamierte jüngst öffentlich eine durchschnittliche Arbeitslosenzahl von 700.000 für die kommenden Jahre als „erstrebenswertes Ziel". Friedrichs und Konsorten werden auf diesen Zynismus noch die richtige Antwort bekommen: dann, wenn die ausgebeuteten und unterdrückten Massen sich zum Kampf gegen diesen Bonner Ausbeuterstaat erheben, weil sie erkennen, daß es ein „erstrebenswertes Ziel" ist, ihn zu zerschlagen und einen Staat der Arbeiter zu errichten wie er in Albanien herrscht, wo es keinerlei Arbeitslosigkeit und keine Wirtschaftskrise gibt.

Immer häufiger diffamieren Vertreter dieses „Sozialstaates", wie etwa der NRW-Sozialminister Farthmann, die Arbeitslosen als arbeitsscheu und als Drückeberger.

Um diese faschistische Hetze an den Mann zu bringen, werden immer wieder Zahlen über „Hunderttausende von offenen Stellen" aufgetischt, die angeblich vorhanden seien und nicht besetzt werden könnten.

Es ist natürlich nicht schwierig, statistische Zahlen einfach zu demagogischen Zwecken in ein falsches Licht zu stellen. So gibt es z. B. stets eine Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt, und diese drückt sich darin aus, daß in der Statistik des Arbeitsamtes immer eine gewisse Anzahl offener Stellen registriert ist. Mit einer angeblichen Arbeitsunwilligkeit von Arbeitslosen hat dies überhaupt nichts zu tun. Das läßt sich z. B. an folgenden Zahlen deutlich machen: Nach den Angaben der Bundesanstalt für Arbeit fragten im vergangenen Jahr bei einer Durchschnittsarbeitslosigkeit von 1.060.336 insgesamt 4.355.300 Stellungssuchende um Vermittlung eines Arbeitsplatzes nach. Dem standen insgesamt nur 2,3 Millionen im Verlaufe des Jahres zur Besetzung angemeldete offene Stellen gegenüber. Das Defizit an angebotenen Stellen betrug also gegenüber der Nachfrage nach Arbeitsplätzen mehr als 2 Millionen.

Das infame Geschrei von der „Arbeitsunwilligkeit" soll unter anderem auch davon ablenken, daß gerade umgekehrt die Kapitalisten in vielen Fällen nur dann bereit sind, Arbeitskräfte einzustellen, „wenn es sich um beste Ware handelt", d. h. um junge Bewerber, deren Gesundheit und Arbeitskraft noch nicht durch jahrzehntelange Ausbeutung in den kapitalistischen Knochenmühlen gelitten hat. So wurde kürzlich bekannt, daß 40% der sogenannten offenen Stellen mit einem Altersvorbehalt versehen sind, d. h. nur an Bewerber bis zu einem bestimmten Alter überhaupt angeboten werden. Zum größten Teil liegt die angegebene Altersgrenze bei 45 Jahren. Wer älter ist, (oder zwar noch jünger, aber gesundheitlich nicht ganz auf der Höhe) wird gar nicht erst für diese Arbeitsplätze in Betracht gezogen, denn aus ihm kann der Kapitalist ja nicht ein Maximum an Mehrwert herausschinden. Ereifert sich darüber etwa die bürgerliche Presse? Natürlich nicht. Und niemand zieht einen Kapitalisten für diese Schweinerei zur Rechenschaft. Wenn dagegen ein Arbeitsloser sich nicht zwingen lassen will, zu unverschämten Bedingungen einen Arbeitsvertrag zu unterschreiben, wenn er sich sträubt, einen zu niedrig bezahlten oder gesundheitsschädli-

Fortsetzung auf Seite 4

Königin Elisabeth in Nordirland — S. 11



Die Bevölkerung Nordirlands kämpft militant gegen die britischen Besatzer — s. S. 11.

Baustop bei Atomkraftwerken?

Fortführung des reaktionären Bonner Energieprogramms

Energiedebatte in Bonn. Forschungsminister Matthöfer kündigt einen möglichen Baustopp bei den Kernkraftwerken an. Er selbst sei ja dagegen, aber die Parteitage von SPD und FDP in diesem Jahr würden sich wahrscheinlich für einen solchen Baustopp aussprechen, und daran könne er als „demokratischer Politiker nicht vorbei gehen". Um diese Erklärung von Matthöfer ist ein großer Wirbel gemacht worden, nicht zuletzt, um den angeblich demokratischen Charakter der Bonner Politik anzupreisen.

Aber jedermann weiß, daß Bonn sein Atomenergie-Programm nicht demokratisch, sondern mit dem Mittel der reaktionären Gewalt, mit Polizeiknüppeln und Tränengasgranaten gegen den breiten Widerstand der Werktätigen durchgepeitscht hat. Unsere Sorgen um die Gefahren einer radioaktiven Verseuchung haben die Schmidt und Matthöfer stets nur einen Dreck gekümmert. Ihre Richtschnur waren einzig und allein die Weisungen aus den Vorstandsetagen der Energie- und Elektromonopole.

Was hat also die jüngste Erklärung Matthöfers zu bedeuten? Zum einen bedeutet sie nicht, daß jetzt keine Atomkraftwerke mehr in Betrieb genommen oder gebaut würden. Im Gegenteil: Gerade hat das Innenministerium grünes Licht für den Betrieb von Isar I in Ohu/Bayern und von Esenshamm an der Unterweser gegeben. Und das, obwohl diese Genehmigung im Falle Esenshamm eine Aufheizung der Weser über die kritische Menge hinaus und eine schleichende Verseuchung der großen Bewässerungssysteme bedeutet, die ihr Wasser direkt neben dem KKW aus der Weser entnehmen.

Weiter wird der Bau des Schnellen Brüters in Kalkar am Niederrhein vorangetrieben, eines Super-Kernkraftwerks der zweiten Generation. Die Bauarbeiten in Grohnde gehen trotz eines gegenteiligen Gerichtsbeschlusses weiter, ebenso in einigen anderen KKWs. Schmidt selbst hat ja in aller Deutlichkeit gesagt: „Aussteigen aus dem Energieprogramm, das auch Kernkraftwerke vorsieht, und sich in seinen Schrebergarten zurückziehen und zwei bis drei Jahre warten, das geht nicht."

Nein, warten wollen die Monopole nicht. So haben etwa die Betreiber des KKW Esenshamm immer gejammert, daß ihnen an jedem Tag, an dem das Kraftwerk nicht in Betrieb ist, 600.000 Mark durch die Lappen gehen. Die großen Energiekonzerne, die früher Milliardenprofite aus den Knochen der Kumpels in den Kohlebergwerken von Ruhr und Saar herausgepreßt haben, die dann, als das Erdölgeschäft noch größere Gewinne versprach, den Kohlebergbau abservierten und Zehntausende Bergarbeiter auf die Straße warfen; sie sehen heute in der Atomenergie das Geschäft der Zukunft. Warten wollen sie nicht mit dem Einstreichen ihrer Profite. Aber sie sind bei dem hemmungslos vorangetriebenen Bau immer neuer Kernkraftwerke in Schwierigkeiten gekommen. So ist bis heute das Problem der Entsorgung nicht gelöst, das heißt der Wiederaufbereitung der verbrauchten Brennstäbe. Ohne eine Wiederaufbereitungsanlage können aber die Kapitalisten ihr Energieprogramm nicht durchziehen. Deshalb kann die Erklärung von Matthöfer bedeuten, daß die Bundesregierung sich jetzt statt auf den Bau neuer KKWs erst einmal darauf konzentriert, den Monopolen eine Wiederaufbereitungsanlage hinzusetzen.

Das entscheidende an der Energiedebatte in Bonn ist aber etwas anderes: Systematisch soll hier Stimmung gemacht werden dafür, daß wir, die Werktätigen, alle Kosten für das reaktionäre Energieprogramm der Monopole tragen sollen. So wurde ein großes Geschrei erhoben unter der bekannten Parole: Bis 1985 gehen

Fortsetzung auf Seite 2

Grösste NATO-Manöver seit dem II. Weltkrieg

Im Herbst werden im Rahmen des aggressiven NATO-Paktes die größten Manöver seit dem zweiten Weltkrieg stattfinden. Unter der Bezeichnung „Autumn Forge" führt die NATO allein im September 30 verschiedene Manöver durch, von denen 10 auf westdeutschem Boden stattfinden werden. Allein an den drei größten dieser Manöver sollen über 100.000 Soldaten teilnehmen: am Manöver „Standhafte Schatten", das im Raum Kassel, Siegen, Plettenberg stattfindet, 38.000 Soldaten, am Manöver „Blue Fox" 24.500 Soldaten und am Manöver „Carbon Edge" 45.000 Soldaten. Diese Militärübungen, in denen die NATO-Verbände den Krieg proben, zeigen deutlich, was von den Abrüstungs- und Entspannungsparolen in Washington, aber auch in Bonn zu halten ist. Sie dienen den westlichen Imperialisten — genauso wie den russischen Sozialimperialisten — allein dazu, ihre fieberhaften Kriegsvorbereitungen vor den Werktätigen zu verschleiern.

Kampf dem Manöverterror! Krieg dem imperialistischen Krieg!

AUS DEM INHALT

Vance im Nahen Osten — Fortsetzung der antiarabischen Komplotte 2
August 1968: Faschistischer Überfall auf die Tschechoslowakei — Die proletarische Revolution ist der einzige Weg zur Befreiung 3
Neutronenbombe — Revisionisten sabotieren den Kampf 3
Abschaffung der Lehrlingslöhne gefordert — Unverschämter Angriff der Kapitalisten 4
Hoesch/Dortmund: 12.000 Kollegen sollen wegrationalisiert werden 5
Sozialleistungen sollen weiter abgebaut werden — Auf Kosten der Ärmsten der Armen 6
„Zum Schutz des Bürgers"? — Staatliche Hetze gegen E. Poensgen 7
Hausdurchsuchungen bei Kommunisten 7
Polizist erschießt 20jährigen Arbeiter . 7

Vance im Nahen Osten

Fortsetzung der antiarabischen Komplotte

Der amerikanische Außenminister Vance hat seine Rundreise durch einige Länder des Nahen Ostens beendet. Wie schon sein berüchtigter Vorgänger Kissinger, schlüpfte auch er dabei in die Rolle eines angeblichen „Friedensstifters“, der vorgab, ihm läge nichts so sehr am Herzen, als den Völkern des Nahen Ostens einen andauernden Frieden zu bringen.

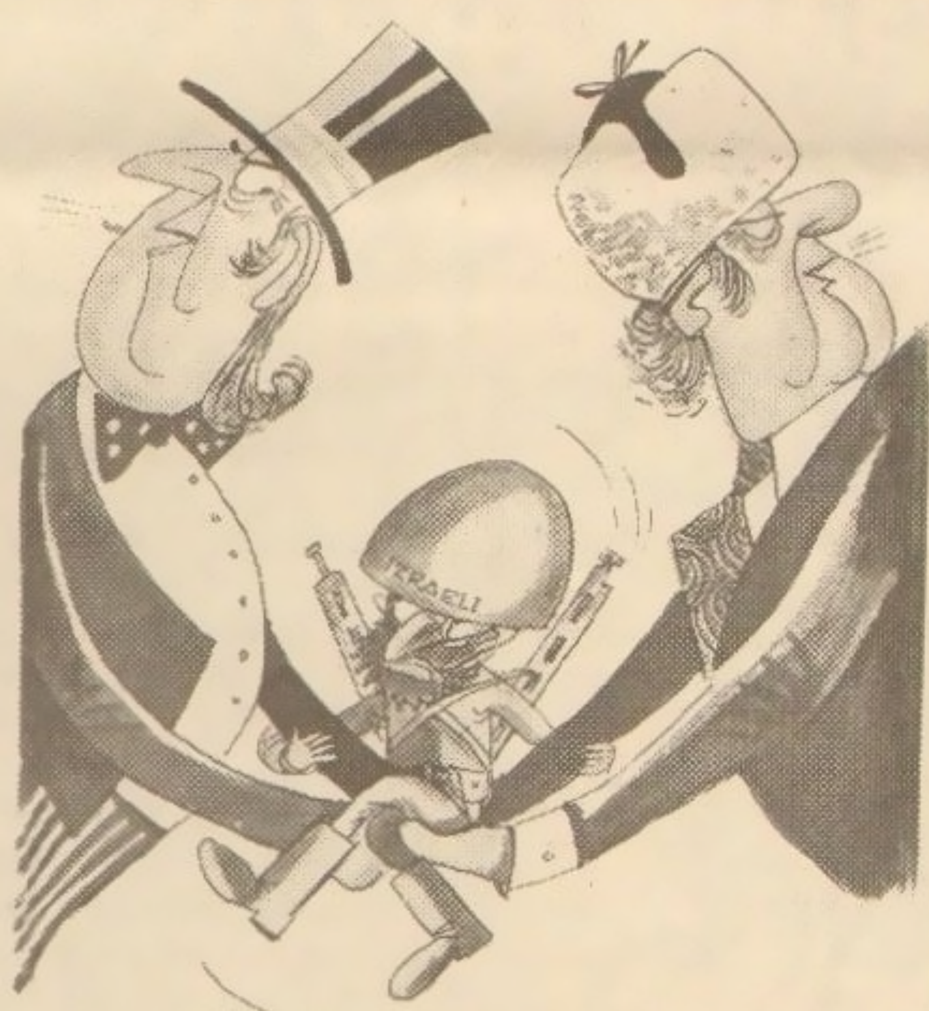
Aber Vance begnügte sich nicht damit, die Maske des neutralen Maklers aufzusetzen. Er versuchte auch demagogisch den Eindruck zu erwecken, als gäbe es ernsthafte Meinungsverschiedenheiten zwischen Washington und den Zionisten-Chefs in Tel Aviv, als würden die amerikanischen Imperialisten die arabische Seite stärker begünstigen als die israelische. Mit solchen Manövern wollte Vance das stark angeschlagene Ansehen Washingtons in der arabischen Welt reparieren, wollte er Illusionen darüber erwecken, daß die amerikanische Supermacht ein Freund der Araber geworden sei, dem man seine Sache anvertrauen könne, daß der amerikanische Druck auf Israel schon die Halsstarrigkeit der Zionisten brechen würde.

Während Vance noch unterwegs war, konnten sich die arabischen Völker allerdings davon überzeugen, was es mit diesem angeblichen Druck auf Tel Aviv wirdlich auf sich hat: Es wurde bekannt, daß Carter gerade dem Zionisten-Chef Begin 250 Millionen Dollar Militärhilfe in die Hand versprochen hatte. Und im nächsten Jahr sollen noch einmal 2 Milliarden Dollar dazukommen. Geld und Waffen für neue Aggressionen gegen die arabischen Länder!

Und schon jetzt, wo Vance die arabischen Regierungen in lange fruchtlose Debatten verwickelte, aus welchen der 1967 besetzen Gebiete sich die Zionisten zurückziehen sollten oder könnten, schon jetzt überfallen sie mit amerikanischen Waffen und mit der Billigung Washingtons täglich den Libanon, wollen sie den damals geraubten Gebieten den libanesischen Süden hinzufügen.

Die amerikanischen Imperialisten wiederum nutzen die von den Zionisten geschaffene gespannte Lage im Südlibanon dazu aus, um die Stationierung von UNO-Truppen in diesem Gebiet zu fordern. Wie während der Vance-Reise bekannt wurde, haben sie sich mit der russischen Supermacht „im Prinzip“ darüber geeinigt, daß ein 4.000 Mann starkes Kontingent in den Südlibanon entsandt werden soll, ein Kontingent, in dem jede der beiden Supermächte mit ihren Truppen vertreten wäre.

Die jetzt von Carter und Vance aufgetischten angeblich neuen Friedenspläne haben genau den gleichen Kern wie die ihrer Vorgänger im Weißen Haus: den arabischen Regierungen einschließlich der PLO soll eine Erklärung abgepreßt werden, daß sie mit Israel Frieden schließen und seine Grenzen akzeptieren würden. Das würde aber nichts anderes bedeuten, als diesen imperialistischen Stützpunkt auf dem Gebiet der arabischen Nation anzuerkennen, seine Aggressionen noch nachträglich gutzuheißen und den Kampf gegen künftige Aggressionen schon vorher aufzugeben.



Doppelte „Sicherheit“ — Karikatur aus der albanischen satirischen Zeitschrift „Hostëni“

Für die Durchsetzung dieser Pläne fand Vance nicht nur beim reaktionären Feudalregime in Jordanien Unterstützung. Auch der ägyptische Präsident Sadat gab dem Gesandten des Dollar-Imperialismus Schützenhilfe. Nicht nur, daß er ihn bei jeder sich bietenden Gelegenheit als einen „guten Freund“ anpries. Er erklärte auch seine Bereitschaft, mit Israel, dem Todfeind der arabischen Völker, in Verhandlungen um einen Friedensvertrag einzutreten und sich zu diesem Zweck mit dem berüchtigten Schlächter des palästinensischen Volks, Dayan, zu treffen. Er ging sogar so weit, einen Plan für sogenannte Friedensverhandlungen, die unter dem Vorsitz der beiden Supermächte in Genf stattfinden sollen, vorzulegen, in dem die PLO, die rechtmäßige Vertreterin des palästinensischen Volkes, vollständig übergangen wird.

Das ist eine direkte Unterstützung für die Pläne der amerikanischen Imperialisten, die Befreiungsbewegung Palästinas auszuschalten und eine „palästinensische Heimat“ im Westjordanland unter jordanischer Zivil- und israelischer Militärverwaltung zu schaffen, das palästinensische Volk also der doppelten Unterdrückung durch ihre reaktionären Lakaien zu unterwerfen. Und nach dem Willen Washingtons sollen diese Pläne noch in diesem Jahr auf der Genfer Konferenz verwirklicht werden.

Die Vorstöße des amerikanischen Außenministers haben die russischen Sozialimperialisten alarmiert. Sie haben ihren Minister Kulikow in Richtung Nahost in Bewegung gesetzt, um zu verhindern, daß sie bei den Schachereien in Vorbereitung auf die Genfer Konferenz zu kurz kommen. Ihnen geht es genauso wie der amerikanischen Supermacht darum, wirtschaftliche, politische und militärische Positionen im Nahen Osten zu erobern. Und auch sie sehen in der arabischen Freiheitsbewegung das größte Hindernis für ihre imperialistischen Bestrebungen. Deshalb unterstützen sie ihrerseits schon seit langem die israelischen Zionisten, indem sie ihnen in Form von jüdischen Einwanderern die Soldaten für ihre Aggressionsarmee liefern. Sie treten in der Maske eines „Verbündeten“ des palästinensischen Volkes auf, aber genauso wie die amerikanische Supermacht widersetzen sie sich dem gerechten Ziel des Befreiungskampfes, nämlich den ganzen Boden Palästinas von den zionistischen Unterdrückern zu befreien.

So sind beide Supermächte die geschworenen Feinde der arabischen Völker. Bei all ihren „Friedensplänen“, Konferenzen usw. wird niemals etwas Positives für diese Völker herauskommen. Denn alle diese Initiativen der Supermächte dienen nur dazu, ihre jeweiligen imperialistischen Interessen durchzusetzen. Deshalb kann auch niemals die eine Supermacht ein Verbündeter im Kampf gegen die andere sein. Die arabischen Völker, voran das heldenhafte Volk Palästinas, werden nur dann ihre vollständige Befreiung erlangen, wenn sie, gestützt auf die eigenen Kräfte, den entschiedenen revolutionären Kampf nicht nur gegen die israelischen Zionisten, sondern auch gegen die beiden Supermächte und ihre arabischen Lakaien führen.

Fortführung des reaktionären Bonner Energieprogramms

Fortsetzung von Seite 1

die Lichter aus. Für den Fall, daß nicht schnellstens der Bau noch weiterer Atomkraftwerke mitsamt der notwendigen Aufbereitungsanlage vorangetrieben wird (allein der Schnelle Brüter von Kalkar verschlingt mindestens 2 Milliarden Mark aus Steuergeldern) droht der Chef des Energiekonzerns Veba, der größten westdeutschen Monopolgesellschaft überhaupt, „katastrophale Folgen“ an. Und die „Bild“-Zeitung malt diese angeblichen Folgen aus: „Kühlschränke tauen ab, Heizungen bleiben kalt, 2,5 Millionen Arbeitslose“ usw.

Demagogisch wird die Notwendigkeit von umfassenden Energiesparmaßnahmen beschworen. Und wer soll sparen? Die privaten Haushalte. Und wie soll gespart werden? Dazu sagt Matthöfer: „Tariferhöhungen sind eins der wirksamsten Mittel, um einen bewußteren Energieverbrauch auf breiter Front zu erzielen.“ Und die Bonner Herren machten auch deutlich, daß, so Matthöfer, „die Industrie auch im Interesse der internationalen Konkurrenzfähigkeit von Tariferhöhungen verschont werden soll.“

Die Panikmache mit den ausgehenden Lichtern ist nichts als eine gemeine Lüge, mit der den Werktätigen noch mehr Geld aus der Tasche gezogen werden soll. Schon vor Monaten wurde ein Geheim-Gutachten der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke enthüllt, in dem zugegeben wird, daß in den offiziellen Prognosen der Bundesregierung der für 1985 erwartete Stromverbrauch mit 20.000 Megawatt zuviel angegeben ist, genau die Menge, die von den bis Mitte des nächsten Jahrzehnts geplanten Atomkraftwerken erbracht werden soll. Und schon heute liegen riesige Kapazitäten an elektrischer Energie brach. Allein durch den bei den industriellen Prozessen anfallenden Wasserdampf könnten 21.000 Megawatt gewonnen werden.

Aber all das spielt für die Energie-Monopole ebensowenig eine Rolle wie die Tatsache, daß die Kohlenhalden an der Ruhr gerade die 30 Millionen-Tonnen-Grenze überschritten haben. Ihnen geht es nicht um die Versorgung der Bevölkerung mit der billigsten Energie, sondern eben nur darum, den größten Profit herauszuschlagen.

Diesem reaktionären Energieprogramm der Monopole und ihrer Bonner Regierung, der zunehmenden Verseuchung der Umwelt durch den Bau immer neuerer Kernkraftwerke, der Ausplünderung der Werktätigen durch immer höhere Strompreise, muß der entschiedene Kampf angesagt werden.

Offen gesagt ...

Inflation der Gerüchte

Jeder, der in den verschiedenen bürgerlichen Parteien, den Wirtschaftsverbänden, den Spitzen der reaktionären Gewerkschaften etwas auf sich hält, hat sich in den letzten Tagen mit Analysen, Einschätzungen, Prognosen und kurz-, mittel- und langfristigen Plänen zu Wort gemeldet.

Nach dem Motto „Wenn man schon gegen die Wirtschaftskrise nichts tun kann, dann soll man um so mehr über ihre Bekämpfung reden“, ist in den letzten Tagen, vor allem nach dem Treffen einiger Minister in Bonn, eine regelrechte Inflation von Gerüchten und Spekulationen über die Entwicklung der Wirtschaftskrise und die Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung festzustellen. Da streiten sich die Wirtschaftsexperten in den Spalten der Zeitungen, ob gegenwärtig ein Wirtschaftsabschwung oder ein Wirtschaftsaufschwung stattfinde, ob die Krise eher strukturell oder eher konjunkturell bedingt sei, ob Dämpfungsmaßnahmen oder Ankurbelungsmaßnahmen angebracht seien usw. usf. Da wird von den bürgerlichen Zeitungen an einem Tag als „sicher“ prophezeit, daß mit einem 10%igen Konjunkturabschlag im nächsten Jahr zu rechnen sei und am nächsten Tag von den gleichen bürgerlichen Zeitungen Experten zitiert, die Steuererhöhungen „prognostizieren“. Lassen wir uns von dieser vorgetäuschten Hektik in den Bonner Büros nicht beirren.

Das jetzige Krisenspektakel wird ausgehen, wie alle anderen vor ihm: Es wird die weitere Verschärfung der Krise nicht aufhalten, dafür aber die Lasten dieser Krise noch mehr als bisher den Werktätigen aufbürden. Das zeigt sich auch an den verschiedenen Plänen, die die Politiker bisher präsentiert haben. Wenn von einem 10%igen Konjunkturabschlag im nächsten Jahr die Rede war, dann gekoppelt mit der Forderung nach einem „Lohnverzicht“ im nächsten Jahr an die Adresse der Werktätigen und weiteren Steuergeschenken für die Kapitalisten in Form von noch weiter verbesserten Abschreibungsmöglichkeiten bei Investitionen; wenn von Steuererhöhungen die Rede war, dann natürlich nicht von Steuererhöhungen für die Kapitalisten, sondern von weiteren Erhöhungen der indirekten Steuern, die allein die werktätigen Massen treffen; wenn von einer weiteren Erhöhung der Staatsausgaben die Rede war, dann natürlich nicht zugunsten der Werktätigen — für eine Unterstützung aller Arbeitslosen, für bessere Sozialleistungen usw. — sondern zugunsten der Kapitalisten in Form von noch mehr Subventionen, von noch mehr staatlichen Aufträgen.

Die Bonner Regierung kann die Krise nicht aufhalten. Die Krise ist ein Ergebnis der kapitalistischen Wirtschaft, der Jagd aller Kapitalisten nach immer höheren Profiten. Und die Bonner Regierung wird auch keine einzige Maßnahme treffen, um die Werktätigen vor den Folgen dieser Krise zu schützen. Im Gegenteil. Sie wird, als Instrument der Kapitalistenklasse, immer nur eins tun: den Reichtum der Kapitalisten vermehren und die Werktätigen immer mehr ins Elend stürzen. Deshalb bleibt den Werktätigen nur ein einziger Ausweg, der Kampf gegen die Ursache der Krise, den Kapitalismus, der Kampf für den Sturz dieses kapitalistischen Staates in der sozialistischen Revolution.

Kurz berichtet

WESTBERLIN

Kürzlich erschien die erste Ausgabe von „Mutig voran“, der Zeitung der Roten Garde für die Krankenhäuser im Süden Westberlins. Die erste Ausgabe der Zeitung ruft in ihrem Leitartikel zum revolutionären Kampf gegen die miserablen Ausbildungsbedingungen an den Krankenhäusern auf.



KIEL

In Kiel erschien kürzlich die erste Ausgabe der Zeitung der Roten Garde für die Jugendlichen in Kiel-Gaarden „Die Bahnbrecher“. In dieser Nummer stellt sich die Rote Garde den Kieler Jugendlichen vor. Andere Artikel entlarven den Rummel um die Kieler Woche und um die Pop-Musik.



ESSEN

Bei kaltem Büffet, albanischem Cognac und revolutionärer Musik feierten am 13. August über 30 Freunde und Genossen in Essen die Eröffnung ihres neuen Parteibüros. In einer kurzen Rede ging ein Genosse kurz auf die Geschichte des alten und neuen Parteibüros ein und begrüßte zwei Ehrengäste: den gerade 65 Jahre alt gewordenen, schwerkranken Genossen Willi K., der zum ersten Mal auf einer öffentlichen Veranstaltung sein konnte, und die Vermieterin des Essener Büros, die sich in der letzten Zeit standhaft gegen verschiedene Einschüchterungs- und Erpressungsversuche gewehrt hatte, mit denen sie bewegt werden sollte, der Partei das Büro zu kündigen. Sie hatte bereits morgens Genossen zur Eröffnung einen großen Strauß Blumen geschenkt. Unter dem Beifall der Anwesenden schenkte ihr ein Genosse im Namen der Partei die Schallplatte „Lob des Kommunismus“. Bei der Eröffnungsfeier wurden neben Spenden für das Büro 150 DM zur Unterstützung der Sektion DDR der KPD/ML gesammelt.

KIEL

Gegen eine Kundgebung der Faschisten zum Mauerbau, die unter dem Schutz der Polizei stattfand, verteilte die Partei in Kiel Flugblätter und rief antifaschistische Parolen. In den Flugblättern wurde gleichzeitig aufgerufen, acht Antifaschisten zu unterstützen, die wegen des Protests gegen eine Faschistenkundgebung im letzten Jahr jetzt Anklageschriften erhalten haben.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde“. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

August 1968: Faschistischer Überfall auf die Tschechoslowakei

Die proletarische Revolution ist der einzige Weg zur Befreiung

August 1968 in der Tschechoslowakei. In der Nacht auf den 21. überschreiten russische Panzer und Bodentruppen die Grenzen, in ihrem Gefolge Einheiten aus der DDR, aus Polen, Ungarn und Bulgarien. Es ist wie dreißig Jahre zuvor, als Hitlers Wehrmacht in das Land einfiel. Die russischen Panzerspitzen stoßen auf Prag vor. Am Abend des 21. August ist die Tschechoslowakei ein Land unter der direkten Militärverwaltung der russischen Sozialimperialisten.

Ein Unternehmen „zum Schutz der sozialistischen Errungenschaften", so bezeichnen die Kreml-Herren dreist ihren faschistischen Überfall. Ausgerechnet sie, die geschworenen Feinde des Proletariats, die die sowjetische Arbeitermacht gestürzt und ihre bürgerliche Diktatur errichtet haben, sie lassen ihre Generäle in der Maske der „Verteidiger des Sozialismus" in Prag einrücken. Diese Imperialisten haben noch nie etwas anderes verteidigt als ihre eigenen imperialistischen Interessen. Und genau das tun sie auch in der Tschechoslowakei.



Junge Prager im Kampf gegen die vorrückenden russischen Panzer

Denn nicht der Sozialismus war dort im Jahr 1968 in Gefahr. Den gab es längst nicht mehr. Wie in Moskau so hatten auch in Prag die bürgerlichen Elemente die Macht an sich gerissen. Und sie hatten nicht nur die Arbeiter und Werktätigen ihrer sozialfaschistischen Herrschaft unterworfen, sie hatten auch das Land an die Kreml-Zaren ausverkauft, es der Ausplünderung durch die russischen Imperialisten preisgegeben. Nichts anderes als die Furcht, diese Kontrolle zu verlieren war es, die die Sozialimperialisten zu ihrem Überfall auf die Tschechoslowakei veranlaßte.

Denn die Dubcek-Clique, die seit 1967 im Prager Hradschin residierte, hatte begonnen, Verbindungen mit den westlichen Imperialisten aufzunehmen. Und aus Washington war zu hören, daß man dort „mit Interesse und Sympathie die Ereignisse in der Tschechoslowakei beobachten" würde. Natürlich, wenn Dubcek die Regierungen in Bonn oder Washington um Kredite anging, dann tat er damit nur, was Breschnew schon lange machte. Aber solche Beziehungen sollten eben das Monopol der Kreml-Herren bleiben. Sie sahen in Dubceks Alleingang die Gefahr, ihre Oberherrschaft über die Tschechoslowakei zu verlieren.

Um wirtschaftliche und politische Macht ging es auch den westlichen Imperialisten, als sie ihre Propaganda-Trommeln für den „Prager Frühling" der Dubcek-Clique rührten. Sie sahen in diesem Frühling ihre Chancen blühen in den Herrschaftsbereich der russischen Supermacht vorzudringen. Ihr Geschrei, daß ihnen die Freiheit der Tschechen und Slowaken am Herzen läge war genauso verlogen wie das Gerede der Breschnew und Kossygin über die angebliche Verteidigung des Sozialismus.

Und die Dubcek-Clique? Hat sie auch nur einen einzigen Schritt zu einer wirklichen Unabhängigkeit des Landes unternommen? Das ganze Ausmaß ihres Verrats am Volk der Tschechoslowakei wurde in den Tagen nach dem 20. August deutlich. Während sich die Werktätigen in einer Welle des Widerstands gegen den faschistischen Überfall erhoben, rief Dubcek dazu auf, „Ruhe zu bewahren".

Aber überall entbrennt der Kampf der Arbeiter, der Bauern, der Studenten gegen die Besatzer. Eingehakt, in festen Reihen marschieren sie durch die Straßen Prags, um das weitere Vordringen der feindlichen Panzer zu verhindern. Manche von ihnen springen auf die Panzer und finden im erbitterten Nahkampf mit Breschnews und Ulbrichts Soldaten den Heldentod. Die großen Betriebe wie die CKD-Maschinenwerke, wie die Hütte von Vitkovice, die Bergwerke von Kladno und Hymburk werden von den Arbeitern stillgelegt. Die Eisenbahner verweigern den Transport von Material für die Besatzertruppen.

Am 25. August greifen in Prag Arbeiter zu den Waffen. Widerstandsstoßbrigaden werden gebildet. Und was macht in dieser Situation Dubcek, der angebliche Vorkämpfer für die Unabhängigkeit? Er beschränkt sich nicht mehr auf Stillhalte-Apelle, sondern unterzeichnet in Moskau am 27. ein Kommuniqué mit den Moskauer Henkern, in dem zynisch von der Freundschaft und Solidarität die Rede ist, die beide Seiten füreinander empfänden. Dubcek gibt den tschechoslowakischen Streitkräften die Order, „Zwischenfälle und Zusammenstöße zu vermeiden, die den Frieden verletzen und die öffentliche Ordnung stören könnten." So wird also die tschechische Armee eingesetzt, um die „Ordnung" der sozialimperialistischen Besatzung aufrechtzuerhalten.

Dubceks Pakt mit den neuen Zaren konnte nicht verhindern, daß Breschnew ihn schließlich kalt abservierte und ihn durch die getreue Marionette Husak ersetzte. Er konnte aber auch nicht verhindern, daß der Kampf gegen die Besatzertruppen weiterging. Erbittert warfen sich die Werktätigen den russischen Soldaten entgegen, die den Namen der Partei Lenins und Stalins schändeten, die als Besatzer dahin gekommen waren, wo ihre Väter als Befreier empfangen wurden. Und ihr besonderer Haß galt auch den Truppen des Renegaten Ulbricht. „Sie trugen genau die gleichen Uniformen wie die Hitler-Soldaten während der Besatzung im zweiten Weltkrieg", sagte ein Prager Student.

„Der einzige Unterschied bestand darin, daß sie nun einen kleinen roten Stern angesteckt hatten. Ältere Menschen, die den Krieg miterlebt hatten, hatten das Gefühl, das ganze würde wieder aufleben."

Diese Kämpfe, in denen viele das Leben gaben, zeigten den Patriotismus des tschechisch-slowakischen Volkes. In ihnen offenbarte sich auch die ganze Kraft des Proletariats, der Klasse, die berufen ist, ihre Diktatur über die alten und neuen Unterdrücker erneut zu errichten. Die Niederlage im Kampf gegen die sozialimperialistischen Besatzer und ihre Lakaien machte aber auch deutlich, daß diesem Proletariat die Führung fehlte. So schrieb in jenen Tagen „Zëri i Popullit", das Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens:

„Für das tschechoslowakische Volk ist die Lage ernst aber nicht hoffnungslos. Vertrauen auf die eigenen Kräfte und auf die gesunden internationalen Kräfte des Marxismus-Leninismus kann den Weg zur Rettung bahnen. Die revolutionären Marxisten-Leninisten der Tschechoslowakei müssen eine neue, wahrhaft marxistisch-leninistische Kommunistische Partei der Tschechoslowakei bilden, die der revisionistischen Partei Dubceks und allen bürgerlichen Parteien der Tschechoslowakei unerbittlich den Krieg erklärt."

Und heute, knapp ein Jahrzehnt nach den Ereignissen des August 68? Hat sich die Lage in der Tschechoslowakei „normalisiert", wie die reaktionäre Propaganda in Ost und West es einhellig verkündet? Nach wie vor ist dieses Land ein besetztes Land. Das Joch der Sozialimperialisten lastet schwerer denn je auf dem tschechoslowakischen Volk. Jede Regung der Volksmassen wird grausam unterdrückt. Die Wirtschaft versinkt in Chaos und Stillstand, weil sie zu keinem anderen Zweck organisiert ist als zu dem, die Profitgier der Kreml-Herren zu befriedigen. 70% der Produktion der Schwerindustrie verschwinden heute im unersättlichen Rachen der russischen Monopole. Die tschechischen Betriebe werden dafür mit Preisen abgefunden, die bis zu 50% unter dem Weltmarkt-Niveau liegen.

Umgekehrt muß die Tschechoslowakei ihre Rohstoffe aus der Sowjetunion beziehen, zu Preisen, die Moskau nach Belieben diktiert. Allein 1975 haben sie zum Beispiel bei Rohöl um 90% aufgeschlagen. Natürlich wälzt die Prager Husak-Clique, die sich ihrerseits an der Arbeit der Werktätigen bereichern will, all diese Lasten auf die Schultern des Volkes ab. Und so wird die Versorgungslage bei den notwendigsten Lebensmitteln immer schlechter, werden wie jetzt vor einigen Wochen Preiserhöhungen durchgepeitscht, während die Ausbeutung in den Betrieben immer schärfer wird.

So wenig wie sich seit dem August 68 die Lage des tschechoslowakischen Volkes geändert hat, so wenig hat sich auch die Perspektive seines Kampfes geändert: der Sturz der Macht der Sozialimperialisten und ihrer Lakaien im Hradschin unter der Führung des Proletariats mit einer wahrhaft marxistisch-leninistischen Partei an der Spitze. Das ist auch nicht anders geworden durch das Auftreten einer Gruppe, die sich „Charta 77" nennt und die vorgibt, heute der Kern der Opposition gegen das sozialfaschistische Regime in Prag zu sein. Diese Gruppe, der die bürgerliche Presse unseres Landes, von der „Welt" bis zur „Roten Fahne" der GRF ihre Spalten stets gerne zur Verfügung stellt, ist das Sammelbecken der Elemente der alten Dubcek-Clique.

Sie schreien nach Freiheit, nach Demokratie. Aber was meinen sie damit? Etwa die proletarische Demokratie, wie sie zum ersten Mal die Oktoberrevolution verwirklichte? Darauf antwortet der Charta-Führer Kriegel, daß es in der Sowjetunion niemals Demokratie gegeben habe. Die Tschechen „kennen jedoch die Demokratie — wir haben sie schon erlebt, sogar unter der Habsburger Herrschaft." Das Völkergefängnis der alten Habsburger Monarchie in dem Tschechen, Slowaken, Ungarn, Serben grausam unterjocht wurden als Vorbild für Demokratie! Wen kann es da noch wundern, daß diese famose „Charta" in ihr Programm geschrieben hat, daß es die Aufgabe sei, „den konstruktiven Dialog mit der politischen und staatlichen Macht" der Tschechoslowakei zu führen?

Was diese Elemente vom Schlage eines Kriegel in „Opposition" zu Husak bringt, ist einzig und allein die Tatsache, daß sie nicht mehr oder noch nicht an der Futterkrippe sitzen. Darin unterscheiden sie sich nicht von den sogenannten Dissidenten in der Sowjetunion, Polen oder in der DDR. Diese Leute, die auf der einen Seite die Zusammenarbeit mit dem sozialfaschistischen Regime betreiben, auf der anderen Seite die sogenannte „Demokratie" des Westens in den höchsten Tönen preisen, die vor Breschnew auf dem Bauch kriechen und sich gleichzeitig dem Menschenrechtsheuchler Carter an den Hals werfen, sie sind durch und durch reaktionär. Mit dem Kampf des Proletariats und der übrigen Werktätigen für soziale und nationale Befreiung haben sie nicht das Geringste zu tun.

Seine Befreiung kann das tschechoslowakische Volk nur dann erringen, wenn es sich im revolutionären Kampf um das Proletariat zusammenschließt, wenn, geführt von einer marxistisch-leninistischen Partei, in der sozialistischen Revolution die Diktatur des Proletariats wieder hergestellt wird

Neutronenbombe

Revisionisten sabotieren den Kampf

Eine gemeinsame Erklärung unter dem Titel „Neutronenbombe verbieten" haben revisionistische Parteien aus Ost und West kürzlich verabschiedet. In der Sowjetunion und in den anderen Ländern unter der Kontrolle der russischen Sozialimperialisten werden mit großem Propagandaaufwand Aktionswochen gegen die Neutronenbombe durchgeführt. Aber auch die westlichen Revisionisten wie bei uns die D„K"P füllen die Spalten ihrer Blätter mit Appellen an Schmidt und Carter, das Verbot der Neutronenbombe herbeizuführen.

Ohne Zweifel: diese teuflische Waffe, die sich die amerikanischen Kriegstreiber geschmiedet haben, stellt eine große Gefahr für die Völker dar. Und es ist gerade die Deutsche Bundesrepublik, die die USA-Imperialisten zum Aufmarschgebiet ihres aggressiven NATO-Pakts gemacht haben, die sie mit Stützpunkten für ihre Neutronenbomben überziehen wollen, so wie schon heute unser Land mit Tausenden Atomsprengköpfen, mit Schächten für Atomminen und Abschußrampen für Raketen übersät ist. Gegen die von Carter und seinen Verbündeten in Bonn geplante Stationierung von Neutronenbomben in der Bundesrepublik muß der entschiedenste Kampf geführt werden. Wir wollen nicht auf einem atomaren Pulverfaß sitzen.

Aber ist die Kampagne, die jetzt von den modernen Revisionisten begonnen wurde, eine Unterstützung unseres Kampfes? Man muß sie sich einmal näher ansehen. Da ist zum Beispiel immer nur von der Neutronenbombe die Rede als einer Waffe, die „für die kaltblütige Vernichtung von Millionen Menschen bestimmt ist." „Und wozu sind die amerikanischen Phantom-Bomber, die Leopard-Panzer der Bundeswehr bestimmt? Welchem Zweck dienen die Raketen mit atomaren Mehrfachsprengköpfen, die gerade von den russischen Sozialimperialisten in der Barentsee getestet wurden? Sie dienen genauso der kaltblütigen Vernichtung von Menschenleben, dienen genauso der Vorbereitung eines neuen Krieges wie die Neutronenbombe.

Alle Waffen, jedes einzelne Gewehr in den Händen der imperialistischen Armeen, wie auch diese Armeen selbst sind Mittel, die sich die Imperialisten geschaffen haben, um einerseits die Werktätigen niederzuhalten und um andererseits ein Instrument für ihre Aggressionen gegen andere Länder zu haben. Deshalb muß sich der Kampf nicht gegen einzelne Waffen richten, sondern auf das Zerbrechen des ganzen imperialistischen Unterdrückungsapparates ausgerichtet sein.

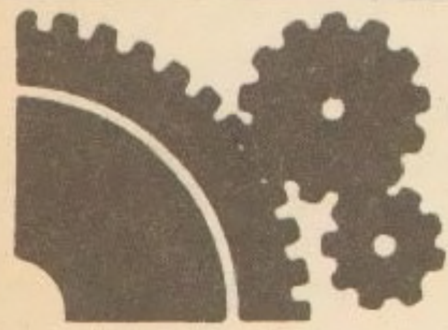
Davon wollen die Revisionisten mit ihrer Kampagne ablenken, indem sie zum einen nur die Neutronenbombe ins Visier nehmen und zum anderen auch nicht einmal gegen diese einzelne Waffe den revolutionären Kampf zulassen wollen. „In Erwartung des Verbots" — so schließt die Erklärung der revisionistischen Parteien. Aber wer soll sie denn verbieten, die Neutronenbombe? Die amerikanischen Imperialisten selbst! Und so heißt es auch in der D„K"P-Zeitung „UZ", daß es die „menschliche und nationale Pflicht jedes Bürgers und insbesondere der Bundesregierung ist, klar und entschieden gegen Carters Pläne Stellung zu nehmen."

Statt entschieden gegen die Kriegstreiber und ihre Mordwaffen zu kämpfen, sollen wir also darauf hoffen, daß sich durch internationalen Druck die amerikanischen Kriegstreiber die Produktion ihrer Waffen selbst verbieten. Dabei sollen wir auf die Bundesregierung vor allem aber auf die russischen Sozialimperialisten vertrauen. Die Revisionisten nutzen die Empörung der Werktätigen über die Neutronenbombe aus, um ein propagandistisches Trommelfeuer für die angeblichen Friedensbemühungen der Kreml-Herren zu entfachen. Sie wollen uns einreden, daß in Belgrad und Wien, bei der KSZE und den Salt-Gesprächen der wirkliche und entscheidende Kampf gegen die Neutronenbombe geführt würde.

Aber die heutige Sowjetunion unter der bürgerlichen Diktatur der neuen Zaren ist genauso eine imperialistische Supermacht wie die USA. Und hinter dem Rauchvorhang von sogenannten „Friedensverhandlungen" betreibt Breschnew genauso eine wahnwitzige Aufrüstung, die Entwicklung immer neuer konventioneller und atomarer Waffensysteme wie Carter es tut. Die modernen Revisionisten aber erklären diese Waffen, die Panzer die den Widerstand des tschechoslowakischen Volkes und der polnischen Arbeiter niedergewalzt haben, die Kriegsschiffe, die ihre todbringenden Granaten auf die Städte Angolas abgefeuert haben, kurzerhand zu Friedensinstrumenten.

Aber die Werktätigen werden sich nicht vor den Karren der russischen Supermacht spannen lassen. Sie werden keinen Unterschied zwischen einer „barbarischen" amerikanischen Neutronenbombe und einer „friedliebenden" russischen Atomrakete machen. Beide Supermächte bedrohen in ihrer Rivalität um die Weltherrschaft gleichermaßen den Frieden. Beide sind gleichermaßen die Todfeinde der Völker der Welt. Und beiden muß gleichermaßen der entschiedene revolutionäre Kampf der Völker angesagt werden.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Ausgelernt — arbeitslos

Liebe Genossen!

Bei uns im Betrieb macht sich die Krise jetzt richtig bemerkbar. Die Auftragslage ist sehr schlecht. Natürlich soll und wird auch hier die Krise auf unseren Rücken abgewälzt.

Eine junge Kollegin hat in diesem Jahr ausgelernt. Bereitwillig unterschrieb der Oberbonze die Genemigung, daß sie ein halbes Jahr früher auslernen „darf".

Wir wurden schon alle ziemlich mißtrauisch und ein Kollege meinte zu ihr: „Lerne lieber ein halbes Jahr länger, dann hast du wenigstens noch ein halbes Jahr Arbeit. So leicht bekommst du keine Stellung, wenn sie dich hier bei uns nicht behalten."

Mündlich hatte sie aber vom Abteilungsleiter gesagt gekriegt: „Na ja, wenn Sie ausgelernt haben, können Sie wohl bleiben."

Darauf verließ sie sich.

Aber von wegen! Gleich an dem Tag, als sie die Prüfung bestanden hatte, mußte sie ihre Sachen packen und stand auf der Straße.

Ziemlich verzweifelt ging sie zum Arbeitsamt. Da war die erste Frage: „Was haben Sie gelernt?" — „Aha, technische Zeichnerin — ja, da lernen Sie mal gleich wieder um. Als Zeichnerin kriegen sie ja in ganz Bremen keine Stelle."

Man drückte ihr ein Umschulungsformular in die Hand und schickte sie nach Hause.

Dieses Beispiel ist typisch für den Kapitalismus. Wir haben in diesem System nichts zu erwarten. Schließen wir uns alle zusammen und jagen das Ausbeuterpack zum Teufel!

Rot Front! Eine Genossin aus Bremen

Wie in einem schlechten Krimi...

Liebe Genossen!

Ich arbeite in einer Berliner Waggonfabrik. Als ich aus dem Urlaub zurückkam, waren, wie jedes Jahr, Schüler und Studenten für Hilfsarbeiten eingestellt. Sie arbeiteten im Lager, weil sie ja so kurzfristig nicht in der Produktion eingesetzt werden können.

Sie saßen gerade zusammen mit Jungarbeitern in der Kantine. Es wurde übermütig gescherzt: „Heute drehen wir ein großes Ding, heute räumen wir den Laden aus", sagte ein siebzehnjähriger Jungarbeiter im Spaß. Ein „Kollege", der dies gehört hatte, rannte sofort zum Meister (er ist als „Radfahrer" berüchtigt und arbeitet in derselben Halle, wo auch die Schüler und der Jungarbeiter beschäftigt waren), um ihm brühwarm von dem „großen Coup" zu berichten.

Was danach passierte, ähnelt einem schlechten Krimi. Es wurde ein „Krisenstab gebildet. An den Hallentoren wurden Leute mit Funksprechgeräten aufgestellt und die Anweisung gegeben, jeden Schritt des Betroffenen zu überwachen. Auf Schritt und Tritt wurde er nun überwacht.

Als er mit einem Schüler zusammen etwas in eine andere Halle brachte und bei dieser Gelegenheit austreten ging, wurde der Schüler währenddessen vor den „Krisenstab" zum Verhör geführt.

Er solle doch zugeben, daß sie geklaut hätten und was er über den anderen wüßte...

Was die Lage noch zuspitzte war, daß neun Spannungswandler fehlten. Der Jungarbeiter wurde dann ebenfalls verhört.

Er ging daraufhin zum Betriebsrat und meinte, dort Hilfe zu finden.

Da war er allerdings an der falschen Adresse, da dieser ihn genauso verhörte und danach die Ergebnisse mit der Geschäftsleitung besprach.

Vier der Spannungswandler fanden sich am nächsten Tag in der Abfalltonne. Der Jungarbeiter wurde fristlos gekündigt (wegen „Vertrauensbruch"). Die reaktionären Parteien Betriebsleitung und Betriebsrat hatten gute Arbeit geleistet.

Den Kollegen allerdings ist wieder einmal einiges mehr klargeworden und ihre Empörung war groß. Der Verräter wird nur noch Judas genannt und peinlichst gemieden. Er ist übrigens aus dem vorigen Betrieb wegen Klauens rausgeflogen.

Rot Front! Ein Genosse aus Westberlin

Tod am Arbeitsplatz

Liebe Genossen!

Vor einiger Zeit starb ein Arbeitskollege von mir. Wir arbeiteten zusammen in einem Kleinbetrieb der metallverarbeitenden Industrie. Kurz vor der Mittagspause brach er auf dem Gang zur Toilette zusammen — Herzschlag!

Nachdem mein Kollege in den Krankenwagen verfrachtet worden war, sah sich der Boss gezwungen, eine „Ansprache" zu halten. Ja — das Wetter sei dran schuld, seine kranke Frau, alles das habe ihn seelisch fertig gemacht.

Aber die Kollegen dachten anders darüber: „Kaputtmalocht hat der sich. Sein Leben lang!"

Und die Kollegen nahmen das traurige Ereignis zum Anlaß, über die Situation des Arbeiters im Kapitalismus zu sprechen. „Wenn Du nicht mehr kannst, kriegst Du einen Tritt und weg bist Du. Das ist wie bei einer Maschine. Ist der Motor im Eimer und kann nicht mehr repariert werden, dann kommt sie auf den Schrotthaufen und eine neue wird gekauft. Wenn wir Arbeiter kaputt sind, kommen wir auf den Müll, und kein Hahn kräht danach!"

Die persönlichen Sachen des Kollegen wurden in einen schmutzigen Pappkarton gepackt und seinen Angehörigen geschickt. Ein dreckiger Pappkarton und vielleicht noch ein paar Blumen fürs Grab, mehr ist den Kapitalisten ein Arbeiter, aus dem sie keinen Profit mehr herausholen können, nicht wert.

Daß die meisten Kollegen zur Beerdigung gehen wollten, war klar. Aber dann hätte der Betrieb stillstehen müssen. Das konnte der Boss natürlich nicht zulassen. Mit Hilfe des Betriebsratsvorsitzenden, der eine Liste herumgehen ließ, bekam die Geschäftsleitung heraus, wer nun alles zur Beerdigung gehen wollte. So konnte sie jeden einzeln unter Druck setzen.

Die Kollegen aus der Abteilung des Toten ließen sich trotz des Drucks nicht abhalten, zur Beerdigung zu gehen. Um hundertprozentig sicher zu sein, daß auch alle wieder pünktlich im Betrieb sind, wurden wir zur Beerdigung im Firmenwagen hingefahren und wieder abgeholt. Ein Kollege sagte dazu: „Ich komme mir wie bei einem Gefangenentransport vor. Die behandeln uns wie Verbrecher!"

Rot Front! Ein Genosse aus Bremen

Abschaffung der Lehrlingslöhne gefordert

Unverschämter Angriff der Kapitalisten

Vor kurzem traten die Kapitalisten der Metallindustrie mit der unverschämten Forderung nach einem Einfrieren der Ausbildungsvergütungen hervor. Nur so könne die „Ausbildungsbereitschaft der Industrie" gestärkt werden. Jetzt hat die Kapitalistenorganisation DIHT (Deutscher Industrie- und Handelstag) in seinem „Berufsbildungsbericht 1977" Forderungen aufgestellt, die in dieser Hinsicht alles, was man bisher an Unverfrorenheit gewohnt war, noch in den Schatten stellen. Ohne Erfüllung dieser Forderungen, heißt es in typischer Erpresserart in dem „Berufsbildungsbericht", werde auch künftig keine ausreichende Zahl von Lehrstellen angeboten.

Und das sind die Forderungen des DIHT (Vorsitzender: Konzernboß Otto Wolff von Amerongen):

— Für die Ausbildung in betrieblichen und überbetrieblichen Ausbildungswerkstätten soll es keine Bezahlung mehr geben.

— Die Berufsschulzeit soll nicht mehr bezahlt werden.

— Die Unternehmer sollen von jeglicher Bezahlung an Auszubildende befreit werden. Die Ausbildungsvergütung soll künftig vom Staat bezahlt werden.

— Anpassung der Bezahlung und Entwicklung der Ausbildungsvergütungen an die Ausbildungsbeihilfe, wie sie bedürftige Studenten gemäß dem BAFÖG (Bundesausbildungsförderungsgesetz) erhalten. Mit anderen Worten: Wenn beide Eltern eines Lehrlings arbeiten, dann soll er keinen Pfennig erhalten. Außerdem wären die Lehrlinge völlig aus den Tarifrunden ausgeklammert.

— Beseitigung „ausbildungshemmender Vorschriften" im Jugendarbeitsschutzgesetz wie z. B. des Verbots von Nachtarbeit und Sonntagsarbeit für Jugendliche im Bäckereigewerbe sowie im Hotel- und Gaststättengewerbe usw., entsprechend einem vom Bundesrat bereits angenommenen Antrag des Landes Baden-Württemberg.

Diese Forderungen des DIHT sind eine unglaubliche Provokation. Sie zeigen die Skrupellosigkeit der kapitalistischen Ausbeuter. Für sie haben Jugendliche aus dem werktätigen Volk nur solange ein Recht auf Ausbildung, solange sie, die Kapitalisten, sich daran dumm und dämlich verdienen können. Die Jugendarbeitslosigkeit ist für sie der willkommene Anlaß, um zum großen Angriff auf die wenigen und völlig unzureichenden Rechte der werktätigen Jugend zu blasen und die wenigen und völlig unzureichenden Bestimmungen zu beseitigen, die es zum Schutz der Jugendlichen vor der Zerstörung ihrer Gesundheit durch rücksichtslose Ausbeutung hierzulande gibt.

In diesem Zusammenhang muß erwähnt werden, daß die entsprechenden Bestimmungen des Arbeitsschutzgesetzes sowieso von den Kapitalisten mit stillschweigender staatlicher Duldung weitgehend gebrochen werden. Eine Umfrage im Bereich des Baden-Württembergischen Hotel- und Gaststättengewerbes sowie bei Bäckereien und Metzgereien ergab, daß mehr als 90% der Jugendlichen in diesen Bereichen mehr als die zugelassenen 8 Stunden täglich bzw. 40 Stunden wöchentlich arbeiten müssen 25% der befragten Bäckerlehrlinge gaben an, bis zu 12 Stunden täglich arbeiten zu müssen. Trotz Nachtarbeitsverbot müssen nach dieser Umfrage über 20% der Jugendlichen über 16 Jahre in Hotels und Gaststätten noch nach 22 Uhr arbeiten. Der gesetzliche Urlaubsanspruch wird nur selten gewährt, die vorgeschriebene 5-Tage-Woche in den meisten Fällen nicht eingehalten.

Was hat eigentlich eine Gesellschaftsordnung, in der die Interessen der arbeitenden Jugend derartig mit Füßen getreten werden, in der die Jugendlichen zu Hunderttausenden ohne Arbeit und Ausbildung bleiben, in der das angebliche Recht auf Ausbildung und freie Berufswahl eine leere Phrase, das Recht der Kapitalisten, die Jugendlichen ohne Rücksicht auf ihre Gesundheit auszubeuten, dagegen Realität ist — was hat eine solche Gesellschaftsordnung, ein solcher Staat, anderes verdient, als durch die proletarische Revolution hinweggefegt und zerschlagen zu werden?

Die Arbeiterjugend muß gegen die Kapitalisten und ihren Bonner Staat kompromißlos ihre Interessen und Rechte verteidigen! Kampf den Angriffen auf die Lehrlingslöhne. Für einen Lehrlingslohn, der zum Leben ausreicht! Streikrecht für Lehrlinge!

Der kapitalistische Staat- Feind der Arbeitslosen

Fortsetzung von Seite 1

chen Arbeitsplatz anzunehmen, dann wird sofort vom Arbeitsamt damit gedroht, daß ihm das Arbeitslosengeld und damit seine Existenzgrundlage entzogen wird.

Vor kurzem erreichte die Lügenpropaganda der Bourgeoisie gegen die Arbeitslosen wieder einmal einen Höhepunkt. Die SPD-nahe „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" („WAZ") meldete am 12. August in fetten Schlagzeilen: „Noch viele Lehrstellen offen". Weiter hieß es dann: Für schulentlassene Jungen gibt es im Ruhrgebiet noch genügend offene Lehrstellen". Diese wirklich erstaunliche „Tatsache" kam durch eine sogenannte „WAZ-Umfrage" bei Arbeitsämtern und der Industrie- und Handelskammer heraus.

Natürlich ist diese Meldung nichts anderes als eine skrupellose Lüge mit der die Wahrheit bewußt auf den Kopf gestellt wird. Oder konnte die „WAZ" etwa nicht herausfinden, daß die Bundesanstalt für Arbeit folgende nüchterne Zahlen registriert hat: In den letzten 9 Monaten fragten bei den Arbeitsämtern insgesamt mehr als 402.000 Jugendliche nach einem Ausbildungsplatz nach, während im gleichen Zeitraum nur 304.700 offene Ausbildungsplätze beim Arbeitsamt gemeldet wurden, also fast hunderttausend weniger? Sogar die bürgerliche Wirtschaftszeitung „Handelsblatt" stellte kürzlich fest, daß ein Viertel der Schulabgänger in diesem Jahr keine Chance habe, einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Und diese Zahl im „Handelsblatt" ist mit Sicherheit noch sehr „optimistisch".

Mit den niederträchtigen Lügen und Verleumdungen, die über die Arbeitslosen losgelassen werden, sollen neue Angriffe auf die Arbeitslosen propagandistisch verbrämt werden. Z. B. stiegen die Sperrzeiten, die vom Arbeitsamt gegen Arbeitslose verhängt wurden, im vergangenen Halbjahr um 12 Prozent. 143.000 Kollegen wurde in diesem Zeitraum vorübergehend das Arbeitslosengeld gestrichen. 4.500 Kollegen wurde es sogar endgültig entzogen, weil sie zweimal eine angebotene Stelle nicht antreten wollten. Die Bundesanstalt für Arbeit „appellierte" jetzt erneut an die Unternehmer, „Arbeitsunwillige" sofort zu melden. Noch mehr als bislang sollen künftig Arbeitssuchende gezwungen werden, unzumutbare Arbeitsbedingungen und Löhne hinzunehmen, sollen sie erpreßt werden, indem man ihnen mit der Streichung des Arbeitslosengeldes droht. So hilft der kapitalistische Staat den Unternehmern dabei, die Arbeitslosigkeit zur Erpressung der Werktätigen auszunutzen, noch mehr Profit aus ihnen herauszupressen, die Löhne zu drücken und Arbeiter unter unerträglichen Bedingungen schuften zu lassen.

Der Bonner Staat geht den Kapitalisten überall zur Hand, wo es darum geht, die Ausbeutung der werktätigen Massen zu verschärfen und jeden Widerstand dagegen mit allen möglichen Mitteln zu brechen. Wenn jetzt von der Regierung Spekulationen ausgelöst wurden, daß möglicherweise unter anderem auch die Lohnsteuer vorübergehend gesenkt werden soll, um angeblich die Massenkaufkraft zu heben und die Konjunktur anzukurbeln, dann dient dies dazu, die Werktätigen über den wirklichen Zweck der Regierungspolitik zu täuschen. Alle konjunkturpolitischen Maßnahmen Bonns sind bislang darauf hinausgelaufen, die arbeitende Bevölkerung auszuplündern und die Monopolkapitalisten mit Milliarden an Subventionen und Steuergeschenken zu überschütten. Das wird mit Sicherheit auch bei dem neuen „Konjunkturprogramm" letztlich herauskommen, das die Herren Minister jetzt angekündigt haben.

Man darf sich nicht davon täuschen lassen, daß Bonn nun das Schlagwort von der „Hebung der Massenkaufkraft" als Wundermittel gegen die Krise ins Spiel gebracht hat, das vom DGB-Apparat und den D„K"P-Revisionisten schon lange propagiert wird. Das hat nur den Zweck zu verschleiern, daß das Kapital und die Regierung den Lebensstandard des arbeitenden Volkes weiter angreifen, daß sie planen, stärker als je zuvor die anwachsenden Lasten der Krise auf die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen abzuwälzen.

Der kapitalistische Staat wird niemals freiwillig Maßnahmen ergreifen, die zu Lasten der Kapitalisten gehen und der Verbesserung der Lage der Arbeiter und anderen Werktätigen dienen. Dazu kann er nur durch machtvolle und militante Aktionen der ausgebeuteten und unterdrückten Massen gezwungen werden, durch Kämpfe, die sich gegen diesen Ausbeuterstaat richten, durch den revolutionären Klassenkampf.

Solange aber die kapitalistische Ausbeuterordnung nicht zerschlagen, solange der Bonner Kapitalistenstaat noch nicht gewaltsam gestürzt ist, wird auch das Arbeitslosenheer nicht verschwinden, wird sich die Lage der werktätigen Bevölkerung nicht grundlegend verbessern. Im Gegenteil! Die hemmungslose Jagd nach Höchstprofiten, die immer schärfere Ausplünderung des werktätigen Volkes durch die Monopole und ihren Staat führen unweigerlich dazu, daß Arbeitslosigkeit, Armut und Elend sich weiter verschärfen. Erst die proletarische Revolution, die Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse und der Aufbau des Sozialismus wird dem arbeitenden Volk Vollbeschäftigung, Wohlstand und soziale Sicherheit gewährleisten.

Praktiken, die an die DDR erinnern

Bespitzelung in den Betrieben

Vor kurzem kam es um das Duisburger Detektivbüro Manfred Kocks zu einer Affäre. Unter anderem wirft der Fall Kocks auch ein Licht darauf, in welchem Ausmaß heute in der Bundesrepublik die Werktätigen auf ihre politische Gesinnung hin bespitzelt werden. Auch am Arbeitsplatz, beim Gespräch mit Kollegen, das zeigt der folgende Bericht, ist man nicht mehr vor berufsmäßigen „Mithörern" und Gesinnungsschnüfflern sicher.

Manfred Kocks ist Ratsherr in Geldern und Boß des im Ruhrgebiet größten Detektivbüros. Kocks ist ein erfolgreicher Geschäftsmann. Seine Detektei, deren Hauptsitz in der Stahlmetropole Duisburg liegt, hat noch Filialen in einer Reihe von anderen Städten im Ruhrgebiet.

Wordurch die Detektei Kocks inzwischen so ins Gerede kam, ist hauptsächlich dies: Es wurde bekannt, daß sie sich unter anderem auch im Auftrag von Unternehmern und Personalchefs mit der Bespitzelung von Werktätigen am Arbeitsplatz befaßt, insbesondere mit der Ausspionierung ihrer politischen Gesinnung.

Wie Kocks in einem kürzlich gesendeten Fernsehinterview ganz unverhohlen berichtete, erhielt er von Firmen im Ruhrgebiet („in der Größenordnung von Konzernen") schon zahlreiche Aufträge dieser Art. Kocks sprach von 30 Aufträgen in einem Monat, bei denen es darum ging, Belegschaftsmitglieder bzw. Stellenanwärter auf ihre Gesinnung hin zu bespitzeln. Kocks erwähnte auch, daß seine Schnüffler auf Demonstrationen und Veranstaltungen der KPD/ML herumspionieren.

Seit einiger Zeit ermittelt nun die Staatsanwaltschaft gegen den Ratsherrn aus Geldern und Chefdetektiv. Aber nicht etwa wegen seiner Geschäfte als Gesinnungsschnüffler. Mit der Ausspionierung von Werktätigen im Auftrag der Unternehmer verstößt ein Detektiv in dieser „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" nicht gegen Gesetze. Keineswegs! Schließlich sind ja Berufsverbote und Gesinnungsschnüffelei inzwischen schon zu einer Art Markenzeichen des Bonner Staates geworden. Ermittelt wird gegen Kocks vielmehr nur deshalb, weil aufkam, daß seine Firma Polizisten bestochen hat, um an Materialien aus Polizeiakten heranzukommen.

In dem schon erwähnten Fernsehinterview wurde insbesondere ein Fall aufs Tapet gebracht, wo Kocks seine Leute im Auftrag der Werksleitung eines Kesselbau-Betriebes in Dinslaken (die Firma heißt heute Benteler) in Aktion treten ließ. Der Fall liegt schon längere Zeit zurück. Der Auftrag, den Kocks zu erfüllen hatte, lautete: Beschaffung von Entlassungsgründen für ein der Firmenleitung mißliebiges Betriebsratsmitglied.

Bei dem Betriebsratsmitglied handelt es sich um einen D„K"P-Funktionär. Nun ist die D„K"P ja keineswegs eine Partei, die den Kapitalisten wirklich ans Leder will. Im Gegenteil! Unter dem Deckmantel scheinradikaler Parolen sorgt diese revisionistische Partei für die „Entschärfung" der Kämpfe der Werktätigen gegen das Kapital und den Bonner Staat. Aber trotzdem gab es manchmal Fälle, wo ein Unternehmer einen D„K"P-Betriebsrat mit Entlassung bedrohte bzw. entlassen hat. Es würde in diesem Zusammenhang allerdings zu weit führen, auf die Gründe hierfür einzugehen.

Kocks ließ zwecks Erfüllung seines Auftrages zwei seiner Leute in der Kesselbau-Firma dem Schein nach anstellen, damit sie sich so als Spitzel und Provokateure betätigen konnten. Sie sollten dem besagten D„K"P-Betriebsrat nachspionieren, ihm gegebenenfalls eine Falle stellen, um ihn möglichst bei einem „entlassungsreifen" Verstoß gegen das Betriebsverfassungsgesetz zu „ertappen".

Der Plan scheiterte dann allerdings mangels Anwesenheit des D„K"P-lers im Betrieb, denn dieser war plötzlich erkrankt.

Sicher, der Einsatz von Privatdetektiven ist nicht die wichtigste Methode, mit der die Kapitalisten die Gesinnung von Belegschaftsmitgliedern ausspionieren. Sie können sich z. B. hierbei auch auf den reaktionären DGB-Apparat stützen. Bekanntlich betreibt der DGB-Apparat in seiner eigenen Organisation eine massive Gesinnungsschnüffelei. Er ist nicht nur scharf darauf, revolutionäre und vor allem kommunistische Kollegen gemäß den Unvereinbarkeitsbeschlüssen aus der Gewerkschaft auszuschließen, sondern er ist auch stark daran interessiert, daß diese aus den Betrieben geworfen werden. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß der DGB-Apparat seinerseits auch direkte und feste Verbindungen zum Verfassungsschutz unterhält. Schon öfters wurden Fälle bekannt, wo der DGB-Apparat und der Verfassungsschutz bei der Observierung revolutionärer Arbeiter direkt zusammenarbeiteten.

Zum anderen aber können sich die Werksvorstände auch ohne weiteres direkt auf Polizei und Verfassungsschutz stützen. So schreibt z. B. das bürgerliche Wirtschaftsmagazin „Capital" in einem Artikel zum Fall Kocks: „... neugierige Personalchefs sind auf Detektive gar nicht angewiesen — und schon gar nicht auf bestechliche Polizisten: Sie können sich ihre Auskünfte völlig legal von der politischen Polizei (den Kommissariaten K 14) und vom Verfassungsschutz holen." Und weiter heißt es in dem Artikel: „Oft brauchen sich Firmen um solche Informationen erst gar nicht zu bemühen: ‚Die Polizei ruft oft von selbst bei uns an', verriet ein Mitarbeiter in der Personalabteilung eines Stahlkonzerns an der Ruhr."

Die Heranziehung von Privatdetektiven durch Unternehmer für Gesinnungsschnüffelei am Arbeitsplatz ist aber trotzdem stark verbreitet. Dies — so weiß „Capital" in dem erwähnten Artikel zu berichten — „... gibt auch der Präsident des Bundes deutscher Detektive, Helmuth Bunze, zu."

Man kann also in dieser „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" inzwischen als Arbeiter oder Angestellter am Arbeitsplatz oder in der Kantine kein Gespräch mit Kollegen mehr führen, ohne befürchten zu müssen, daß ein berufsmäßiger Spitzel dabeisitzt, der im Dienst des Unternehmers lauscht. Wer bisher geglaubt hat, in Deutschland sei dergleichen nur jenseits von Mauer und Stacheldraht, im Zuchthausregime Honeckers, gang und gäbe, sieht sich angesichts dieser Tatsachen getäuscht. Um so mehr sich die Klassenwidersprüche verschärfen, um so mehr treibt die Bourgeoisie die Faschisierung voran und in um so stärkerem Maße greift sie auch hier zu diesen Formen der Unterdrückung des arbeitenden Volkes.

Hoesch-Dortmund

1200 Kollegen sollen wegrationalisiert werden

Die „Stählerne Faust", Betriebszeitung der KPD/ML für die Dortmunder Hoesch-Betriebe, enthüllt in ihrer neuesten Ausgabe, daß die Hoesch-Kapitalisten die Rationalisierungsmaßnahmen verschärft vorantreiben wollen. Im Bereich der Maschinenerhaltung sollen nach diesen Plänen der Hoesch-Bosse 1.200 Kollegen bis 1979 wegrationalisiert werden.

Gegenwärtig sind bei Hoesch im Bereich Maschinenerhaltung noch rund 5.000 Kollegen beschäftigt. Nach dem Willen der Kapitalisten sollen es in zwei Jahren nur noch 3.800 sein. Diejenigen, die auf ihrem Arbeitsplatz bleiben können, werden einer verstärkten Antreiberei und Arbeitshetze unterworfen, denn vier Kollegen müssen dann die gleiche Arbeit schaffen, die heute noch von fünfen geleistet wird.

In der Maschinenerhaltung sind fast nur Facharbeiter beschäftigt, hauptsächlich Schlosser, Elektriker und Schweißer. Die geplante Arbeitsplatzvernichtung beweist auch die Verlogenheit der Propaganda in den bürgerlichen Zeitungen, daß diejenigen, die eine qualifizierte Tätigkeit ausüben, Facharbeiter z. B., einen sicheren Arbeitsplatz hätten und nur ungelernte Kollegen von der Arbeitslosigkeit betroffen würden.

Die Betriebsräte versuchen auch jetzt wieder, die Hoesch-Kapitalisten vor der Empörung der Arbeiter abzuschirmen. Sie wollen die Kollegen beschwichtigen, indem sie erzählen, Entlassungen seien nicht zu befürchten, alles liefe nur über die „natürlichen Abgänge". Aber wie sieht es denn mit diesen sogenannten „natürlichen Abgängen" aus? Kollegen, die den Vorgesetzten als kämpferisch und aufmüpfig aufgefallen sind, wird man unter Vorwänden zu entlassen versuchen. Ebenso wird man es mit Kollegen machen, deren Leistungsfähigkeit durch die jahrelange brutale Ausbeutung in den Hoesch-Knochenmühlen, durch die gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen, bereits stärker gelitten hat, die z. B. oft krankfeiern müssen. Die Kollegen ab 59 wird man, wie es hier schon vorkam, zur Frühpensionierung drängen. Vielen wird man durch Umsetzungen auf schlechter bezahlte Arbeitsplätze empfindliche Lohneinbußen aufzwingen. Man wird manchen absichtlich extrem schlechte Arbeitsplätze anbieten, damit sie sich eventuell überlegen, ob sie da nicht gleich besser die Papiere nehmen.

Die Hoesch-Kapitalisten versuchen der Belegschaft jetzt wieder weiszumachen, die Rationalisierungsmaßnahmen dienten der Sicherung der Arbeitsplätze. Aber das ist eine Lüge, genauso wie es eine Lüge war, als sie mit dieser Behauptung vor einigen Monaten den Widerstand gegen die Kurzarbeit abzuwiegeln versuchten. Auch im Produktionsbereich wird ja die Rationalisierung vorangetrieben. Es werden also insgesamt noch mehr Arbeitsplätze vernichtet. Es ist der nackte Hohn, unter diesen Umständen von Sicherung der Arbeitsplätze zu schwafeln.

Die „Stählerne Faust" machte deshalb klar, daß aus all diesen Gründen der Kampf für die kompromißlose Verteidigung der Arbeitsplätze notwendig ist und rief die Kollegen auf, sich zu diesem Kampf zusammenzuschließen und allen Spaltungsmanövern der Kapitalisten und der Arbeiterverräter im Betriebsrat eine Absage zu erteilen.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen



Dein Arbeitsplatz im Hafen - krisensicher?

Auf Deubel komm raus wird der Hafen ausgebaut. Die Hafenkapitalisten kommen ins Schwärmen, wenn sie von ihren Profiten reden. Im ersten Halbjahr 1977 hat der Stückgut- und Containerumschlag schon wieder zugenommen, in Bremen um 3,9%, in Bremerhaven sogar 34,4%. Mancher Kollege, der mit dem Hafen nichts zu tun hat, wird bei solchen Meldungen denken: „Hafenarbeiter müßte man sein, dann hätte man einen bombensicheren Arbeitsplatz, fast wie ein Beamter."

Die Wirklichkeit, Kollegen sieht genau anders rum aus. Je moderner die Maschinen, je breiter die Kajen, umso weniger Hafenarbeiter, aus denen dann umso mehr rausgeholt wird. Das Hauptmittel der Hafenkapitalisten, auch in der Wirtschaftskrise Rekordprofite zusammenzuscheffeln, heißt *Rationalisierung.* Auf Deutsch: Vernichtung von Arbeitsplätzen und ungeheure Verschärfung der Arbeitshetze.

In den vergangenen Jahren wurden die Gangstärken drastisch reduziert, für viele Stauer wurde gleichzeitig das Doppelschichtschicken zum täglichen Brot. Das System der TA's, anderthalb Schichten, wurde systematisch in allen Hafenbetrieben durchgesetzt. Und wo dann immer noch der Umschlag nicht bewältigt wird, da wird die Daumenschraube „Pensum" angesetzt.

Krisenfester Arbeitsplatz im Hafen? Arbeiteten in den 60er Jahren noch 8.500 Kollegen im Bremer Hafen, so sind es heute nur noch 6.500. Seit Beginn der kapitalistischen Wirtschaftskrise wurden 2.000 Arbeitsplätze wegrationalisiert. Im gleichen Zeitraum stieg der Stückgutumschlag aber gewaltig an. Er verdoppelte sich.

Wie sich die Hafenkapitalisten am Arbeitslosenheer mästen

Während die Wirtschaftskrise immer drückender auf uns Arbeitern lastet, holen die Kapitalisten ihren Reibach auf immer schändlichere Art aus uns heraus. Einen Teil derselben Arbeitslosen, die die Hafenkapitalisten durch ihre Rationalisierung geschaffen haben, lassen sie jetzt fast umsonst für sich arbeiten. Und wer bezahlt das? Wir!

Ein Kollege berichtet:

„Fast ein Jahr war ich arbeitslos — und ich bin bestimmt nicht arbeitsscheu. Dann fing ich als Elektromonteur im Hafen an. Dafür, daß mich mein neuer „Arbeitgeber" einstellte, bekam er von Vater Staat — genauer vom Arbeitsamt — aus Steuermitteln 3 Monate lang 60% meines Lohnes. Das kriegt er bei der Neueinstellung von jedem, der mehr als 6 Monate arbeitslos war, DM 10,43 bekam ich die Stunde wie die anderen Kollegen auch. Dafür kriegt er vom Arbeitsamt runde 7,00 DM. Doppeltes Geschäft: einmal beutete er mich wie jeden anderen Kollegen aus und machte, wie man sehen konnte, dabei gute Geschäfte, und dann kriegt er obendrein noch die Prämie vom Staat. Kurz bevor die 3 Monate Prämienzahlung rum waren, wurde ich entlassen: der nächste Arbeitslose mit der nächsten Prämie, bitte. Das sind die Methoden, die unsere Regierung uns als ‚Kampf gegen die Arbeitslosigkeit' verkaufen will.

Während die Hafenkollegen sich immer mehr über die neuesten Methoden der Ausbeutung empören, haben sich die Herren von der Gewerkschaft wieder mal voll an die Seite der Kapitalisten gestellt. Der Bremer DGB-Bonze Schmidt, der Mitglied in den Verwaltungsausschüssen der hiesigen Arbeitsämter ist, erklärte, daß das Ziel ihrer ganzen Bemühungen ist, „Arbeitslose durch *vollen* Lohnersatz an die Arbeitgeber" wiedereinzugliedern. Ihm reicht es nicht, den Kapitalisten 60% des Lohnes in den Rachen zu schmeißen, es müssen 100% sein. Zynisch bezeichnen die Gewerkschaftsbonzen diese Profitgeschenke an die Kapitalisten als „Hilfe" für die Arbeitslosen..."

Betriebsrat Paul Löhr - ein wirklicher Interessenvertreter!

Paul Löhr, Betriebsrat für die Angestellten auf Union, scheint nicht mit seiner Tätigkeit als Betriebsrat ausgelastet zu sein. Zusätzlich hat er noch zahlreiche Verpflichtungen, die ihm sicherlich das ach so geringe Betriebsrats-Gehalt aufbessern helfen. Da ist er noch CDU-Bundestagsabgeordneter, bekanntlich treten diese Herren ja konsequent für die Interessen des Volkes ein und erhöhen sich in schöner Regelmäßigkeit ihre Diäten um Tausende von Mark.



Im Bundestag ist er als eifriges Mitglied des Verteidigungsausschusses tätig; das sind die Herren, die uns jetzt weismachen sollen, die Neutronenbombe der Amis sei in unserem Interesse und eine humane Waffe. So human, daß bei ihrem Einsatz lediglich alle Menschen draufgehen, und die Fabriken, das Eigentum der Kapitalisten also, ungeschoren bleibt.

In der Kriegskunst kennt er sich übrigens auch aus, ist er doch selbst Major der Reserve. Stolz meldeten die „Ruhrnachrichten" letzte Woche, daß er gerade an einer vierwöchigen Wehrübung teilnimmt

Als strammes CDU-Mitglied widmet er sich besonders der Militärseelsorge, wie eh und je ist der Segen der Kirche dabei, wenn die Imperialisten die Jugend für den Krieg drillen. Es erübrigt sich die Frage, ob dieser Herr noch die Interessen der kleinen Angestellten vertritt. Ausgehalten von den Kapitalisten und ihrem Staat, ist er nur ein Beispiel dafür, wie eng der gesamte Betriebsrat und mit ihm auch der IG-Metall-Apparat mit den Kapitalisten, dem Staat und der reaktionären Kirche verbunden ist. Mit den Arbeitern und kleinen Angestellten haben diese Herren nichts, aber auch gar nichts gemein, doppelt und dreifach bezahlt, sind sie nichts anderes als Lakaien der Bourgeoisie und Feinde der Arbeiter und kleinen Angestellten.



Betriebsrat Löhr (rechts), hier als Major der Reserve

Revisionistisches

TRAUER UM ELVIS

Die „Literaturnaja Gazeta", das Regierungsorgan der russischen Sozialimperialisten, empörte sich: Elvis Presley, so klagte sie, sei von den Amerikanern auf den „Misthaufen" geworfen worden, weil er „außer Mode gekommen" ist. Nun sollte jeder Arbeiter meinen, daß der Misthaufen genau der richtige Platz für Elvis Presley und seinesgleichen, die Millionäre des amerikanischen Show-Geschäfts, ist. Für Parasiten, die von der Bourgeoisie zu Idolen aufgebaut werden, um die ein widerlicher Kult und eine künstliche Hysterie erzeugt wird, um die Werktätigen und vor allem die Jugend die brutale Wirklichkeit des kapitalistischen Systems vergessen zu machen, um sie vom revolutionären Kampf für ihre Interessen abzulenken. Als der Elvis-Rummel seinerzeit von den Bossen in New York und Hollywood entfacht wurde, hatte auch die Prawda noch geschrieben: „Das Gekreisch und Gewackel dieser menschgewordenen Dekadenz ist das Signal für den Abgesang des Imperialismus."

Warum also heute in Moskau die Sorge um Elvis Presley und seine Zukunft? Darauf gibt die Zeitung des revisionistischen Jugendverbands, die „Komsomolskaja Prawda" folgende Antwort: Elvis sei der „Sänger eines proletarisch-stimulierten Aufbegehrens der amerikanischen Jugend." So versuchen diese Herren aus schwarz weiß, aus einem dekadenten bürgerlichen Schreihals einen proletarischen Künstler zu machen!

Und sie belassen es nicht bei der Anteilnahme für Elvis. Gegenwärtig sorgen die Moskauer Kultur-Funktionäre dafür, daß die amerikanische Pop-Gruppe „Nitty Gritty Dirt Band" bei einer Tournee durch die Sowjetunion überall volle Häuser bekommt. Das ist nicht die erste und wird auch nicht die letzte Tournee dieser Art sein. Und vielleicht gelingt es den Herren im Kulturministerium ja auch noch, Elvis zu engagieren und ihn damit vor seinem Abstieg zu bewahren.



Die Revisionisten produzieren ihre eigenen Elvis Preslys, z. B. die Pudhys aus der DDR.

Warum sind die neuen Zaren im Kreml so versessen darauf, die reaktionäre westliche Pop- und Haschkultur in die Sowjetunion zu verpflanzen? Ihre Beweggründe sind die gleichen, die die Herren in Washington, Bonn oder Paris dazu veranlaßt haben, diesen Schmutz zu fördern. Auch sie wollen damit die Jugend einlullen, wollen sie in eine glitzernde Scheinwelt einspinnen, um sie vom Klassenkampf abzuhalten. Und dann haben sie noch die Unverschämtheit, dem ganzen einen fortschrittlichen, ja sogar „proletarischen" Anstrich zu geben.

Eine wirklich proletarische Kultur aber wird in den Theatern und Tonstudios der heutigen sozialfaschistischen Sowjetunion genauso wenig propagiert wie bei uns. Es ist die Arbeiterklasse selbst, die sich eine solche Kultur schafft im revolutionären Kampf gegen die neue Bourgeoisie, in einem Kampf, der nicht nur die neuen Zaren vom Thron jagen, sondern auch ihr ganzes Gefolge von dekadenten Schreiberlingen, Sängern und sonstigen „Künstlern" hinwegfegen wird.

Sozialleistungen sollen weiter abgebaut werden

Auf Kosten der Ärmsten der Armen

Nach den Rentnern und den Kranken sollen die Sozialhilfeempfänger das nächste Opfer der „Sparmaßnahmen" des kapitalistischen Staates sein. Die geplante „Dämpfung des Kostenanstiegs" der Sozialhilfe von 18% auf 10% jährlich bedeutet angesichts steigender Zahlen von auf Sozialhilfe angewiesenen Menschen einen einschneidenden Angriff auf die Ärmsten der Armen.

Um die geplanten Kürzungen im Rahmen des Bundessozialhilfegesetzes durchzusetzen, wird gegenwärtig eine üble Hetze gegen die Sozialhilfeempfänger entfacht. Der Präsident des Deutschen Städtetages, der Sohn des faschistischen Generals Rommel, lädt den Sozialhilfeempfängern eine „Mitschuld an der Arbeitslosigkeit" auf. Am 7. 8. erklärte er im Fernsehen, die Sozialhilfeempfänger fräßen Gelder auf, mit denen man sonst investieren und neue Arbeitsplätze schaffen könnte. Welch ein Hohn! Die Sozialhilfe steigt doch gerade deswegen an, weil die Kapitalisten investieren, um zu rationalisieren, um „Arbeitskräfte einsparen" zu können, wie sie sagen. Waren es 1972 noch 5.000 Arbeitslose, die auf Sozialhilfe angewiesen waren, so waren es 1975 schon 36.000. Und ihre Zahl steigt weiter.

CDU-Stoltenberg faselte von „sozialer Gerechtigkeit", um die Kürzungen zu begründen. Er erklärte, es sei nicht vertretbar, daß Sozialhilfeempfänger mehr bekämen als z. B. Verkäufer im Einzelhandel oder Rentner nach 25jährigem Arbeitsleben. Deshalb müßten die Leistungen der Sozialhilfe gesenkt werden. Eine wirklich dummdreiste Argumentation! Bekanntlich wird über das Bundessozialhilfegesetz den Werktätigen nur das staatlich festgesetzte Existenzminimum gewährt. Die Tatsache, daß Millionen Werktätige, obwohl sie arbeiten bzw. ihr Leben lang gearbeitet haben, weniger verdienen bzw. weniger Rente beziehen als die Unterstützung, die das Sozialamt zahlt, beweist also keineswegs, daß die Sozialhilfeempfänger im Überfluß leben, sondern daß Millionen Werktätige in unserem Land in bitterer Armut leben. So hatten etwa 1974 35% aller Arbeiterfamilien mit drei kleinen Kindern, in denen die Frau nicht mitarbeiten konnte, weniger als 1.400 DM monatlich zur Verfügung. Rund 2 Millionen Rentner erhalten Renten, die niedriger sind als 400 DM, insgesamt liegen 1,1 Millionen Rentnerhaushalte mit 2,3 Millionen Menschen unter dem Sozialhilfesatz.

Alle diese Menschen hätten Anspruch auf Unterstützung durch das Sozialamt. Aber nur der geringste Teil bekommt sie auch tatsächlich. Nach einer Untersuchung des ehemaligen Sozialministers von Rheinland-Pfalz, Geißler (CDU), geht von sieben Rentnern, die Anspruch auf Sozialhilfe hätten, nur einer zum Sozialamt. In Wirklichkeit liegen die Zahlen weit höher.

Angesichts dieser Tatsachen ist es eine unverschämte Lüge von einer „Überversorgung" nach dem Bundessozialhilfegesetz zu reden. Und das weiß die Bourgeoisie auch ganz genau. So konnte man am 7. 4. 77 in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" lesen: „Wenn sich nun aber der Armutsdruck bei den „verschämten" Armen, den Leistungsunfähigen, die paradoxerweise aufgrund eigener „Leistungen" leben wollen, noch erhöht und wenn diese zum Sozialamt gingen, dann wäre der Kollaps nicht mehr zu verhindern: Die Kosten würden sich verdoppeln oder, wie manche Fachleuchte befürchten, sogar verdreifachen." Mit Sicherheit wird — auch bevor neue gesetzliche Regelungen in Kraft treten — die jetzt laufende Verleumdungskampagne gegen die Sozialhilfeempfänger dafür sorgen, daß die Zahl derer wächst, die aus Angst vor der entwürdigenden Behandlung auf den Sozialämtern, aus Angst, wie Bettler angesehen zu werden, gar nicht erst aufs Sozialamt gehen.

Aber der kapitalistische Staat versucht keineswegs nur mit dieser psychologischen Masche die Zahl der Sozialhilfeempfänger so klein wie möglich zu halten. Abgesehen davon, daß staatliche Unterstützung nur bekommt, bei dem nachgewiesen ist, daß er absolut nicht verdienen kann, daß weder Kinder oder Eltern ihn unterstützen können, werden selbst die geringen Leistungen, die das Bundessozialhilfegesetz vorsieht, vor den Werktätigen weitgehend verheimlicht, damit sie nur ja nicht auf ihr Recht pochen können, wird für jede einzelne Leistung ein gesonderter Antrag, eine gesonderte Überprüfung, ein regelrechter Papierkrieg notwendig, der mit vielen Laufereien verbunden ist. Eine Barriere der Bürokratie, die insbesondere für alte Menschen und alleinstehende Frauen mit kleineren Kindern oft unüberwindlich ist.

Radio Tirana — die Stimme des einzigen sozialistischen Senders in Europa

Radio Tirana strahlt mehrmals täglich Sendungen in verschiedenen Sprachen aus. Die wichtigsten der deutschsprachigen Sendungen von Radio Tirana werden in den vom Rotfront-Verlag herausgegebenen Heften

Radio Tirana — Ausgewählte Sendungen

veröffentlicht.

Aus dem Inhalt: • Berichte über den Aufbau des Sozialismus in Albanien; • Albaniens Ansichten in internationalen Fragen; • Theoretische Artikel; • Wichtige Erklärungen und Dokumente.

Erscheint vierzehntägig. Im Jahresabonnement DM 26,00, im Halbjahresabonnement DM 13,00, Einzelheft DM 1,00. Abonnenten erhalten kostenlos zweimal im Jahr ein halbjährliches Gesamtinhaltsverzeichnis, für Einzelbesteller DM 1,00. Zu bestellen bei Rotfront-Verlag, 2300 Kiel 1, Postfach 3746.

Und das alles für Leistungen, die zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel sind. So bestehen die „zu großzügigen" Leistungen bei der sogenannten „Hilfe zum Lebensunterhalt" darin, daß ein erwachsener Sozialhilfeempfänger sich von 5,30 DM am Tag ernähren muß; daß etwa eine alleinstehende Frau mit vier Kindern im Monat ca. 800 DM zur Verfügung hat, um den Lebensunterhalt von fünf Personen zu bestreiten usw. usf. Angesichts dieser Tatsachen von „Überversorgung" zu reden, ist nichts als nackter Hohn!

Wenn die verschiedenen Politiker jetzt in Fernsehen, Funk und Presse ihre verschiedenen Pläne ausbreiten, die sie zur „Dämpfung der Kosten" bei der Sozialhilfe ausgearbeitet haben, dann wird regelmäßig so getan, als würden die ca. 10 Mrd. DM, die im Rahmen des Bundessozialhilfegesetzes ausgegeben werden, ausschließlich an die Sozialhilfeempfänger ausgezahlt. Das ist aber nicht so. Die Werktätigen erhalten nur einen Teil dieses Geldes, der Löwenanteil fließt in die Taschen größerer und kleinerer Kapitalisten, bzw. zurück in die Kassen des kapitalistischen Staates.

Das beginnt bereits bei den Ausgaben im Rahmen der „Hilfe zum Lebensunterhalt", die rund 3 Mrd. DM, also nur ein Drittel der gesamten Ausgaben, beträgt. Ein guter Teil dieser „Hilfe zum Lebensunterhalt" nämlich sind Mietzahlungen. Die verschiedenen städtischen und privaten Wohnungsbaugesellschaften und Vermieter nutzen diese Mietzahlungen über die Sozialämter systematisch aus, um ihr Geschäft zu machen. So hat beispielsweise die Stadt Frankfurt teure Neubauwohnungen, in die wegen der hohen Miete kaum ein Werktätiger einziehen könnte, mit ehemaligen Obdachlosen besetzt. Die Mieten garantiert das Sozialamt. Auf diese Weise schustert der kapitalistische Staat den Wohnungsbaugesellschaften Jahr für Jahr Millionen und Abermillionen zu, natürlich ohne die bürokratischen Prozeduren, denen sich die Werktätigen unterwerfen müssen, um ihre paar Mark zu bekommen, natürlich ohne Überprüfungen, ob die Ansprüche, also die verlangte Miete, auch berechtigt sind. Und natürlich wird über diesen hohen und ständig steigenden Posten auch nicht gejammert, wenn die Politiker jetzt über die „Kostenexplosion" bei der Sozialhilfe reden. Im Gegenteil, über diese Sozialhilfe an die Kapitalisten wird der Mantel des Schweigens gebreitet.

Aber diese Mietzahlungen sind keineswegs die einzige und auch nicht die wichtigste Methode der stillschweigenden Subventionierung der Profite der Kapitalisten. Die hauptsächlichen Nutznießer der Sozialhilfe sind die verschiedenen kirchlichen, staatlichen und privaten „Wohlfahrtsunternehmer", die über die Hälfte der 10 Mrd. Sozialhilfe kassieren. Vor allem über die Pflegesätze der Heime für Alte, Pflegebedürftige, psychisch Kranke, Behinderte usw. Während die Insassen mit 3-4 DM für Essen und 2-3 DM täglichem Taschengeld abgespeist werden, kassieren die Träger zwischen 50 und 100 DM am Tag an Pflegesatz. Wer kann das schon bezahlen? Also springt die Sozialhilfe ein. Nur sie ermöglicht diesen Wucher. Und derselbe Staat, dessen Vertreter sich lautstark über die Sozialhilfeempfänger beklagen, langt am kräftigsten hin. So erhöhte vor kurzem die Stadt Köln ihre Pflegesätze um 70%. Die Sozialhilfe zahlt ja und macht so die Betreibung von Heimen zu einem risikofreien, lohnenden Geschäft für die Träger.

Und natürlich brauchen sich weder die Wohnungsbaugesellschaften noch diese „Wohlfahrtsunternehmer", die den Löwenanteil der Sozialhilfe kassieren und die wahren Verantwortlichen für die steigenden Kosten sind, in Zukunft um ihre Einnahmen zu sorgen. An sie wird weitergezahlt. Gespart werden soll, das zeigen die verschiedenen Äußerungen der Politiker deutlich, allein an den Leistungen für die Werktätigen, denen der Zugang zur staatlichen Unterstützung noch mehr erschwert werden soll, die noch weniger Geld bekommen werden.

So beweisen die geplanten Kürzungen bei der Sozialhilfe einmal mehr, daß der kapitalistische Staat nicht daran denkt, den Werktätigen in der Not wirksam zu helfen. Im Gegenteil, er stürzt sie noch tiefer hinein, er scheut sich nicht, auch auf Kosten der Ärmsten der Armen den Kapitalisten weitere Millionen zuzuschieben. Kann dieser Staat noch deutlicher zeigen, daß er keineswegs unser Staat ist, sondern ein Staat der Reichen, ein Instrument der kapitalistenklasse, um die Werktätigen auszuplündern und zu unterdrücken? Und das wird auf umso brutalere Weise geschehen, je mehr sich die kapitalistische Krise vertieft, je schwieriger die Lage für die Werktätigen unseres Landes wird. Angesichts dieser Lage gibt es nur einen Ausweg, den revolutionären Klassenkampf gegen die Angriffe dieses kapitalistischen Staates auf die Werktätigen, den Kampf für die sozialistische Revolution, für den Sturz des imperialistischen Staates, der Millionen keine andere Perspektive zu bieten hat, als ein Leben in Not und Elend.

Vom Aufbau des Sozialismus

GROSSE FORTSCHRITTE IN ELBASAN

Im Eisenhüttenwerk bei Elbasan tagte unlängst eine gemeinsame Versammlung der Organisation des Gewerkschaftsverbandes und der Direktion des Bau- und Montagebetriebes, um die Ergebnisse des ersten Halbjahres dieses Jahres zu analysieren und neue Ziele festzulegen, um zum 7. Kongreß des Verbandes der Jugend der Arbeit Albaniens noch größere Erfolge vorweisen zu können. An der Versammlung beteiligte sich auch der Minister für Bauwesen, Rahman Hanku, der Sekretär des Zentralrates des Gewerkschaftsverbandes Albaniens und andere Genossen.

Die Werktätigen und Aktivisten der Organisation des Gewerkschaftsverbandes, des Bau- und Montagesektors des Eisenhüttenwerkes kamen zu der Versammlung mit einer reichen Bilanz von Erfolgen. Sie haben die Aufgaben des ersten Halbjahres mit 104% erfüllt und 27 wichtige Objekte der Bestimmung übergeben. Angespornt von der Grußbotschaft des Genossen Enver Hoxha an den 8. Kongreß des Gewerkschaftsverbandes Albaniens im Namen des Zentralkomitees der Partei und von der Rede des Genossen Enver Hoxha vor dem Politbüro des Zentralkomitees der Partei am 17. Juni dieses Jahres, haben die Werktätigen des Bau- und Montagesektors neue Aktionen in Angriff genommen, um die Objekte des Kombinats nach Möglichkeit rascher und besser zu vollenden.

Etwa 288 Bau- und Montagebrigaden folgen dem Beispiel der Musterbrigaden, die von den Helden der sozialistischen Arbeit geleitet werden, und erfüllen die festgelegten Aufgaben vorfristig und leisten eine qualitativ hochstehende Arbeit. Mehr als die Hälfte der Bau- und Montagearbeiter besteht aus Jugendlichen. Das Eisenhüttenkombinat wird immer mehr zu einer großen Schule der Erziehung, ein starker Amboß für die Stählung des revolutionären Bewußtseins. Die Bauschaffenden des Eisenhüttenkombinats bei Elbasan haben beschlossen, die Aufgaben des Neunmonateplans zum 7. Kongreß des Verbandes der Jugend der Arbeit Albaniens, der in ihrem Kombinat tagen wird, zu erfüllen. Zum Abschluß der Versammlung überreichte der Sekretär des Zentralrats des Albanischen Gewerkschaftsverbandes den Bauschaffenden des Kombinats die rote Fahne, mit der sie der Zentralausschuß für den sozialistischen Wettbewerb wegen guter Ergebnisse bei der Erfüllung des ersten Halbjahres 1977 auszeichnete.

TAG DES BAUARBEITERS

Der erste Augustsonntag wird in Albanien als Tag des Bauarbeiters gefeiert. Die albanischen Bauarbeiter haben wie alle übrigen Werktätigen mit ihrer unermüdlichen Arbeit und ihrer Begabung einen wertvollen Beitrag für die Erstarkung und das Gedeihen des sozialistischen Albanien geleistet. Ein Beweis für diese Arbeit sind die zahlreichen industriellen und sozialkulturellen Werke, die in den 33 Jahren der Volksmacht in allen Teilen des Landes errichtet worden sind. Zu solchen Werken gehören das Eisenhüttenkombinat von Elbasan, das Wasserkraftwerk von Fierza, die Erdölraffinerie in Ballsh und Dutzende weitere Werke, die noch im Laufe des 6. Fünfjahrplans gebaut werden. Um sich ein Bild über die Arbeit zu machen, die die albanischen Bauschaffenden in diesem Fünfjahrplan bewältigen werden, genügt es, die Tatsache zu erwähnen, daß das Volumen der Bau- und Montagearbeiten in den Jahren des 6. Fünfjahrplans um 48% höher als im 5. Fünfjahrplan sein wird. Um die Aufgaben, die der 7. Parteitag für die Bauarbeiter festlegte, mit Erfolg zu verwirklichen, wurden verschiedene Bewegungen ins Leben gerufen, innerhalb dieses Jahres 15 Industriewerke mit zahlreichen Objekten zu beenden, (neben der Erfüllung der anderen Aufgaben in Stadt und Land).

"Zum Schutz des Bürgers"?

„Zum Schutz des Bürgers", so wird gegenwärtig wieder in Bonn gelogen, müsse der Kampf gegen den „Terrorismus" verstärkt werden. Bezeichnenderweise tönen die Politiker in Bonn immer dann lautstark über diesen angeblichen „Schutz des Bürgers", wenn einer aus ihren eigenen Reihen das Zeitliche segnete. Oder hat man schon jemals gehört, daß ähnliche Reden geschwungen wurden, wenn wieder einmal ein Arbeiter infolge der Profitgier der Kapitalisten am Arbeitsplatz sein Leben lassen mußte, wenn wieder einmal die Zahl der Kinder steigt, die auf den Straßen sterben — oder wenn wieder einmal ein Jugendlicher das Opfer eines Polizeimordes wird wie jetzt in München der 20jährige Türke Sedat Kirzimi? Nein, die „Bürger", die die Bonner Politiker meinen, das ist allein eine Handvoll Bourgeois. Ihre Profitinteressen und ihre Macht werden geschützt. Die Werktätigen aber werden zunehmend mehr das Opfer des staatlichen Terrors, der staatlichen Unterdrückung.

Wie zynisch die Parole vom „Schutz des Bürgers" ist, mit der Politiker und bürgerliche Soldschreiberlinge die „Terroristenjagd" von Polizei und Justiz begleiten, zeigt sich allein daran, daß immer mehr Werktätige das Opfer dieser „Terroristenjagden" werden. Im April, wenige Tage nach dem Tod Bubacks, erschoß die Polizei den Landwirt Helmut Schlaudraff. In diesem Monat, wenige Tage nach dem Tod des Bankiers Ponto, erschoß die Polizei den türkischen Arbeiter Sedat Kirmizi. Ist es Zufall, daß sich die Polizeimorde in den Zeiten häufen, in denen die Terroristenhysterie auf Hochtouren läuft?

Aber das ist nicht alles. Während die Politiker in den letzten Tagen vom „Schutz des Bürgers" faselten, wurde eine beträchtliche Zahl dieser „Bürger" von Hunderten von Polizisten terrorisiert. Mußten sie Hausdurchsuchungen über sich ergehen lassen, wurden sie als „Tatverdächtige" verhaftet, wie ein Ehepaar in einem Hotel in Cochem an der Mosel, wurde ihr Photo in allen Zeitungen als das Photo eines „Mörders" veröffentlicht wie das eines jugoslawischen Arbeiters.

Wie die Polizei „Terroristen" macht, zeigte sich beispielhaft am Fall von Eleonore Poensgen, die am 2. 8. 77 als „Mittäterin am Mord von Ponto" verhaftet wurde und am 7. 8. 77 wieder freigelassen werden mußte. Sobald Eleonore Poensgen festgenommen war, entfaltete die gesamte bürgerliche Presse eine faschistische Hetze, deren fast gleichlautender Inhalt darauf schließen läßt, daß der „Chefredakteur" dieser Artikel an einem Schreibtisch des Bundeskriminalamtes saß. Keine Zeitung, die in ihrer Schlagzeile nicht gegen die „Verbrecherin" Eleonore Poensgen gehetzt hätte: „Fahndungserfolg im Mordfall Ponto — Festgenommene von der Witwe wiedererkannt" („Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 3. 8. 77), „Die Polizei nahm Eleonore Poensgen als Mittäterin im Mordfall Ponto fest" („Berliner Morgenpost" am 3. 8. 77), „Ponto-Mord, erstes Terrormädchen gefaßt" („Bild" am 3. 8. 77).

In den Artikeln wurde — angefangen von der Tatsache, daß Eleonore Poensgen unter ihrem richtigen Namen (sehr verdächtig) in einer Frankfurter Wohnung wohnte, bis zu der Tatsache, daß an die 20 Menschen bezeugen konnten, daß sie zum Zeitpunkt der Schüsse gegen Ponto ganz woanders war („Ein raffiniertes anarchistisches Komplott", wie es hieß)-mit Lügen und Verdrehungen das Bild eines „Terrormädchens" gemalt, wie es nach der faschistischen Propaganda der „Terroristenjäger" auszusehen hat. Da wurde die Auskunft der Frankfurter Polizei wiedergegeben, die „junge Frau gehöre eindeutig zur Frankfurter Anarcho-Szene" und habe „dicht in der Terrorszene dringesteckt". Da wurde als „Beweis" dafür verbreitet, Eleonore Poensgen sei bereits 1974 bei der Razzia „Winterreise" festgenommen worden und habe damals im Verdacht der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung gestanden, es sei ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, das jedoch 1976 wieder eingestellt worden war. (In Wirklichkeit war Eleonore Poensgen damals verleumdet worden und erhielt deshalb für die Zeit der Haft eine Haftentschädigung.) Da wurde schließlich als weiterer „Beweis" angeführt, daß Eleonore Poensgen nach polizeilichen Erkenntnissen wiederholt an militanten Demonstrationen in Frankfurt teilgenommen habe.

Aber mit all dem nicht genug, beschränkte sich die Hetzjagd der bürgerlichen Presse beileibe nicht auf Eleonore Poensgen selbst. Verleumdet und indirekt als ihre „Mittäter" bezeichnet wurden auch diejenigen, die vor der Polizei und auf einer Pressekonferenz bezeugten, daß Eleonore Poensgen zur Tatzeit nicht im Haus des Bankiers Ponto gewesen sein konnte. „Die Zeugen gaben Frau Poensgen das Alibi", empörte sich „Bild" zwei Tage nach der Freilassung von Eleonore Poensgen und veröffentlichte Namen und Photos von acht der Zeugen. Ja, selbst gegen völlig Unbekannte wie etwa einen Straßenbahnschaffner, die sich auf einen Zeugenaufruf der Verteidiger von Eleonore Poensgen hin gemeldet hatten, ergingen sich Polizei und bürgerliche Presse noch mit dunklen Andeutungen: Ihre Aussagen stimmten teilweise verdächtig mit dem Aufruf der Verteidiger überein.

Eleonore Poensgen ist wieder frei. Aber man kann ihre Verhaftung nicht als „Justizirrtum" abtun. Denn so wie Eleonore Poensgen kann auch jeder andere, der in den Karteien des BKA oder des Verfassungschutzes als Teilnehmer von militanten Demonstrationen, als Revolutionär oder als Kommunist registriert ist, das Opfer der teuflischen Methoden werden, mit denen Polizei, Justiz und bürgerliche Presse ihre „Terroristenjagd" betreiben. Und was wäre denn gewesen, wenn Eleonore Poensgen nicht zufällig gerade am Tag der Schüsse auf Ponto zusammen mit einer Freundin in der Straßenbahn zu einer Geburtstagsfeier gefahren wäre?

Für die Polizei und die Justiz zählen bei ihrer „Terroristenjagd" keineswegs die Tatsachen. Die Tatsachen waren auch im Fall von Eleonore Poensgen sofort klar. Was für sie ausschlaggebend ist, ist die politische Gesinnung, was sie betreiben, ist Gesinnungsterror. Mit ihrer Polizei, mit ihrer Justiz. Denn zu diesem und keinem anderen Zweck, zur gewaltsamen Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft über die Werktätigen, besitzt die Bourgeoisie ihre staatlichen Gewaltorgane.

Polizist erschiesst 20-jährigen Arbeiter

Stellen Sie sich vor, jemand würde einen jungen Mann von hinten mit einer Pistole in den Kopf schießen und anschließend erklären, er habe keinen Schuß abgegeben, der Betreffende habe „instinktiv nach der Waffe gegriffen und den Auslöser betätigt." Kein Polizist, kein Staatsanwalt und kein Gericht würde einer solchen absurden Lüge Glauben schenken, der Täter würde wegen Mordes verurteilt. Normalerweise, jedenfalls. Es sei denn, der Täter ist ein Polizist. Wie der Mörder des 20jährigen türkischen Arbeiters Sedat Kirmizi aus Wolfratshausen in Bayern.

Sedat Kirmizi fuhr am Samstag, dem 6. 8. 77 gegen 0.50 Uhr zusammen mit vier Bekannten auf der Autobahn in die Münchner Innenstadt. Weil er zu schnell fuhr, stoppte ihn ein Streifenwagen der Polizei. Während einer der Polizeibeamten im Wagen sitzenblieb, stieg der andere aus, forderte Sedat Kirmizi mit vorgehaltener Pistole zum Aussteigen auf und durchsuchte ihn — immer noch mit vorgehaltener Pistole — nach Waffen. Dann, nachdem er nichts gefunden hatte, befahl er Sedat Krimizi — immer noch mit vorgehaltener Pistole — vor ihm her an den Rand der Autobahn zu gehen. Kurz darauf hörten die vier Insassen des Autos einen Schuß. Der Polizist hatte Sedat Krimizi in den Hinterkopf geschossen. Eine halbe Stunde später war der türkische Arbeiter tot.

Sein Mörder aber ist weder in Haft, noch vom Dienst suspendiert. Er hat nach Ansicht der Polizei, so Polizeidirektor Schmidt, „nicht erkennbar gegen die Dienstvorschriften verstoßen." Auch die Staatsanwaltschaft sieht keinen Grund, einen Haftbefehl auszustellen. Staatsanwalt Rebel aus München: „Wir haben leider keinen unbeteiligten Zeugen und müssen uns bisher auf die Darstellung des Beamten selbst stützen." Die Darstellung des Beamten selbst aber ist: Er habe nicht geschossen, Sedat Kirzimi habe sich selbst erschossen. Die „Süddeutsche Zeitung" zitiert die Aussage des Polizisten Klaus H.: „Sedat Kirzimi ist gestolpert und in die Knie gegangen. Er muß instinktiv nach der Waffe gegriffen und den Auslöser betätigt haben."

Mit dieser infamen und völlig absurden Lüge gibt sich nicht nur der Staatsanwalt zufrieden. Diese Lüge verbreitet auch die bürgerliche Presse, deren sklavische Gleichschaltung mit den Polizeiberichten heute bereits so weit geht, daß nicht einmal bei einem so offensichtlichen Fall eines Polizeimordes auch nur ein Wort der Kritik fällt, daß nicht einmal gegen so völlig unglaubwürdige Polizeiversionen des Tatgeschehens auch nur ein Wort des Zweifels angemeldet wird. So ist es für diese bürgerlichen Schreiberlinge auch ganz normal, daß die Staatsanwaltschaft keineswegs wegen Mord gegen den Polizisten ermittelt, sondern wegen „fahrlässiger Tötung". Wobei das Ergebnis dieser Ermittlungen nicht sehr zweifelhaft sein dürfte, zumal die vier anderen Insassen des Fahrzeugs, in dem Sedat Kirmizi fuhr, nicht sehen konnten, wie Sedat erschossen wurde, weil der Mord hinter ihrem Wagen geschah.

Der Mord an Sedat Kirmizi ist bereits der dritte Polizeimord innerhalb von drei Jahren in München. 1974 wurde der Taxifahrer Günter Jendrian in seiner Wohnung erschossen. 1975 starb der erst 18jährige Ernst Wiesneth durch Schüsse der Polizei. Keiner der Polizisten kam wegen seines Verbrechens ins Gefängnis. Denn in dieser „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" mordet die Polizei nicht. Sie tut ihre Pflicht. Mit welchem Zynismus dabei die Opfer des staatlichen Terrors behandelt werden, mußte der Vater von Sedat Kirmizi in diesen Tagen erleben. Für die Herausgabe der Leiche seines Sohnes mußte er 1.000 DM bezahlen.

Kassel/Hannover

Hausdurchsuchungen bei Kommunisten

Nachdem im Zusammenhang mit dem Tod des Bankiers Ponto von Rundfunk, Fernsehen und Presse die gezielte Provokation verbreitet wurde, daß sich angeblich eine „Befreiungsbewegung Roter Morgen" dafür verantwortlich erklärt habe, erschien die Polizei im Rahmen der bundesweiten Fahndung auch bei zwei Kommunisten, um dort Hausdurchsuchungen durchzuführen. In einem Fall, bei dem Genossen R. Wengler, der Kontaktadresse der Roten Hilfe Deutschlands in Kassel, erklärten die Polizisten: „Wir haben Anweisung vom Bundeskriminalamt!" Die beiden Genossen berichten:

Im Rahmen der bundesweiten Fahndung in Sachen des verstorbenen Bankiers Ponto wurde am Morgen des 10. August auch unsere Wohnung, die Kontaktadresse der RHD in Kassel, durchsucht. Meine Frau und ich waren an diesem Morgen gerade aufgestanden und dabei, unseren 9 Monate alten Sohn zu versorgen, als plötzlich heftig geklingelt wurde. Im Hausflur stand eine Gruppe von acht Polizisten, teils in Zivil, teils in Uniform. Meine Frau ging zur Tür und sagte den Beamten, sie sollten einen Moment warten, bis wir fertig angezogen wären. Die Antwort war, daß einer der Polizisten den Fuß zwischen die Tür steckte, und mit den Worten „Hausdurchsuchung! Gefahr im Verzug!" trampelte dann die ganze Truppe in die Wohnung. Auf unseren Protest meinte einer nur zynisch: „Was haben Sie denn gegen uns? Ich kriege immer gerne Besuch." Als Grund der Durchsuchung hieß es nur „Mordsache Ponto. Wir haben Anweisung vom BKA, Abteilung Terrorismus!" Näheres wollten sie nicht sagen.

Immerhin konnte ich telephonisch einen Anwalt informieren und auch einem Genossen Bescheid geben. Die Beamten fingen sofort mit der Durchsuchung an, durchwühlten Schränke, Schreibtischschubladen und Bücherregale und guckten unter die Matrazen unserer Betten. Selbst das Windelpaket unseres Sohnes wollten sie durchsuchen...

Als einer der Beamten anfing, private Briefe, darunter auch Briefe von Genossen, die wegen der Roten Antikriegstagsdemonstration im Gefängnis sind, zu durchstöbern, wies ich ihn darauf hin, daß er das nicht dürfe. Die Antwort: „Na, wird das eben beschlagnahmt, wenn wir nicht reingucken dürfen. Also sparen Sie sich lieber den Ärger."

Während der ganzen Zeit stand ein Polizist mit Maschinenpistole vor unserer Wohnungstür. Schließlich zogen die Herren, ohne irgendetwas gefunden zu haben, wieder ab.

Die Unverschämtheit bei dieser Durchsuchung und bei der Begründung für die Durchsuchung besteht darin, daß der Polizei genau bekannt ist, daß wir mit dieser Sache überhaupt nichts zu tun haben, weil dieselbe Abteilung des BKA bereits vor längerer Zeit bei der Polizei in Kassel nachgefragt hat „in welcher staatsabträglichen Hinsicht ich bekannt sei" und zur Antwort erhielt, daß ich presserechtlich verantwortlich für Flugblätter der RHD sei und außerdem beim „Roter Morgen"-Verkauf beobachtet worden sei. Die Haltung der KPD/ML und der RHD zum individuellen Terror ist dem BKA aber bekannt. Trotzdem wurde jetzt diese Durchsuchung angeordnet. Diese offensichtliche Provokation paßt in die derzeitige Hetze der Bourgeoisie und ihr Bemühen, die KPD/ML und auch die RHD in den staatlichen Fahndungsterror und die Terroristenhetze zu verwickeln, um uns so zu kriminalisieren und von der Bevölkerung zu isolieren. Aber sie sollen sich getäuscht haben. Was jedenfalls unsere Nachbarn angeht, die wir von diesem Vorfall informierten, so hatte die Durchsuchung da den gegenteiligen Erfolg.

In Zusammenarbeit mit den Faschisten

HANNOVER

Am 3. 8. klingelte es an meiner Wohnungstür. Ich öffnete und dort standen drei zivile Kriminalpolizisten. Sie standen auch gleich in meiner Tür und sagten, daß sie mich sprechen wollten. Ich konnte sie herausdrängen und unterhielt mich auf dem Flur mit ihnen. Sie fragten, ob sie mal einen Blick in meine Wohnung werfen könnten. Ich lehnte ab. Dann fragten sie, ob ich die Jungnationalen (Jugendorganisation der NPD — RM) kennen würde und ob ich Ponto kenne. Erst im Verlauf des Gesprächs stellte sich heraus, was es mit diesen merkwürdigen Fragen auf sich hatte. Die Polizei hatte von den Jungnationalen einen Anruf erhalten, in dem es hieß, daß die gesuchten Terroristen bei mir zu finden seien. Dann fragten mich die Polizisten noch einmal, ob sie in meine Wohnung könnten. Ohne Hausdurchsuchungsbefehl nicht, antwortete ich. Plötzlich sagte der eine, ich solle zur Seite treten, sonst würde es auch mit Gewalt gehen, denn es bestehe „Gefahr im Verzug", da brauche die Polizei keinen Hausdurchsuchungsbefehl. Ich ließ sie dann rein, bevor sie mir die Tür zerschlugen. (In mehreren Fällen wurden im Rahmen der „Terroristenfahndung" in Hannover erst die Türen eingeschlagen, dann die Wohnungsinhaber mit der Pistole bedroht).

Diese Hausdurchsuchung zeigt, daß die Polizei mit den Faschisten zusammenarbeitet, wenn es darum geht, gegen Kommunisten vorzugehen. Und zwar mit den gleichen Faschisten, die im Oktober des letzten Jahres Genossen der Partei, die faschistische Plakate heruntergerissen hatten, mit einem Auto verfolgten und aus dem fahrenden Wagen heraus mehrmals auf die Genossen schossen. Ein Anruf von diesen Verbrechern also reicht der Polizei aus, um die Wohnung eines Kommunisten ohne Hausdurchsuchungsbefehl zu durchsuchen!

Schreibt den Genossen in Haft

Klaus Kercher, 7100 Heilbronn, JVA, Steinstr. 21

Alexander Haschemi, 8910 Landsberg, JVA, Hindenburgring 2

Martin Peleikis, 2350 Neumünster, JVA, Boostedterstr. 30

Manfred Schönenberg, 5952 Attendorn, JVA

Wolfgang Brod, 4400 Münster, JVA, Gartenstr. 26

Korrespondenzen

Redaktion
„Roter Morgen"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
46 Dortmund 30

In der feinmechanischen Fabrik von Korça

Seit einigen Tagen bin ich von meiner ersten Albanienreise zurückgekehrt. Sehr beeindruckt hat mich unter anderem ein Besuch in der Feinmechanischen Fabrik in Korça. Ich bin von Beruf Dreher, deshalb fiel mir sofort auf, daß die Halle mit Ventilatoren bestückt ist, die den Metallstaub absaugen. In der Fabrik, in welcher ich arbeite, gibt es nicht einen davon. Die Halle in Korça ist etwa 10m hoch. Das bedeutet weniger Hitze im Sommer. Bei uns ist sie 4 bzw. 5m hoch. In Korça sind die Drehbänke gut verteilt aufgestellt, es ist viel Platz zwischen den Maschinen, was weniger Lärm heißt. Bei uns steht Maschine an Maschine, Mann an Mann.

Eine besondere Freude war es für mich, als ein albanischer Kollege mich auf „seiner" Drehbank ein Gewinde drehen ließ. Ich sah keinen Herrn in Krawatte, wie sie bei uns ständig auf und ab spazieren und die Arbeiter antreiben.

Als uns der Führer, ein Ingenieur, zum Omnibus begleitete, grüßte ich versehentlich mit: „Addio". Darauf sagte er: „Das Paradies schaffen wir uns selbst auf dieser Erde."

Rot Front! Ein Genosse aus Kempten

Mehr exportieren als importieren

Als Reisegruppe der Partei erlebten wir dieses Jahr in Albanien viele Beispiele für die Initiative „Arbeiten, leben und kämpfen wie im Belagerungszustand". Diese begeisterte Initiative ging von den Arbeitern des Traktoren-Ersatzteilwerks in Tirana aus, womit sie die Aufgaben, die der 7. Parteitag der PAA gestellt hat, aufgegriffen und in die Tat umsetzten. Ziel der Initiative ist es, auf allen Gebieten möglichst große Unabhängigkeit vom imperialistischen und revisionistischen Ausland zu erreichen. Dies ist ein Bestandteil der Sicherung der Diktatur des Proletariats in Albanien, das sich durch die imperialistische und revisionistische Einkreisung nicht einschüchtern läßt, sondern im Gegenteil immer entschlossener und schwungvoller den Sozialismus aufbaut.

So führte uns ein Arbeiter voller Stolz durch das mechanische Werk „Partizani", eine der ältesten Fabriken Albaniens überhaupt. Der Genosse erklärte uns, daß dieser Betrieb aus einer kleinen Reparaturwerkstatt hervorgegangen war und heute für die Versorgung Albaniens mit Alu-Kochgeschirr, Emaille-Geräten, insbesondere Öfen und Herde, arbeitet. Er hob hervor, daß dies eine große Errungenschaft darstelle, denn bis vor kurzem mußte ein Teil dieser Geräte noch aus dem Ausland beschafft werden. Überall lasen wir Schilder mit der Parole: „Mehr exportieren als importieren", und wir hatten inzwischen erfahren, daß dieses Ziel ein wichtiger Bestandteil der Initiative ist. Um dies zu erreichen, scheuen die Arbeiter des „Partizani"-Werks keine Anstrengungen. Trotzdem gab es hier keinerlei Arbeitshetze, sondern ein ruhiges, entspanntes Arbeitsklima, wo jeder weiß, daß er nicht für den Profit irgendeines Kapitalisten arbeitet, sondern für die Bedürfnisse des Volkes und zur Sicherung der Diktatur des Proletariats.

Rot Front! Genossen aus Bremen

Erst muß etwas passieren...

Ein Kollege berichtete mir folgendes:

An einer Straße in Bochum ist das Rechtsabbiegen in eine Seitenstraße verboten. Um nicht Umwege fahren zu müssen, umgehen viele das Verbot, indem sie quer über einen an dieser Straßenkreuzung liegenden Platz fahren. Auf diesem Platz spielen aber häufig Kinder, die dadurch natürlich gefährdet werden. Der Kollege hat das oft beobachtet und wollte Abhilfe schaffen. Er schrieb deshalb an die zuständige Stelle der Stadt Bochum, wies auf die gefährdeten Kinder hin und machte den Vorschlag, wenigstens eine Seite des Platzes durch einen Zaun zu sperren.

Einige Tage später kam dann auch ein Polizist, um die Sache in Augenschein zu nehmen. Gemeinsam zählten sie in einer Viertelstunde 21 Autos, die den Platz überquerten.

Der Polizist meinte dazu, daß er wohl einen Bericht schreiben würde, doch sagte er gleich dazu, daß da nichts geschehen würde, denn die zuständigen Stellen könnten erst dann etwas machen, wenn etwas passiert sei! Daran kann man mal wieder sehen, was den Kapitalisten und ihren Helfershelfern ein Menschenleben wert ist: nämlich nichts.

Rot Front! Ein Genosse aus Bochum

Wiese in Brokdorf geräumt

Inzwischen wurde das nahe dem Bauzaun in Brokdorf errichtete Zeltlager (s. RM 32) geräumt. Nachdem die Landesregierung den Kernkraftwerksgegnern das Ultimatum gestellt hatte, sie müßten bis zum Abend des 8. 8. den Platz geräumt haben, rückte am Dienstag morgen Polizei an, die die Straße in den nächstgrößeren Ort absperrte und das Lager umzingelte. Angesichts der Übermacht der Polizei mußten die Demonstranten das Zeltlager abbauen.

Die Landesregierung hatte bereits seit Tagen versucht, die Demonstranten zu vertreiben. Da sich das Zeltlager auf dem Gelände befand, das die Norddeutsche Kraftwerksunion an einen Bauern verpachtet hatte und dieser Bauer auch nicht bereit war, entsprechend den Wünschen der Landesregierung Anzeige gegen die Demonstranten wegen „Hausfriedensbruch" zu erstatten, wurde zunächst krampfhaft nach anderen Paragraphen gesucht, um das Lager „legal" räumen zu können. So drohte man den Demonstranten mit der Zeltverordnung, dem Landesverwaltungsgesetz und dem Landschaftspflegegesetz, gegen die angeblich verstoßen worden war. Weil aber die Bourgeoisie selbst wußte, daß sie damit nicht weit kommen würde, verstärkte sie den Druck auf den Bauern, dem das Lagergelände gehörte und zwang ihn schließlich, dieses von der Norddeutschen Kraftwerksunion gepachtete Gelände wieder zurückzugeben. Die Norddeutsche Kraftwerksunion, nun wieder Besitzerin des Lagergeländes, zögerte natürlich nicht, sofort die polizeiliche Räumung des Lagers in Gang zu setzen.



Räumung der polizeiumstellten Wiese in Brokdorf

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

NAME ....

WOHNORT ....

STRASSE ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghoferstr. 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

Aus den Beiträgen zum Artikelwettbewerb

Körperbehinderte- vom Kapitalismus hervorgebracht und abgeschoben...

Ich arbeite in einem Heim, in dem körperbehinderte Kinder zwischen zwei und 18 Jahren leben. Es sind überwiegend Kinder mit schweren Behinderungen, Querschnittgelähmte, Contergan-Kinder, Kinder mit schweren spastischen Lähmungen, Folgegelähmte nach Kinderlähmung. Die meisten von ihnen haben Verhaltensstörungen oder Lernbehinderungen bis hin zu geistiger Zurückgebliebenheit, was meistens auf dauernd wechselnde Heimaufenthalte und mangelnde Förderung zurückzuführen ist, obwohl in diesem Kinderheim vergleichsweise gute Bedingungen herrschen.

Als ich hier anfing zu arbeiten, hatte ich Vorstellungen im Kopf, die darauf hinausliefen, daß Körperbehinderung eben ein schweres Schicksal ist, ein Schicksal, was man aber im Sozialismus besser lösen wird als es in unserem kapitalistischen System möglich ist, wenn unter der Diktatur der Arbeiterklasse diese Menschen in die Gesellschaft eingegliedert werden, bessere Heime geschaffen werden und ähnliches. Das ist bestimmt richtig, aber gar nicht die Hauptsache. Das Wichtigste, und allein dafür kann man dieses kapitalistische System hassen, das Wichtigste ist, daß es solche Heime im Sozialismus nicht geben wird, weil sie überflüssig sind bis auf vielleicht ganz wenige Ausnahmen. Denn wenn man sich die Lebensgeschichten, die Akten dieser Kinder ansieht, bleibt die Ursache für mindestens 90% der Körperbehinderungen ein und dieselbe: der Kapitalismus, das System!

Ich schreibe einige Beispiele auf, die jeweils für eine Gruppe stehen (die Namen sind geändert):

Peter, 15 Jahre, eine verkrüppelte Hand rechts, 3 Finger an der linken Schulter, verkürzte und verkrüppelte Beine, Rollstuhlfahrer. Seine Mutter hat während der Schwangerschaft das Schlafmittel Contergan verschrieben bekommen, was die Mißbildungen hervorrief.

Beate, 13 Jahre, beide Beine gelähmt und unterentwickelt, sie geht an Krücken. Sie hat mit 6 Jahren Kinderlähmung gehabt, weil sie nicht geimpft war und diese Krankheit wegen des mangelhaften Impfsystems bei uns immer noch grassiert.

Michael, 5 Jahre, Lähmungserscheinungen am ganzen Körper, geistig auf dem Stand eines Zweijährigen. Bei seiner Geburt traten Komplikationen auf, die zu langem Sauerstoffmangel führten. Die Verlegung in eine gut ausgestattete Geburtsklinik dauerte drei Stunden. Die Komplikationen wären bei guter Vorsorgeuntersuchung vorherzusehen gewesen.

Vera, 10 Jahre, kann die Beine kaum, die Arme nur bedingt bewegen, die Finger nicht zur Faust schließen (Spastikerin). Die Störungen und die Krankheit ihrer Muskeln wurden erst im Alter von 3 Jahren bemerkt, als es zu spät war. Bei guter Neugeborenenbeobachtung und Früherkennungsuntersuchungen hätte die Krankheit durch gezielte Gymnastik u. a. erheblich verringert werden können.

Diese vier Kinder stehen für 26 in dem Heim, von dem ich berichte, und für Hunderttausende in der gesamten Bundesrepublik. Es gibt 6 Millionen Behinderte in Westdeutschland (nach Klee, Behindertenreport). Und die meisten davon haben diese Behinderungen durch Ursachen, die der Kapitalismus hervorbringt: Unfälle, Berufsunfälle, Geburtsschäden, Medikamente, Impfschäden, Nichterkennung von Krankheiten, und nicht zu vergessen bei vielen älteren Behinderten: Krieg. So sieht das „Schicksal" also aus, wenn man genauer hinsieht.

„Schicksal" ist eine Zwecklüge des Kapitalistenstaates, mit der er seine ungeheuerliche Brutalität verschleiert und im Fernsehen die „Aktion Sorgenkind" startet, um sich einen sozialen Anstrich zu geben und vor allem, um den Werktätigen noch das letzte Geld aus der Tasche zu ziehen, damit sich die behinderten Kinder wenigstens noch einen Rollstuhl leisten können.

Es ist für Außenstehende unvorstellbar, in welchem Maß bei uns ein Behinderter oder eine Familie mit einem behinderten Kind kämpfen muß, um überhaupt zu leben und zu überleben: Jedes Hilfsmittel (Krükken, Rollstuhl), Spezialkleidung, Untersuchungen, Behandlungen (Gymnastik u. ä.) kostet bis zu Tausenden von DM oder muß auf dem berüchtigten Behördenweg beantragt werden. (Das dauert Monate, und man muß jedesmal seine Bedürftigkeit nachweisen). Die Krankenkassen tragen nur immer das Mindeste, ähnlich wie die sogenannte „Contergan"-Stiftung, die auf einem Gerichtsbeschluß beruht, der angeblich die Firma Grünenthal verpflichtete, für die Kosten der Contergan-Folgen aufzukommen und den Kindern Abfindungen für ihre Berufsausbildung zu zahlen. (Die Firma Grünenthal hatte „Contergan" in Westdeutschland vertrieben, obwohl die Mißbildungsfolgen für Ungeborene bekannt waren). Wie sieht die Wirklichkeit aus? Weitergehende Behandlungen, Förderungen müssen die Kinder von den Abfindungen selbst zahlen und wenn es um die Berufsausbildung geht, streicht der Staat Ausbildungsbeihilfen, denn die Kinder haben ja „Vermögen" — im Höchstfall 40.000 DM. Davon kann man als Behinderter vielleicht zwei Jahre leben, denn man lebt teurer als Gesunde durch die vielen notwendigen Spezialeinrichtungen und -ausgaben, — und dann kommt die Fürsorge...

Wenn man nicht reich ist, kann man sich ein behindertes Kind kaum leisten, die Eltern sind gezwungen, es in ein Heim zu geben, denn sie erhalten vom Staat kaum Unterstützung. Im Gegenteil, der Kapitalistenstaat ist daran interessiert, daß die behinderten Kinder abgeschoben werden, wohl, damit sie keiner sieht. In den Behördenakten der Kinder, von denen ich oben berichtet habe, liest sich das so:

„...Sie arbeitet seit vielen Jahren bei der Firma X und meint, diese Arbeit unbedingt beibehalten zu müssen, da sie nicht sicher sein kann, ob ihr Mann sie eines Tages wieder mit den Kindern sitzen ließe. Ihr wurde Sozialhilfe angeboten, damit sie im Hause bleiben könnte, um ihre beiden Kinder zu versorgen. Bekanntlich ist diese Unterstützung sehr gering, und Frau X meinte, damit nicht auskommen zu können, außerdem ihre Stellung und Rechte, die sie mit der jahrelangen Arbeit dort erworben hat, z. Z. nicht aufs Spiel setzen zu können... Eine Krippe gibt es in der Gegend nicht. Es ist also nicht möglich, daß Frau X Peter ins Haus nimmt und tagsüber unterbringen kann... Frau X hat eine kleine 2-Zimmer-Wohnung, die zwar räumlich beengt ist, aber die Aufnahme des 2. Kindes nicht ausschließen würde... Es wäre Frau X zuzumuten, für beide Kinder zu sorgen. Sie ist aber nicht bereit, ihre Arbeit aufzugeben, um bei den beiden Kindern zu Hause bleiben zu können..." (Fürsorge-Bericht über die Mutter von Peter).

„...Das Elternhaus ist unzuverlässig. Dem Heim schulden die Eltern seit längerem das Geld für ein paar Stiefel. Jetzt meinte Herr X., sie wären so in finanziellem Druck, weil immer jemand krank wäre... In den Herbstferien schlief Beate mit einer hochfiebernden Schwester in einem Bett zusammen, weil nicht für jedes Kind ein Bett da ist... Die Wohnung macht einen unaufgeräumten Eindruck. In zwei Zimmern wohnen neben den Eltern die beiden Kinder, ein Vetter und eine Großmutter. Es ist nicht zu erwarten, daß sich die Wohnsituation in absehbarer Zeit ändern wird..." (Fürsorgebericht von Beate).

So kommen die Kinder ins Heim und werden damit für ihr gesamtes Leben noch zusätzlich benachteiligt und gezeichnet. Es ist billiger für den Kapitalistenstaat und seine Behörde, einen arroganten Bericht zu schreiben und dann ab ins Heim und die Familie trennen, als ordentliche Wohnungen und Krippen zu schaffen und den Müttern eine angemessene Unterstützung zu zahlen!

Aber der brutale Zynismus des kapitalistischen Staates geht noch weiter. Für Behinderte und ganz besonders für behinderte Heimkinder ist es so gut wie unmöglich, eine normale Schul- oder Berufsausbildung zu machen; diese Situation hat sich mit der allgemeinen Arbeitslosigkeit noch verschärft. Es fängt damit an, daß es mangels Transportgelegenheiten z. B. für Rollstuhlfahrer und den räumlichen Zuständen der Schulen fast unmöglich ist, eine normale Schule zu besuchen. Also werden alle behinderten Kinder gettomäßig zusammengefaßt in einer Sonderschule, wo man höchstens einen Volksschulabschluß machen kann, im Normalfall aber als Hilfsschüler endet, weil die Klassen zu groß und die Förderungen zu gering sind. Und beim Arbeitsamt werden die meisten der Jugendlichen mittels „psychologischer" und „ärztlicher" Tests der gekauften Amtsärzte und Psychologen an sogenannte „Werkstätten für Behinderte" vermittelt. Das ist eine echte Sozialeinrichtung — sozial für die Kapitalisten! In diesen Werkstätten müssen die behinderten Menschen für 50 Pfennig Stundenlohn teilweise schwer arbeiten; u. a. fließbandähnliche Arbeit und akkordähnliche wie Eintüten und Verpacken für die Firma Bayersdorf. So schafft sich der Kapitalistenstaat durch die Behinderten noch ein besonders billiges Reserveheer von Proletariern...

Am liebsten würde ich unter meinen Bericht schreiben: „Es entspricht alles der Wahrheit und Ähnlichkeiten sind Tatsachen." Es gibt noch Hunderte andere Beispiele, Beispiele, die ich als Nichtbehinderter anfangs für Ausnahmen hielt und die doch bittere Realität für die meisten behinderten Menschen in unserem System sind. Da nützen keine Spendensammlungen und auch die unermüdliche Arbeit vieler Arbeitenden im Sozialbereich sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Man muß das Übel an der Wurzel packen und ausreißen, und das Übel heißt Kapitalismus und sein Staat.

Das erkennen im Ansatz auch immer mehr Werktätige im Sozialbereich und immer mehr Behinderte selbst. So ist es bestimmt kein Zufall, daß in dem Heim, von dem ich berichte, alle Mitarbeiter eine Resolution gegen das geplante AKW in Brokdorf unterschrieben haben und allein bei der Demonstration am 13. November 7 Kollegen dort waren und teilweise militant gekämpft haben. Auch die Jugendlichen sind politisch sehr wachsam, viele haben Hoffnungen, aber viele hassen diesen Staat bis aufs Blut und wissen sehr genau, daß sie kämpfen müssen und nochmals kämpfen. Am letzten 1. Mai waren zwei von ihnen beim Roten 1. Mai, mehrere lesen die Gote-Garde-Zeitung manchmal und einer regelmäßig den „Roten Morgen"...

Erscheint demnächst im Verlag Roter Morgen

ENVER HOXHA

Ausgewählte Werke, Band II

Demnächst wird im Verlag Roter Morgen der zweite Band der „Ausgewählten Werke“ des Genossen Enver Hoxha erscheinen. Dieser Band enthält Schriften von November 1948 bis November 1960. Ein Großteil der Schriften dieses Bandes befaßt sich mit dem mutigen und prinzipienfesten Kampf, den die Partei der Arbeit in der damaligen Zeit, als die KPdSU und andere Parteien noch nicht unwiderruflich entartet waren, gegen den revisionistischen Kurs des XX. Parteitages, zur Verteidigung des Marxismus-Leninismus und für die Einheit der marxistisch-leninistischen Weltbewegung führte.

Als Vorabdruck aus dem Bank II der „Ausgewählten Werke“ stellen wir unseren Lesern den Bericht auf dem 10. Plenum des ZK der PAA vom 20. Juni 1958 vor, der den Titel trägt „Über die antimarxistischen und antisozialistischen Auffassungen, die auf dem VII. Kongreß des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens und in seinem Programm erneut zum Ausdruck kamen und über den kompromißlosen Kampf, der zur Entlarvung und theoretischen und politischen Zerschlagung des modernen Revisionismus geführt werden muß.“

Über die Bedeutung des Kampfes, den die PAA gegen den jugoslawischen Revisionismus führte, heißt es im Vorwort des albanischen Verlages „8. November“: „Während der größte Teil der kommunistischen und Arbeiterparteien unter dem Einfluß der KPdSU den Kampf gegen den jugoslawischen Revisionismus einstellte, setzte die Partei der Arbeit Albaniens ihren Kampf mit größter Heftigkeit fort, nicht nur weil diese Strömung im Widerspruch zum Marxismus-Leninismus stand und für die gesamte internationale kommunistische Arbeiterbewegung eine große Gefahr darstellte, sondern auch weil ihr Widerstand gegen diese Strömung zum Kampf gegen jede Form des Revisionismus, vor allem gegen die antimarxistischen Thesen des XX. Parteitages der KPdSU, beitrug.“

Das Zentralkomitee kennt die verschiedenen Materialien, die unsere Presse, die Presse der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, der Kommunistischen Partei Chinas und aller anderen Bruderparteien über die feindliche und verräterische Tätigkeit der trotzkistischen Führungsgruppe des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens veröffentlicht haben.

Es ist nicht notwendig, daß ich mich hier damit aufhalte aufzuzeigen, wie richtig und marxistisch-leninistisch die Linie unseres Zentralkomitees und unserer Partei gegenüber diesen Verrätern stets war. Unsere Partei war ihnen gegenüber stets auf der Hut, sie ist gegenüber den Belgrader Verrätern niemals ins Schwanken gekommen und hat sie schonungslos bekämpft. Unsere Partei ist sich darüber im klaren, welch unerbittlichen Kampf wir führen müssen, um den von der Belgrader Verrätergruppe angeführten modernen Revisionismus zu entlarven und vollständig zu zerschlagen.

Es ist nicht überflüssig, im Licht der jüngsten Ereignisse noch einmal über die jugoslawischen Trotzkisten zu sprechen, obwohl uns ihr Vorgehen nicht überrascht hat und wir davon überzeugt waren, daß sie nur auf einen günstigen Augenblick warteten, um uns zu schaden. Jetzt müssen wir die Gefahr näher bestimmen, die der heutige Revisionismus darstellt, d. h. die feindliche Arbeit des BKJ in seinem Programmentwurf und auf seinem VII. Kongreß[1]

Bekanntlich beschloß das ZK der KPdSU aufgrund der entstandenen Lage schon 1954, die Beziehungen zu der Belgrader Clique zu verbessern. Aber selbst nach diesen Bemühungen zeigten die jugoslawischen Trotzkisten erneut und noch besser ihr wahres Gesicht.

Die trotzkistischen Belgrader Führer luden uns ein, eine Delegation zur Teilnahme am VII. Kongreß des BKJ zu schicken. Das Politbüro übereilte sich nicht mit der Antwort, weil wir sie gut kennen und wußten, was sie vorhatten. Das Politbüro hatte sogar mit seiner Meinung recht, daß sie die Situation, die unsere Partei zur Verbesserung der Beziehungen geschaffen hatte, ausnutzen würden, um ihre Gemeinheiten zu begehen, wie sie es 1956[2] getan hatten.

Das Politbüro zögerte die Antwort auf diese Einladung hinaus, da es zunächst abwarten wollte, was die anderen Bruderparteien tun würden, um dann zu entscheiden. Die Entscheidung unserer Partei war aber nicht von der der Bruderparteien beeinflußt, denn unsere Partei hat ihre eigenen Ansichten, und wir hatten von Anfang an nicht die Absicht, am VII. Kongreß des BKJ teilzunehmen. Als dann noch der Programmentwurf des BKJ veröffentlicht wurde, beschlossen wir endgültig, auf keinen Fall eine Delegation zu dem Kongreß zu schicken, auch wenn die anderen Parteien es tun sollten. Doch auch alle anderen Bruderparteien dachten so wie wir über den VII. Kongreß des BKJ und handelten dementsprechend.

Heute wird von allen Bruderparteien ein heftiger Kampf gegen die Belgrader Verräterclique geführt. Auch unsere Partei kämpft, um die revolutionäre Reinheit des Marxismus-Leninismus gegen die Angriffe der Imperialisten zu verteidigen, die sie mit Hilfe der Revisionisten, hauptsächlich der Verrätergruppe des BKJ, unternehmen.

Unsere dem Marxismus-Leninismus treue Partei kämpfte, kämpft und wird gemeinsam mit allen anderen Parteien den Kampf zu Ende führen, um den Revisionismus zu entlarven und die ideologische Reinheit der Partei zu erhalten. Mit Hilfe der schon veröffentlichten und der gerade herausgekommenen Materialien — von denen noch mehr veröffentlicht werden müssen — hat die Partei alle Parteiorganisationen, ihre Mitglieder und das Volk über den Kampf unterrichtet, den die kommunistischen und Arbeiterparteien gegen den Revisionismus führen.

Das Auftreten des heutigen Revisionismus ist kein Zufall. Es ist durch einige objektive historische Umstände bedingt. Bekanntlich ist heute der Hauptwiderspruch der zwischen dem sozialistischen Lager und dem imperialistischen Lager, der Kampf zwischen dem anwachsenden und sich schnell entwickelnden Sozialismus und dem Kapitalismus, der laufend schwächer wird. In dieser Lage streckt der Imperialismus nicht die Waffen. Im Gegenteil, er bemüht sich um jeden Preis, das Anwachsen der Kräfte des Sozialismus zu verhindern und seine eigene Existenz zu verlängern. Die historischen Erfahrungen haben gezeigt, daß der Imperialismus zwei Methoden anwendet, um dieses Ziel zu erreichen: a) die Methode der Gewalt, der gewaltsamen Unterdrückung der revolutionären Bewegung in den kapitalistischen Ländern, die Methode der Diversion und der offenen Kriegsvorbereitung gegen die Sowjetunion und die Länder des sozialistischen Lagers und b) die Methode des Betrugs und der Hetze, der geistigen Versklavung der Massen. Die erste Methode praktiziert der Imperialismus mit Hilfe der Polizei, der Gerichte und seiner Diktatur, die zweite Methode dagegen mit Hilfe seiner Propagandisten, der bürgerlichen Ideologen und der verschiedenen Agenten in der Arbeiterbewegung, wie der Arbeiteraristokratie, der rechten Sozialisten und der verschiedenen Opportunisten und Revisionisten. Heute, da sich die Massen die Ideen des Marxismus zu eigen gemacht haben und die Völker unter ihrem Banner voller Vertrauen für ihre Zukunft kämpfen, ist von der Arbeiteraristokratie und den rechten Sozialisten, die stets auf seiten der Bourgeoisie standen, die Farbe abgeblättert. Es gelingt ihnen nicht mehr, die Völker zu betrügen. So glaubt z. B. niemand mehr den Sozialisten in Frankreich oder den Labourleuten in England. Deshalb hat der Imperialismus die Hauptrolle für den Betrug der Arbeiterklasse und der Völker dem modernen Revisionismus anvertraut, vor allem den jugoslawischen Revisionisten, die das Zentrum des heutigen Revisionismus sind. Wir sehen daher, wie die jugoslawischen Revisionisten, entsprechend den Anweisungen des Imperialismus, hauptsächlich des USA-Imperialismus, ihre antisozialistische, antimarxistische und antileninistische Tätigkeit, die auf dem VII. Kongreß des BKJ ihren Höhepunkt erreichte, von Tag zu Tag steigern.

Die ideologische Grundlage des heutigen Revisionismus, also auch des jugoslawischen, sind die alten Theorien des Revisionismus von Bernstein, Kautsky usw. Es sind die antimarxistischen Theorien aller Opportunisten und Feinde des Sozialismus, der Trotzkisten, der Bucharinleute, der Arbeiteropposition usw., es sind die falschen Theorien der Sozialdemokratie. Das kommt im Programm des BKJ klar zum Ausdruck. Doch die jugoslawischen Revisionisten versuchen, diese „Theorien“ als „marxistisch“ an den Mann zu bringen, sie geben sich als „Marxisten“, als „Vorkämpfer für den Sozialismus“ aus, verbergen also ihr wahres Gesicht.

„Die Dialektik der Geschichte ist derart“, schreibt Lenin, *„daß der theoretische Sieg des Marxismus seine Feinde zwingt, sich als Marxisten zu verkleiden.“**

Um die Völker und die Arbeiterklasse noch besser betrügen zu können, stellen die jugoslawischen Revisionisten ihr Land als „sozialistisch“ und ihre Partei als „kommunistisch“ hin. Wie steht es aber in Wirklichkeit damit? Der Marxismus-Leninismus lehrt, daß man die politischen Parteien weder nach ihren Erklärungen noch nach den Aushängeschildern, die sie sich umhängen, beurteilen darf, sondern daß man sie nach ihren konkreten Handlungen, nach dem Platz beurteilen muß, den sie im Klassenkampf zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie, zwischen dem Sozialismus und Kapitalismus einnehmen. Seit langem, besonders aber in der letzten Zeit, sieht die ganze Welt deutlich, daß der jugoslawische Staat und der BKJ sich im Kampf zwischen den beiden Lagern objektiv auf die Seite der Feinde des Sozialismus geschlagen haben, auf die Seite der Untergrabung der kommunistischen und Arbeiterparteien, der Zerstörung der sozialistischen Staaten von innen heraus (Beweis dafür sind die Ereignisse in Ungarn), auf die Seite der Spaltung des sozialistischen Lagers und der kommunistischen Parteien. Niemand läßt sich davon in die Irre führen, daß es in Jugoslawien einige sozialistische Formen gibt, die gleich nach der Befreiung des Landes geschaffen worden waren, oder von der Behauptung, daß die Arbeiterklasse an der Macht sei, die Betriebe in der Hand der Werktätigen seien usw. All dies wird von den revisionistischen jugoslawischen Führern absichtlich beibehalten. Es ist auch dem USA-Imperialismus nicht ungelegen, denn so verbirgt der Titoismus besser sein wahres Gesicht vor der Welt und vor dem jugoslawischen Volk selbst und kann seine feindliche Tätigkeit leichter entfalten. Die Form ändert nichts am Inhalt. Das zeigt die jugoslawische Wirklichkeit: Der Staat nennt sich Volksrepublik, doch seine Politik und Tätigkeit richten sich gegen das Volk, gegen den Sozialismus und sind zugunsten der imperialistischen Bourgeoisie. Die Industriebetriebe werden angeblich von den Arbeitern selbst, und nicht von den Kapitalisten, verwaltet, aber das verhindert nicht, daß auf dem Markt die kapitalistischen Gesetze der Konkurrenz herrschen, es verhindert nicht Anarchie in der Produktion, die Verelendung der Massen, die Bereicherung eines kleinen Teils, also die Entstehung eines neuen kapitalistischen Elements. Der Boden ist nicht in Händen von Großgrundbesitzern, aber die Landwirtschaft entwickelt sich auf der Basis des Privateigentums. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften wurden aufgelöst, und jeder weiß, daß das kleine Privateigentum täglich Kapitalismus erzeugt. All das zeigt, daß Jugoslawien sich in der Phase des vollständigen Übergangs auf den kapitalistischen Entwicklungsweg befindet, daß es die Bestrebungen und den Kampf der jugoslawischen Völker für den Sozialismus endgültig mit Füßen getreten hat. Der jugoslawische Staat ist objektiv dabei, sich in einen bürgerlichen Staat der Arbeiterklasse zu verwandeln, und der BKJ ist dabei, zu einer bürgerlichen Partei der Arbeiterklasse zu werden, die nicht den Sozialismus aufbaut, sondern ihn bekämpft. Daran sieht man deutlich, daß die revisionistische jugoslawische Führung nichts anderes ist als eine schändliche Bande von Renegaten, die den Sozialismus verraten hat und selbst gegen die Lebensinteressen der jugoslawischen Völker handelt. Deshalb ergibt sich für alle Kommunisten die Pflicht, einen unversöhnlichen Kampf zu führen, um den Revisionismus als die Hauptgefahr für die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung, als die wütendste Agentur des Imperialismus, besonders des USA-Imperialismus, politisch und theoretisch zu Grabe zu tragen.

Bekanntlich sind die jugoslawischen Führer schon vor 1948 von den Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus abgewichen und auf die Positionen des bürgerlichen Nationalismus übergegangen. Unser Land und unsere Partei der Arbeit haben damals die antimarxistische Linie und die antimarxistischen Absichten der revisionistischen jugoslawischen Führung am eigenen Leib zu spüren bekommen. Im Jahr 1948 wurden in den bekannten Schreiben der KPdSU und in der Resolution des Informbüros der kommunistischen und Arbeiterbruderparteien „Über die Lage in der Kommunistischen Partei Jugoslawiens“ die antimarxistischen und revisionistischen Auffassungen der jugoslawischen Führung prinzipiell kritisiert. Mit dieser Resolution erklärten sich alle kommunistischen Parteien, einschließlich unserer Partei solidarisch. Diese prinzipielle Kritik und ihre Thesen waren und sind vollständig richtig, und das Leben hat gezeigt, daß sie auch heute Gültigkeit haben. Nach 1948 führten die kommunistischen und Arbeiterparteien einen heftigen Kampf gegen die feindlichen, revisionistischen Auffassungen der jugoslawischen Führung.

Im Jahr 1954 ergriff das ZK der KPdSU, mit Genossen Chruschtschow an der Spitze, die Initiative zur Normalisierung der Beziehungen mit dem jugoslawischen Staat und dem BKJ.

Trotzdem verließ die revisionistische jugoslawische Führung ihren alten Weg nicht, sondern ging auf dem revisionistischen und antimarxistischen Weg noch weiter. Sie setzte ihre Wühlarbeit gegen die sozialistischen Länder und die kommunistischen und Arbeiterparteien fort und betrieb weiter ihre Agententätigkeit gegen das sozialistische Lager. Unser Volk und unsere Partei kennen diese gegen sie gerichteten Umtriebe der jugoslawischen Revisionisten gut. Das Zentralkomitee der Partei hat davon mehr als einmal die Parteiorganisationen unterrichtet. Wir meinen hier die feindliche Rolle, die die Jugoslawen bei der Organisierung der parteifeindlichen Tätigkeit auf der Konferenz von Tirana 1956 spielten, ihre Bemühungen, mit Hilfe von partei- und volksfeindlichen Elementen wie Liri Gega, Dali Ndreu usw. Unruhen gegen unsere Partei und unsere Volksmacht anzuzetteln, ihre aktive Ermunterung und Unterstützung der Feinde der Partei und des Volkes Tuk Jakova, Bedri Spahiu usw. Unsere Partei der Arbeit, treu dem Marxismus-Leninismus und den Lebensinteressen des Volkes und wachsam gegenüber der feindlichen Tätigkeit, die gegen sie und das Volk organisiert wurde, vereitelte entschlossen alle Komplotte und ließ nicht zu, daß die Linie der Partei und die Interessen des Volkes, sei es nur geringfügig, verletzt wurden. Die jugoslawischen Revisionisten fanden bei uns keinen geeigneten Boden. Es gelang ihnen jedoch, in Ungarn tätig zu werden, wo sie eine sehr große Rolle bei der Organisierung der Konterrevolution spielten. Dort trat noch deutlicher die feindliche, spalterische und antisozialistische Rolle der Führungsgruppe des BKJ zutage. Die Rede Titos in Pula und die Kardeljs in der jugoslawischen Skupschtina Ende 1956, ihre Angriffe auf die Sowjetunion, die kommunistischen und Arbeiterparteien und das sozialistische Lager zeigten, daß sie geschworene Feinde des Sozialismus sind und unter der Maske des „Marxismus“ und der „jugoslawischen Linie des Sozialismus“ auf Anweisung und Rechnung des Imperialismus handeln. Damals gaben die kommunistischen und Arbeiterparteien dieser feindlichen Tätigkeit der Führungsgruppe des BKJ die gebührende Antwort.

Im Jahr 1957 wurde in Rumänien ein Treffen zwischen Delegationen der KPdSU und des BKJ organisiert, um der jugoslawischen Führung noch einmal Gelegenheit zu geben, ihren Weg zu ändern. Doch nach diesem Treffen gingen die Jugoslawen noch weiter. Sie weigerten sich, die Moskauer Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien vom November 1957 zu unterzeichnen, und im April 1958 auf dem VII. Kongreß des BKJ systematisierten sie ihre revisionistischen und antimarxistischen Auffassungen noch besser und billigten das künftige Arbeitsprogramm, dessen Ziel es ist, die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung zu spalten, die kommunistischen und Arbeiterparteien zu untergraben, den revolutionären Elan der Arbeiterklasse zu ersticken und dem USA-Imperialismus den Weg zu bahnen, damit er die Völker versklaven kann. Auf dem Kongreß traten die Führer des BKJ offen, vor ihrem Volk und den Völkern der ganzen Welt, vor den Augen aller Kommunisten als Renegaten des Sozialismus auf, als Agenten und Verteidiger des Imperialismus, besonders des amerikanischen, und als geschworene Feinde des Sozialismus, der Sowjetunion und des sozialistischen Lagers. Die Bemühungen der kommunistischen und Arbeiterparteien, Jugoslawien auf den richtigen Weg zurückzuführen, waren fruchtlos, bewirkten jedoch, daß sich der Titoismus vor aller Welt entlarvte. Jetzt steht vor der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung die Aufgabe, den jugoslawischen Revisionismus restlos zu entlarven und den Kampf gegen ihn zu Ende zu führen, um diese niederträchtige Renegatenbande, diese Agentur im Dienst des Imperialismus politisch und theoretisch zu vernichten. Das tun heute die verschiedenen Parteien, diese Aufgabe hat auch unsere Partei, die dem Marxismus-Leninismus treu ist. Die Aufgabe aller Kommunisten, der Mitglieder der Partei der Arbeit Albaniens besteht darin, die revisionistische Gruppe der jugoslawischen Führer als geschworene Feinde unserer Partei und unseres Landes, als Feinde des sozialistischen Lagers und der Sowjetunion, als eine verkommene Agentur im Dienst des amerikanischen Imperialismus zu entlarven und dadurch die revolutionäre Wachsamkeit der Partei und des Volkes gegenüber jeder feindlichen Propaganda und Tätigkeit, die die jugoslawischen Revisionisten gegen unsere Partei und unser Volk zu betreiben versuchen, zu erhöhen.

* * *

Bekanntlich haben die Imperialisten Jugoslawien bisher eine Hilfe von etwa drei Millarden Dollar bewilligt. Dieses Geld haben die Imperialisten nicht umsonst gegeben. Sie verlangen auch die entsprechende Gegenleistung. Diese erstattet die revisionistische Führungsgruppe des BKJ dem Imperialismus durch die Propaganda gegen den Sozialismus, durch den Versuch, die sozialistischen Länder und die kommunistischen Parteien zu untergraben. Wie wir schon oben sagten, erfüllen die jugoslawischen Revisionisten ihre Rolle auch, indem sie ihre antimarxistischen Thesen propagieren, die hauptsächlich in dem vom VII. Kongreß verabschiedeten Programm des BKJ formuliert sind. Die Mitglieder unserer Partei kennen diese Thesen aus der Presse und wissen, wie sie zu bekämpfen sind. Doch um sie stets gegenwärtig zu haben und sie jederzeit bekämpfen zu können, gehen wir hier im Bericht noch einmal auf einige von ihnen in Kürze ein.

1.) Die jugoslawischen Revisionisten leugnen die Existenz zweier feindlicher Lager, des sozialistischen Lagers und des imperialistischen Lagers. Sie nennen sie absichtlich „Militärblöcke“ und erklären niederträchtig und verleumderisch, die Teilung der Welt in Militärblöcke und dadurch auch ihre ökonomische Teilung seien von der Sowjetunion verursacht, die angeblich eine Politik der „Stärke“ betrieben habe, und der Nordatlantikpakt sei infolge dieser Politik der Sowjetunion geschaffen worden. Die jugoslawischen Revisionisten möchten damit die Völker irreführen, ihre Aufmerksamkeit von dem wirklichen Feind des Friedens, von dem wahren Kriegstreiber und dem wirklichen Urheber des Krieges ablenken, der, wie die ganze Welt weiß und der Marxismus-

Fortsetzung auf Seite 10

Aus: Enver Hoxha - Ausgewählte Werke Bd. II

Fortsetzung von Seite 9

Leninismus lehrt, der Imperialismus, vor allem der amerikanische Imperialismus, ist.

2.) Die jugoslawischen Revisionisten erklären, sie verfolgten eine unabhängige, neutrale Politik, gehörten keinem Lager an und stünden „über den Blöcken". In Wirklichkeit veranschaulicht diese Position Jugoslawiens noch deutlicher den reaktionären bürgerlichen Nationalismus der Führungsgruppe des BKJ. Wie die Zeit und die Handlungen Jugoslawiens gezeigt haben, ist die sogenannte „neutrale" Stellung des jugoslawischen Staates nur eine Maske. Tatsächlich zeigt die ganze Politik und Tätigkeit der Führer des BKJ, daß sie sich täglich mehr nach der Politik des imperialistischen Lagers richten, daß diese „neutrale Stellung" und das „Stehen über den Blöcken" die beste Art ist, das imperialistische Lager zu verteidigen und das sozialistische Lager zu verleumden und zu bekämpfen, was auch im Interesse des Imperialismus ist.

3.) Durch die Verleumdung der Sowjetunion möchten die revisionistischen jugoslawischen Führer den Einfluß vermindern, den das erste sozialistische Land auf alle Völker der Welt hat, und die große Liebe abschwächen, die sie ihm entgegenbringen. Sie wollen damit nationalistische und chauvinistische Gefühle wachrufen und das sozialistische Lager spalten. Gleichzeitig versuchen sie, die in der kapitalistischen Welt existierenden Beziehungen anzupreisen, sie heben die amerikanische „Hilfe" im Rahmen des Marshallplans in den Himmel, nehmen sie vorbehaltlos an und empfehlen sie auch den anderen Ländern.

4.) Die jugoslawischen Revisionisten haben sich als die geschworenen Feinde aller kommunistischen und Arbeiterparteien erwiesen. Sie wirken als Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung, greifen die kommunistischen Parteien an und verleumden die erprobten marxistisch-leninistischen Führer der Arbeiterklasse. Der Tito-Gruppe zufolge hat „die Arbeiterbewegung in den letzten Jahrzehnten keine Fortschritte gemacht", treiben die kommunistischen Parteien keine „unabhängige" Politik usw. usf. Damit möchte die Führungsgruppe des BKJ die großen Erfolge der internationalen kommunistischen Bewegung verschleiern und herunterspielen, angefangen von der Oktoberrevolution, den Volksrevolutionen in den volksdemokratischen Ländern Europas und Asiens und der Revolution des großen chinesischen Volkes bis zur Umwandlung des Sozialismus in ein Weltsystem, das über 950 Millionen Menschen umfaßt. Die jugoslawischen Revisionisten blicken verächtlich auf die kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder herab, die unter den Bedingungen eines großen Terrors heroisch, opferbereit und selbstlos gegen die Kräfte der Reaktion und des Faschismus kämpfen und ihnen standhalten und die Sache des Friedens und des Sozialismus entschlossen verteidigen.

Die Führungsgruppe des BKJ, dieser Spalter der kommunistischen und Arbeiterbewegung, befolgt die Anweisungen der imperialistischen Bourgeoisie und versucht, die kommunistischen Parteien untereinander zu entzweien, ihre internationalistische Solidarität zu untergraben und sie von der Kommunistischen Partei der Sowjetunion zu lösen. Doch die kommunistischen Parteien der Welt festigen, geleitet von der siegreichen marxistisch-leninistischen Wissenschaft, ihre Einheit, die auch das Unterpfand der künftigen Erfolge des Sozialismus ist, und bekämpfen entschieden jedes Abweichen von den Prinzipien des proletarischen Internationalismus.

5.) Die „Theorien" der jugoslawischen Revisionisten über den heutigen Kapitalismus, über den Staat, die Revolution, den Klassenkampf, die Partei, den Sozialismus und Kommunismus sind nichts anderes als eine Anhäufung, ein Gemisch aller alten und neuen revisionistischen „Theorien", eine Wiederbelebung der Thesen der Väter des Opportunismus, Bernstein und Kautsky, der Opportunisten der 2. Internationale und der heutigen rechten Sozialisten, der Trotzkisten und Bucharin-Leute, die der Marxismus-Leninismus schon lange zu Grabe getragen hat.

Der Marxismus-Leninismus hat gezeigt, daß der Imperialismus das letzte Stadium des Kapitalismus ist. Das hat der Sieg der Sozialistischen Oktoberrevolution und der sozialistischen Revolutionen in den volksdemokratischen Ländern bestätigt. Die jugoslawischen Revisionisten jedoch, die den Kapitalismus verteidigen möchten, versuchen, die Natur und die Wirklichkeit des heutigen Kapitalismus auf plumpe Weise zu entstellen. Sie behaupten, innerhalb des kapitalistischen Systems sei der „Sozialismus" entstanden, da der staatliche Sektor in der kapitalistischen Wirtschaft „Sozialismus" sei. Also wachse der heutige Kapitalismus spontan in den Sozialismus hinüber. Für den Sozialismus sind den jugoslawischen Revisionisten zufolge nicht nur die Arbeiterklasse, sondern alle Klassen, sowohl die, die wissen, was der Sozialismus ist, als auch die, die es nicht wissen, sowohl die, die ihn wünschen, als auch die, die ihn hassen. Deshalb stelle sich das Problem der sozialistischen Revolution nicht mehr. Die leninistische Theorie der proletarischen Revolution, sagen sie, sei „veraltet". Diese Thesen sind nicht neu. Sie sind von Kautsky übernommen, der behauptete, daß die Epoche des Ultraimperialismus kommen werde, wo der Kapitalismus sich von selbst automatisch in den Sozialismus umwandeln werde. Das ist die These der „Theoretiker" der heutigen rechten Sozialisten usw.

Indem die jugoslawischen Revisionisten den staatsmonopolistischen Kapitalismus als „Sozialismus" ausgeben, entstellen sie das Wesen des heutigen kapitalistischen Staates und versuchen, ihn so hinzustellen, als sei er nicht eine Waffe in der Hand der Monopolbourgeoisie, sondern als stehe er über den Klassen. Das tun sie, um die Notwendigkeit der Errichtung der Diktatur des Proletariats und der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates abzustreiten.

Aus all diesen Auffassungen folgt, daß sich die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder nicht zu organisieren und nicht für ihre Befreiung, für den Sozialismus zu kämpfen brauche. Ebenso folgt daraus, daß sie keine revolutionäre marxistisch-leninistische Partei brauche, da sie laut den jugoslawischen Revisionisten auch die bürgerlichen Parteien oder solche Organisationen wie die Gewerkschaften, einschließlich der reaktionären Gewerkschaften der USA, zum Sozialismus führen könnten. So weit gehen die jugoslawischen Revisionisten!

Jedermann versteht das Wesen und die Absicht dieser antimarxistischen, antisozialistischen und der Arbeiterklasse zutiefst feindlichen Auffassungen der jugoslawischen Revisionisten. Wie alle anderen Agenten in der Arbeiterbewegung bemühen sie sich, die Arbeiterklasse geistig zu versklaven, sie vom wirklichen Kampf für den Sozialismus abzuhalten und dadurch das Leben des Kapitalismus zu schützen und zu verlängern. Aber die Arbeiterklasse und die übrigen werktätigen Massen in den kapitalistischen Ländern, die tagtäglich das imperialistische Joch und die kapitalistische Ausbeutung, die Unterdrückung und Gewalt des kapitalistischen Staatsapparates spüren, die unter Hunger und Arbeitslosigkeit, Verfolgungen und Terror leiden, lassen sich nicht so leicht von den Ammenmärchen der Opportunisten, Revisionisten und der anderen Agenten des Imperialismus täuschen. Sie werden vom Marxismus-Leninismus angezogen und folgen den kommunistischen Parteien, denn nur sie bringen ihre grundlegenden Interessen zum Ausdruck und führen sie auf den richtigen revolutionären Weg der Befreiung von der kapitalistischen Sklaverei.

6.) Seitdem die jugoslawischen Revisionisten die Rolle von Verteidigern des Kapitalismus übernommen haben, versteht es sich von selbst, daß sie unweigerlich auch die Diktatur des Proletariats und das sozialistische System unserer Länder verleumden und angreifen müssen. Der jugoslawischen Führung zufolge führt die Diktatur des Proletariats zwangsläufig zu Bürokratismus und „beschränkt die Demokratie". Deshalb müsse man sie aufgeben, um so mehr, da auch die Klassenfeinde nicht mehr existierten, und man müsse zur sogenannten direkten Demokratie übergehen. Selbstverständlich geben die jugoslawischen Führer diesen „Rat" nur den sozialistischen Ländern, denn im eigenen Land verstärken sie die Diktatur und alle ihre Organe, allerdings nicht um den Imperialismus und die Feinde des Sozialismus zu bekämpfen, sondern um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten und ihre Gegner zu unterdrücken. Die kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder sind stets wachsam und haben immer die Erfahrungen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion vor Augen. Diese vernichtete die Trotzkisten und Bucharin-Leute, die ebenfalls die Diktatur des Proletariats zu schwächen suchten, um der Wiederherstellung des Kapitalismus den Weg zu bahnen. Sie haben die Lehren des großen Lenin vor Augen, daß ohne starke und unerbittliche Diktatur des Proletariats der Sozialismus nicht aufgebaut werden kann. Sie erinnern sich sehr wohl an die jüngste Erfahrung von Ungarn, wo die Schwächung der Diktatur der Arbeiterklasse die Sache des Sozialismus in Ungarn in Gefahr brachte. Deshalb verstärken die kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder den sozialistischen Staat und alle seine Waffen in jeder Hinsicht. Die Diktatur des Proletariats, der sozialistische Staat, garantiert den breiten werktätigen Massen, dem Volk wirkliche Demokratie und unterdrückt schonungslos jeden Widerstand der Feinde des Volkes und des Sozialismus. Der wirklich demokratische Charakter unseres Staates kommt in allen unseren Erfolgen bei der Entwicklung von Wirtschaft und Kultur, in der ständigen Verbesserung des Lebensstandards und in der breiten Teilnahme der Arbeiter und Bauern an der Leitung des Landes zum Ausdruck. Deshalb besitzt die Volksmacht tiefe Wurzeln im Volk und genießt seine volle Unterstützung. Das hat sich in unserem Land erneut glänzend an den Wahlergebnissen für die Volksversammlung gezeigt.

7.) Was die „direkte Demokratie" anbelangt, worum die jugoslawischen Revisionisten einen so großen Rummel machen, geht es darum, daß sie die wirtschaftliche Rolle, die der Staat der Diktatur des Proletariats für den Aufbau des Sozialismus ausüben muß, leugnen möchten. Der Führungsgruppe des BKJ zufolge soll der sozialistische Staat nicht die Wirtschaft leiten, ihre Entwicklung nicht planen, sich nicht um die Investitionen oder die Beschaffung der Maschinen und der Rohstoffe kümmern, nicht die Verteilung durchführen oder eine Kontrolle über Produktion und Konsumtion ausüben. Ihr zufolge müssen diese Arbeit jeder Betrieb für sich, die Arbeiter jeder Arbeitsstätte tun, die den Plan aufstellen und die Normen, Löhne, Preise usw. festlegen. Das ist die „direkte Demokratie". Diese Ratschläge der jugoslawischen Revisionisten sollen das Denken der Menschen verwirren, die Wirtschaft zerrütten und die Konkurrenz und Anarchie in der Produktion, diese Kennzeichen des Kapitalismus, fördern. Diesen Weg hat Jugoslawien eingeschlagen, und das Ergebnis zeigt, daß es der Weg zur Restauration des Kapitalismus ist.

Trotz der großen Menge an Dollars, die die jugoslawischen Revisionisten von den Ländern des imperialistischen Lagers erhalten haben, tritt die jugoslawische Wirtschaft in vielen Zweigen auf der Stelle. Selbst die Steigerung der Industrieproduktion, die im Vergleich zur Vorkriegszeit erzielt wurde, ist nicht das Ergebnis gestiegener Arbeitsproduktivität, sondern der Zunahme der Zahl der in der Produktion Beschäftigten. Die Landwirtschaft befindet sich in einem sehr schlechten Zustand. 1956 wurden etwa vier Millionen Tonnen Getreide weniger produziert als 1939. Während Jugoslawien vor dem Krieg Getreide exportierte, muß es heute jährlich über eine Million Tonnen einführen. Die Anbaufläche wird von Jahr zu Jahr kleiner. Im Jahr 1952 blieben 338.000 ha Land unbestellt, 1956 waren es 575.000 ha. Über 55% der Bauernwirtschaften haben kein landwirtschaftliches Gerät. Die Zahl der armen und der reichen Bauern nimmt laufend zu, was bekanntlich charakteristisch für die kapitalistische Entwicklung der Landwirtschaft ist. Im jugoslawischen Dorf sind umfangreich Lohnarbeiter beschäftigt, werden die landlosen oder landarmen Bauern ausgebeutet. Der Lebensstandard des Volkes ist niedrig. Die Preise der Konsumartikel werden nach Gutdünken der Handelsunternehmen verändert, die durch allerlei Spekulationen möglichst große Profite auf Kosten der Verbraucher herausschlagen wollen. Das also sind die praktischen Früchte des Verrats der revisionistischen jugoslawischen Führer. Das ist der „jugoslawische Weg" des Aufbaus des Sozialismus.

* * *

Den Lehren des Marxismus-Leninismus treu, hat unsere Partei der Arbeit nachdrücklich und prinzipienfest die jugoslawischen Revisionisten bekämpft. Die prinzipienfeste und richtige Haltung unserer Partei, die reale Einschätzung der Gefahr, die die Führungsgruppe des BKJ für unser Land und unsere Partei darstellte, und die revolutionäre Wachsamkeit unserer Kommunisten und des Zentralkomitees haben bewirkt, daß die feindlichen Auffassungen und Handlungen der jugoslawischen Revisionisten in unserem Volk und unserer heroischen Partei kein Wirkungsfeld fanden. Das hat unsere Freunde sehr erfreut und ihre Sympathie und Wertschätzung für unsere Partei der Arbeit gesteigert. Unsere Feinde aber, die jugoslawischen Revisionisten, denen unser Volk und unsere Partei nach wie vor ein Dorn im Auge sind, hat das noch wütender gemacht. Auch in Zukunft werden wir die Reinheit des Marxismus-Leninismus wie unseren Augapfel hüten, den jugoslawischen Revisionismus weiter entlarven und für seine restlose politische und theoretische Zerschlagung kämpfen. Dieser Kampf ist eine internationalistische Pflicht. Er dient der Festigung der Einheit unseres sozialistischen Lagers mit der Sowjetunion an der Spitze, er dient der Sache des Friedens und des Sozialismus und den Interessen der jugoslawischen Völker selbst.

Im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Revisionismus stehen vor den Parteiorganisationen wichtige Aufgaben. Das Zentralkomitee macht die Grundorganisationen auf folgende Aufgaben aufmerksam:

1.) Die Parteiorganisationen müssen systematisch daran arbeiten, das ideologische Niveau der Kommunisten zu heben, sie möglichst gut mit der marxistisch-leninistischen Wissenschaft zu rüsten. Nur so werden die Parteimitglieder vollständig in der Lage sein, die revisionistische Tätigkeit der Jugoslawen nicht nur praktisch, sondern auch ideologisch zu bekämpfen, die Reinheit des Marxismus-Leninismus zu erhalten und die ideologische Einheit unserer Partei weiter zu festigen und zu stählen.

2.) Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß in den Plänen der Jugoslawen zur Untergrabung der sozialistischen Länder und der kommunistischen und Arbeiterparteien der Kampf gegen unser Land und unsere Partei eines der Hauptziele ist. Das zeigen die Versuche der Jugoslawen, unsere Partei schon während des Nationalen Befreiungskampfes zu zerstören, und ihre brutale Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten bis zum Jahr 1948, womit sie, wie unser Volk und unsere Kommunisten wissen, das Land versklaven, Albanien zur siebten Republik Jugoslawiens machen und die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit unseres Landes liquidieren wollten. Das zeigen die Förderung und Hilfe, die sie den Verrätern und Feinden des Volkes und der Partei Koçi Xoxe und Konsorten angedeihen ließen, wie auch die Diversions- und Spionageakte später, die Aufhetzung der parteifeindlichen Elemente gegen die marxistisch-leninistische Linie unserer Partei, wie es die feindliche Tätigkeit auf der Parteikonferenz von Tirana 1956 erwies, und die Agententätigkeit mit den Feinden der Partei und des Volkes Liri Gega, Dali Ndreu, Tuk Jakova, Bedri Spahiu, Panajot Plaku usw., die die Direktiven der jugoslawischen Revisionisten befolgten und versuchten, unsere Partei und Volksmacht hinterrücks anzugreifen. Das zeigen der ständige Druck und die Propaganda in Presse und Rundfunk gegen unsere Partei und Volksmacht usw. Doch alle diese Versuche der jugoslawischen Revisionisten, unsere Partei und unser Volk in die Knie zu zwingen, sind mit Schimpf und Schande gescheitert. Die heroische und konsequente marxistisch-leninistische Haltung unserer ruhmreichen Partei, die von den Parteitagen und vom Zentralkomitee unserer Partei festgelegte korrekte Ausrichtung und die unerschütterliche Treue zum Marxismus-Leninismus, zur großen Sowjetunion und zur Kommunistischen Partei der Sowjetunion haben die feindliche Tätigkeit der jugoslawischen Revisionisten gegen unsere Partei und unser Volk zunichte gemacht.

Das darf jedoch nicht dazu führen, daß unsere Wachsamkeit in Zukunft nachläßt. Das Beispiel Ungarns zeigt klar, daß der Feind gerissen und gefährlich ist. Deshalb haben alle Kommunisten und Grundorganisationen die Pflicht, die revolutionäre Wachsamkeit zu verstärken und auch das Volk dementsprechend zu erziehen. Die jugoslawischen Revisionisten werden sich auch in Zukunft bemühen, unserer Partei und unserer Volksmacht Schaden zuzufügen, sie werden versuchen, unsere inneren Feinde, die Kulaken, die ehemaligen Diversanten und die Flüchtlinge oder ihre Stützpunkte und Familien, die parteifeindlichen Elemente und die aus politischen Gründen aus der Partei Ausgeschlossenen usw. aufzuhetzen. Deshalb haben die Grundorganisationen die Aufgabe, ihre Wachsamkeit zu verstärken und die Umtriebe dieser Elemente genau zu überwachen. Wenn sie Anzeichen einer feindlichen Tätigkeit bemerken, müssen die Kommunisten bereit sein, sie aufzudecken und mit den Wurzeln auszurotten. Die Kommunisten müssen auch wachsam sein, um die stählerne Einheit unserer Partei zu erhalten, das teuerste Gut, die Garantie unserer gegenwärtigen und zukünftigen Erfolge.

3.) Die Grundorganisationen der Partei müssen ihre Arbeit zur politischen Aufklärung der Volksmassen und zur vollständigen Entlarvung des jugoslawischen Revisionismus verbessern. Die jugoslawischen Revisionisten werden versuchen, mit Hilfe ihrer Propaganda das Denken der Menschen zu vergiften. Die reaktionären Sender des Westens oder Jugoslawiens propagieren ständig auf unterschiedlichste Art die Ideen des Revisionismus und rufen die Menschen auf, dem Beispiel Jugoslawiens zu folgen usw. Die Kommunisten müssen immer bereit sein, die Losungen der Feinde und ihre feindliche Propaganda zu entlarven.

4.) Besonders macht das Zentralkomitee der Partei die Parteiorganisationen darauf aufmerksam, daß sie die erzieherische Arbeit mit unserer heroischen Jugend und unseren Intellektuellen verstärken und mehr Sorgfalt darauf verwenden müssen. Der Feind will bekanntlich mit seinen Umtrieben die Jugend verwirren und sie zu dem Sozialismus fremden Äußerungen und kleinbürgerlichen Auffassungen verleiten. Ebenso versucht der Feind, unter den Intellektuellen Unzufriedenheit zu stiften, sie zu verwirren und ideologische Konfusion zu verbreiten. Man muß aber sagen, daß sowohl unsere Jugend als auch unsere Intelligenz sich immer als würdige Patrioten, treu der Sache des Volkes und der Partei, und als entschlossene Kämpfer gegen die Feinde und den Revisionismus erwiesen haben. Dennoch müssen die Parteiorganisationen ihre Arbeit weiter verbessern, den Massen möglichst nahe sein und dürfen nicht den Schaden unterschätzen, den die Tätigkeit des Feindes in dieser Hinsicht anrichten kann.

5.) Das Ziel der jugoslawischen Revisionisten ist, das sozialistische Lager zu spalten und die Sowjetunion in Verruf zu bringen. Aufgabe unserer Partei ist es, nach wie vor danach zu trachten, die Liebe und große Freundschaft zu allen Völkern der Länder des sozialistischen Lagers, vor allem zur ruhmreichen Sowjetunion, zu festigen. Die Parteiorganisationen müssen unter den Massen die großen Erfolge der Länder des sozialistischen Lagers, die auch das Ergebnis ihrer brüderlichen Beziehungen und ihrer gegenseitigen Hilfe sind, und die Erfolge der Sowjetunion und die Hilfe, die sie den sozialistischen Ländern leistet, propagieren. In dieser Hinsicht muß vor allem die Freundschaftsgesellschaft mit der Sowjetunion aktiv werden. Die Parteiorganisationen müssen Maßnahmen ergreifen, damit in diesem Jahr der Monat der Freundschaft mit der Sowjetunion festlicher begangen wird als je zuvor.

6.) Die Parteiorganisationen müssen, während sie die obengenannten Aufgaben erfüllen, alle Kommunisten und die breiten Massen der Werktätigen mobilisieren, damit die wirtschaftlichen Probleme gelöst und der Staatsplan in allen Bereichen erfüllt und übererfüllt wird. Unsere wirtschaftlichen Erfolge auf allen Gebieten festigen nicht nur unser Vaterland noch mehr, sondern sind auch der beste Ausdruck der Einheit unseres Volkes, seiner engen Verbindung mit der Partei, sie sind ein klarer Sieg der marxistisch-leninistischen Ideen über die bürgerliche und revisionistische Ideologie. Sie sind ein starker Schlag gegen die jugoslawischen Revisionisten, die die wirtschaftliche Schwächung unserer Republik wünschen.

Das waren die Ansichten, die das Politbüro dem Zentralkomitee darlegen wollte. Die Kraft der Ideen des Sozialismus ist groß. Sie verbreiten sich täglich immer mehr in allen Teilen der Welt und gewinnen jährlich Millionen und aber Millionen Menschen. Unser Sieg in dem Kampf gegen die Feinde des Sozialismus und Kommunismus ist sicher.

(Zum ersten Mal veröffentlicht in „Hauptdokumente der PAA", Bd. III, Tirana 1970 — Werke, Bd. 16

---

1) Der VII. Kongreß des BKJ, der vom 22. bis 26. April 1958 in Ljubljana stattfand, billigte ein durch und durch antimarxistisches und revisionistisches Programm, das dem internationalen Revisionismus als ideologische Plattform diente und sich gegen den Marxismus-Leninismus, gegen die revolutionären Kräfte in der Welt und gegen die historischen Moskauer Dokumente von 1957 richtete.

2) Gemeint sind die Parteikonferenz der Stadt Tirana, das revisionistische Komplott Dali Ndreus und Liri Gegas, die feindliche Tätigkeit Tuk Jakovas, Bedri Spahius usw.

*) W. I. Lenin, Werke, Bd. 18, dt. Ausgabe, S. 578.

Königin Elisabeth in Nordirland

Eine Niederlage für die britischen Besatzer

„Man hat sie selten so nervös gesehen", schreib eine Zeitung. Gemeint war die britische Königin Elisabeth. Tatsächlich stand ihr bei ihrem Besuch in Nordirland die nackte Angst im Gesicht geschrieben, Angst vor denen, die doch angeblich ihre „guten Untertanen" sind. Die Umstände dieses Besuches machten schlagartig deutlich, was hier wirklich geschah: Die Repräsentationsfigur einer ausländischen Unterdrückermacht kam in ein besetztes Land.

So hatten denn die britischen Imperialisten auch über 30.000 Mann unter Waffen gesetzt, einzig zu dem Zweck, die Königin vor dem Zorn der irischen Massen zu schützen. Und es war ein ganzer Flottenverband, den sie auf die irische Küste in Bewegung setzten: Minensuchboote, Sturmboote, Jagdhubschrauber und ein Zerstörer. Innerhalb dieses Verbands ankerte die Yacht der Queen. Und nur zweimal wagte sie es überhaupt, an Land zu fliegen. So zu einer hermetisch abgeriegelten Universität, weit ab von Belfast, aus der zuvor die Studenten vertrieben wurden. Stattdessen lungerten Hunderte von Geheimdienst-Agenten auf dem Gelände herum, die mit Jeans und Bärten auf Studenten zurechtgemacht waren. Man führte der Königin auch einige Kinder zu, die Blumensträuße überreichen mußten. Aber jedes einzelne dieser Kinder war zuvor von der Besatzerarmee durchleuchtet worden, und die Blumen hatte die Polizei besorgt.

So wurde dieser Besuch zu einer vollständigen Niederlage für die britischen Imperialisten. Er zeigte, daß ihr Kolonialregime über Nordirland nicht nur auf den erbitterten Widerstand der bewaffneten Patrioten stößt, sondern im ganzen Volk tief verhaßt ist. Die Werktätigen in Belfast erhoben sich zu Massendemonstrationen. Sie griffen Militärfahrzeuge und andere Einrichtungen der Besatzer an, bauten Barrikaden auf den Straßen, um sich gegen die vorrückenden schwerbewaffneten Soldaten zu verteidigen.

Nach dem Willen der britischen Imperialisten hätten Zehntausende von Werktätigen während des Besuchs der Königin überhaupt nicht auf die Straße gehen dürfen. Ganze Stadtviertel in Belfast wurden von den Besatzertruppen umzingelt und von der Außenwelt abgeriegelt. Eine große Anzahl von irischen Patrioten wurde in faschistische „Vorbeugehaft" abgeführt. Aber all das nützte ihnen nichts. Der Terror der Besatzer konnte weder die Massendemonstrationen verhindern, noch konnte er verhindern, daß die irischen Patrioten unmittelbar vor und während des Besuchs der britischen Königin bewaffnete Aktionen gegen die fremden Truppen unternahmen. Sogar auf dem Gelände der erwähnten Universität zündeten die Patrioten einen Sprengkörper, der wenige Stunden, nachdem Elisabeth das Gelände verlassen hatte, detonierte.



Demonstration in Belfast

Damit stellten die Patrioten heraus, daß sie jederzeit und überall gegen die Besatzungsmacht zuschlagen können, daß auch Zehntausende von Soldaten der britischen Imperialisten den Kampf des irischen Volkes nicht ersticken können. Die Besatzer rächten sich in der ihnen eigenen Art: hinterhältig ermordeten sie während der militanten Massendemonstrationen in Belfast den 16jährigen Jugendlichen Paul McWilliam durch einen Schuß in den Rücken.

Dieser Terror zeigte die blutige Fratze der britischen Herrschaft über ihre älteste Kolonie. Seit Jahrhunderten sitzen die Londoner Herren dem irischen Volk im Nacken. Und nachdem in den zwanziger Jahren nach langen erbitterten Kämpfen der irischen Massen die britischen Imperialisten dem Süden der Insel die formale Unabhängigkeit zugestehen mußten, klammern sie sich umso verbissener an ihre Herrschaft über den Norden, den sie niemals freiwillig aus den Klauen geben werden. Heute kommt auf sechs Einwohner der nordirischen Provinz Armagh ein Besatzungssoldat. So müssen die irischen Werktätigen unter direkter militärischer Bewachung für die Profite der Londoner Imperialisten schuften.

Und sie, die so viel Lärm darum machen, daß die „britische Demokratie" die älteste in Europa und die beste in der Welt sei, sie errichten Konzentrationslager wie „Long Kesh" nach dem Vorbild der Hitlerfaschisten. Sie unterwerfen die gefangenen irischen Patrioten einer systematischen Folter, genauso wie es die Pinochet oder Geisel machen. Sie züchten sich faschistische Banden heran, die im Namen eines „Religionskrieges" die nordirischen Werktätigen mit ihrem weißen Terror in Angst und Schrecken versetzen sollen.

Eine besonders abscheuliche Aufführung gaben diese Banden im Mai, als sie protestantische Arbeiter dazu zwingen wollten, gegen die Patrioten in den Streik zu treten. Als sich die Arbeiter weigerten, legten die Faschisten, die von dem berüchtigten Pfarrer Paisley angeführt werden, Bomben in die Betriebe und ermordeten zwei Kollegen.

Neben solchem offenen Terror wenden die britischen Imperialisten auch das Mittel der politischen Demagogie an, um den Widerstand des irischen Volkes gegen die Besatzung zu brechen. So empfing jetzt Elisabeth auf ihrer Yacht zwei Führerinnen der sogenannten „Frauen für den Frieden"-Bewegung, um ihnen Mut zu machen für die Fortführung ihrer reaktionären Politik. Diese Bewegung, die auch die Unterstützung der irischen und britischen Revisionisten genießt, ist von den Londoner Herren ins Leben gerufen worden, um die irischen Massen zu demoralisieren. Scheinbar wendet sich die Bewegung gegen „jede Art von Gewalt", tatsächlich aber ist ihr Stoß gegen die irischen Patrioten gerichtet, die aufgerufen werden, die Waffen zu strecken.

Im Volk jedoch ist diese Bewegung nach einigen anfänglichen Erfolgen inzwischen weitgehend isoliert. Die irischen Werktätigen nennen die „Frauen für den Frieden" verächtlich „Pelzmantelbrigade", womit sie auf den großzügigen Gebrauch anspielen, den diese Elemente von Spendengeldern machen. Die irischen Werktätigen haben erkannt, daß eine solche Bewegung niemals ihre Probleme lösen kann. Die britische Besatzung wird nicht von selbst verschwinden, wenn das Volk die Waffen niederlegt. Im Gegenteil, nur durch den konsequenten revolutionären Kampf, durch die Erweiterung der bewaffneten Aktionen, verbunden mit dem breitesten militanten Kampf der Massen, kann schließlich das britische Kolonialjoch abgeschüttelt werden.

Wahlfarce in Simbabwe (Rhodesien)

Faschistisches Attentat der Rassisten

Noch in diesem Monat will der rhodesische Rassisten-Chef Ian Smith seine Farce der „Wahl einer Übergangsregierung" durchziehen. Gewählt werden dürfen nur Smith und seine Parteigänger. Und wählen dürfen nur diejenigen, die Besitz und Ausbildung vorweisen können, also ausschließlich die verschwindende Minderheit der weißen Kolonisatoren.

Daß Smith sein Wahlmanöver so sehr vorantreibt, ist ein Zeichen für die großen Schwierigkeiten, in denen sein Regime heute steckt. Der bewaffnete Volkskrieg erschüttert täglich mehr die Grundfesten der weißen Kolonialherrschaft. Nichts könnte das besser veranschaulichen als die Tatsache, daß seit geraumer Zeit alle Nachrichtensendungen in Salisbury mit der Aufzählung der gefallenen Soldaten des Tages beginnt. Und die Liste der Namen wird immer länger.

„Wir sind total am Ende", sagte kürzlich der Parteiführer Sayvory offen. Es ist nur die Hilfe der südafrikanischen Rassisten, der amerikanischen und europäischen Imperialisten, die diesem Mordregime noch das Leben verlängert. Aber gerade diese Unterstützung für ein Regime, das auf der blutigen Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung gründet, wird von den Völkern der ganzen Welt verdammt. Dagegen findet der gerechte bewaffnete Befreiungskampf des Volkes von Simbabwe, finden die mutigen Aktionen der Partisanen immer größere Sympathie.

Um die zunehmende Isolierung im Lande selbst und in der ganzen Welt zu durchbrechen, greifen die Smith-Rassisten zu den gemeinsten faschistischen Manövern. So detonierte vor einiger Zeit in einem Kaufhaus der Hauptstadt Salisbury eine Bombe, die acht Schwarze und drei Weiße tötete. Sofort war der Bischof Muzorewa, ein schwarzer Lakai des Smith-Regimes, mit einer Erklärung zur Stelle, in der er die „Patriotische Front", die Befreiungsbewegung des simbabwischen Volkes, für dieses Attentat verantwortlich machte.

Und obwohl die Organisation diese Erklärung als „böswillige Lüge" entlarvte, entfachte die reaktionäre bürgerliche Presse der ganzen Welt eine wilde Hetze gegen die „Mörder und Terroristen", womit sie die simbabwischen Patrioten meinen.

Die Absicht ist deutlich: Dieses Manöver soll der Wahlfarce der Rassisten Schützenhilfe geben, soll aller Welt einreden, nicht die Patrioten, sondern solche Marionetten wie Muzorewa wären die wirklichen Vertreter des simbabwischen Volkes.

Mit solchen faschistischen Manövern haben die Imperialisten stets versucht, den Befreiungskampf der Völker zu diskreditieren, ob das Algerien war, der Kongo, Vietnam oder Kambodscha. Aber niemals ist es ihnen dadurch gelungen, die breite Front der Solidarität zu brechen und die Unterstützung der Völker für ihre Verbrechen zu erlangen. Und das wird ihnen auch jetzt nicht gelingen.

Aus aller Welt

TANSANIA/KENIA

Der Ausverkauf Zaires durch die Verpachtung einer ganzen Provinz von der Größe der Bundesrepublik an das westdeutsche Raketen-Unternehmen Otrag und die Absicht der Otrag, dort Raketenrampen zu errichten, ist in Afrika auf breite Empörung gestoßen. So schrieb die in Kenia erscheinende Zeitung „Daily Nation", daß jetzt die Gefahr bestünde, daß die gesamte Bevölkerung der Provinz Kivu von den Otrag-Kapitalisten vertrieben würde. Radio Tansania nannte den Vertrag zwischen dem Mobutu-Regime und der Otrag ein „imperialistisches Komplott jener Kräfte, die auch die Feinde der afrikanischen Völker im Süden des Kontinents mit Waffen unterstützen".

AZANIA

Tausende von Jugendlichen demonstrierten Anfang des Monats gegen das rassistische Vorster-Regime. Die faschistischen Polizeitruppen gingen äußerst brutal mit Schlagstöcken gegen die Demonstranten vor und hetzten ihre Hunde auf sie. Mehrfach feuerten sie mit ihren Gewehren direkt in die Menge. Mindestens sieben Jugendliche wurden von ihnen dabei ermordet. Aber auch dieser Terror konnte die Welle des Protests nicht aufhalten. In Soweto, Pretoria und anderen Städten wurden die Demonstrationen fortgesetzt.

MOSAMBIK

Truppen des rassistischen rhodesischen Regimes sind, unterstützt von Panzern und Artillerie erneut in Mosambik eingedrungen. Sie griffen die Ortschaft Espungabera im zentralen Teil des Landes an. Die Streitkräfte von Mosambik schlugen den Angriff der Rassisten zurück.

PALÄSTINA

Neben den bewaffneten Aktionen der Partisanen entwickelt sich auch der Massenkampf in den von den israelischen Zionisten 1967 besetzten Gebieten immer stärker. Nablus, Hebron, Jenin und andere Städte sind gegenwärtig von einer breiten Welle des Kampfes erfaßt. Die arabischen Einwohner lehnen sich gegen die israelische Besetzung und gegen die Ansiedlung von Israelis auf ihrem Heimatboden auf. Im Bemühen, den antizionistischen Widerstand der Massen zu brechen und die Stützpunkte der palästinensischen Partisanen zu vernichten, verschärft das Regime von Tel Aviv gegenwärtig seinen Terror. Die Besatzertruppen haben allein im Juli hundert Araber verhaftet und eingekerkert.

USA

Die amerikanischen Arbeiter setzen ihre Streiks, die sich über das ganze Land ausgebreitet haben, mit unverminderter Kraft fort. Hunderttausende sind es, die in den letzten Monaten in den Ausstand getreten sind oder noch im Streik stehen. Das ist die Antwort der Arbeiterklasse auf die Versuche der Carter-Regierung, alle Lasten der gegenwärtigen scharfen Krise auf die Schultern der Werktätigen abzuwälzen. Unter den Streikenden sind Arbeiter aller Branchen. Von besonderer Bedeutung ist gegenwärtig der Kampf der Bergarbeiter in den Kohlegruben von Virginia, West Virginia und Kentucky, die zum Teil schon seit zwei Monaten im Streik stehen und die Gruben vollständig stillgelegt haben. Weder die Drohungen der Kapitalisten noch die Sabotage der Gewerkschaftsbonzen konnte sie dazu bewegen, die Arbeit wieder aufzunehmen, bevor ihre Forderungen erfüllt sind.

VIETNAM/JAPAN

Nach Angaben vietnamesischer Wissenschaftler treten bei zahlreichen Menschen des Landes Veränderungen von Erbanlagen und dadurch bedingte Fälle von Mißbildungen auf als Folge des Einsatzes von Gift während der amerikanischen Aggression gegen das vietnamesische Volk. Die US-Gangster hatten über 18.000 Tonnen chemischer Gifte über Vietnam verstreut.

Auch das japanische Volk leidet noch heute unter den Folgen eines Verbrechens der amerikanischen Imperialisten. Wie anläßlich des 32. Jahrestages des Atombombenabwurfs über Hiroshima und Nagasaki mitgeteilt wurde, sind im vergangenen Jahr 1.210 Menschen an den Spätfolgen dieses Angriffs gestorben.

THAILAND

Wie aus einem vor einigen Tagen veröffentlichten Kommuniqué der thailändischen Patrioten hervorgeht, haben sie in der Zeitspanne eines Jahres über 600 Aktionen durchgeführt, wobei sie über 2.000 feindliche Soldaten kampfunfähig gemacht haben. Fast 600 schwere Waffen, 50 Funkgeräte, Munition und eine große Menge weiteren Materials wurden dabei erobert. In dem gleichen Zeitraum haben die thailändischen Patrioten 41 feindliche Stützpunkte zerstört, zwei Flugzeuge und zwei Hubschrauber abgeschossen, zehn weitere Hubschrauber und zwei Flugzeuge des reaktionären Regimes auf ihren Stützpunkten zerstört.

Die Verbreiterung des Kampfes des thailändischen Volkes zeigt erneut klar seine Entschlossenheit, den Kampf gegen die Unterdrückerherrschaft bis zum Sieg fortzusetzen. Trotz der Versuche der Reaktion, diesen Kampf zu unterdrücken, nehmen die Aktionen der Patrioten immer umfangreichere Ausmaße an.

MADEIRA

Auf der portugiesischen Insel Madeira haben faschistische Gangster das Büro der „Demokratischen Volksunion" (UDP) durch einen Bombenanschlag verwüstet. Die UDP ist die von unserer portugiesischen Bruderpartei geführte Massenorganisation, die die Interessen der Werktätigen Portugals zum Ausdruck bringt. Ihr galt schon immer der besondere Haß der portugiesischen Bourgeoisie und ihrer faschistischen und sozialfaschistischen Handlanger. So war während des letzten Wahlkampfes einer der Kandidaten der UDP bei einem faschistischen Sprengstoffanschlag hinterhältig ermordet worden.

HONDURAS

2.000 Bauern erhoben sich während der Bananenernte zu einer machtvollen Protestdemonstration gegen die amerikanische Monopolgesellschaft Standard Fruit Company, von der sie brutal ausgebeutet werden. Hunderte weiterer Bauern besetzten 500 ha Land einer anderen US-Gesellschaft. Die Bauern verurteilten das reaktionäre Regime, das den Boden des Landes an die amerikanischen Monopole verschleudert, die somit zu den wahren Herren über Honduras geworden sind.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 mm	KW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW

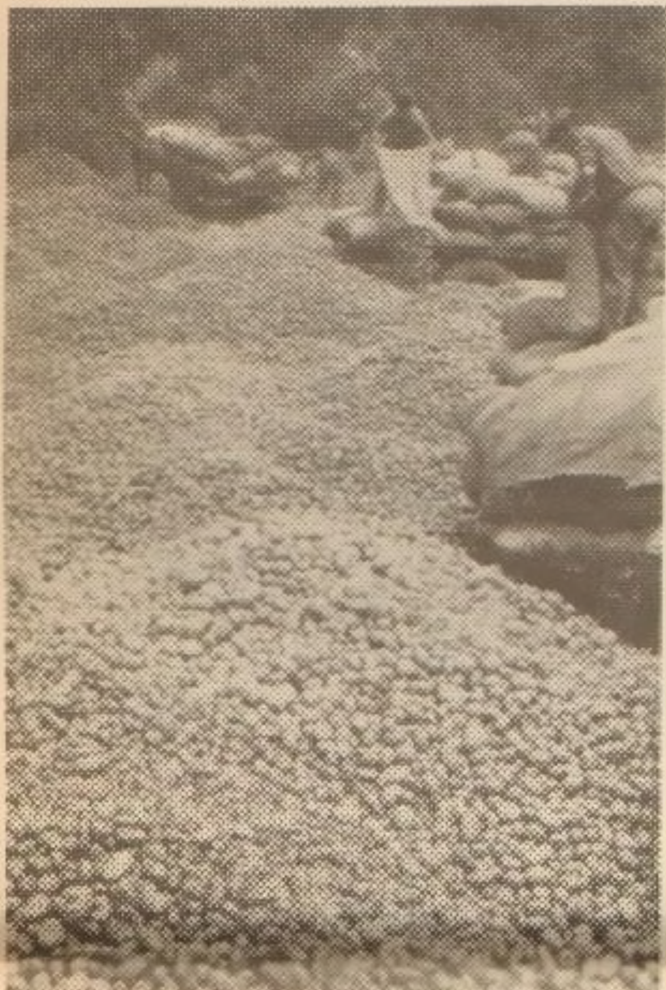


1,5 Milliarden DM für Obstvernichtung

In den letzten zehn Jahren wurden in der EWG 4 Millionen Tonnen Obst einwandfreier Qualität vernichtet. Äpfel, Birnen, Pfirsiche, Apfelsinen usw. landeten in riesigen Mengen auf Müllkippen oder im Meer. Über diesen Wahnsinn sind viele Werktätige hell empört. Aufgrund der hohen Preise, die sie für Obst in den Einzelhandelsgeschäften dafür bezahlen müssen, können sie ihren Bedarf an frischem Obst nicht ausreichend befriedigen.

Allein in Italien wurden in diesem Jahr 50.000 Tonnen Pfirsiche vernichtet. Das sind 50 Millionen kg. Für jedes kg wurde aus der EG-Kasse, d. h. aus den Steuergeldern der Werktätigen, 60 Pfennig bezahlt. Im vergangenen Jahr waren es in der EG insgesamt 300.000 Tonnen Pfirsiche, die mit Steuergeldern nur zum Zweck der Vernichtung aufgekauft wurden.

Von 1967 bis heute wurden von der EG allein für die Vernichtung von Obst 1,5 Millarden DM ausgegeben. Dazu kommen weitere Millardenbeträge für die Vernichtung von Gemüse, anderen Lebensmitteln sowie für die Unterhaltung der be-



Frankreich 1969: Die Kartoffelernte auf dem Schuttabladeplatz

rüchtigten Milchseen sowie Butter- und Fleischberge. Künftig werden die Summen, die für die Vernichtung wertvoller Lebensmittel verpulvert werden, noch astronomischere Höhen erreichen. So sagten z. B. bürgerliche Fachleute voraus, daß bis Mitte der achziger Jahre in der EG der „Überhang" an Milch auf 21 Millionen Tonnen steigen bzw. daß es dann 4 Millionen Tonnen Milchkühe „zuviel" geben werde. Gleichzeitig werden, da kann man sicher sein, die Verbraucherpreise für Obst, Gemüse, Fleisch und andere Lebensmittel aber weiter ansteigen. Dies zu gewährleisten — das ist ja gerade der Sinn der Lebensmittelvernichtung und der Agrarpolitik der EG-Staaten insgesamt.

Während die Kapitalisten und ihre politischen Sachwalter, die Regierungen der EG-Länder, über die Fleischberge und Milchseen jammern, die ihnen „soviel Kopfzerbrechen bereiten", sinkt der Lebensstandard der werktätigen Massen, verschlechtert sich für sie die Ernährungslage quantitativ und qualitativ. Das trifft auch auf die Bundesrepublik zu. Schon seit Jahren kommt in Arbeiterfamilien Fleisch guter Qualität, wie z. B. Rinderschmorbraten, immer seltener auf den Tisch. Zunehmend müssen Arbeiterfrauen darauf verzichten, gute Wurstsorten zu kaufen. Ähnlich ist es auch beim Gemüse. Blumenkohl beispielsweise ist fast schon zu einem Luxusartikel geworden.

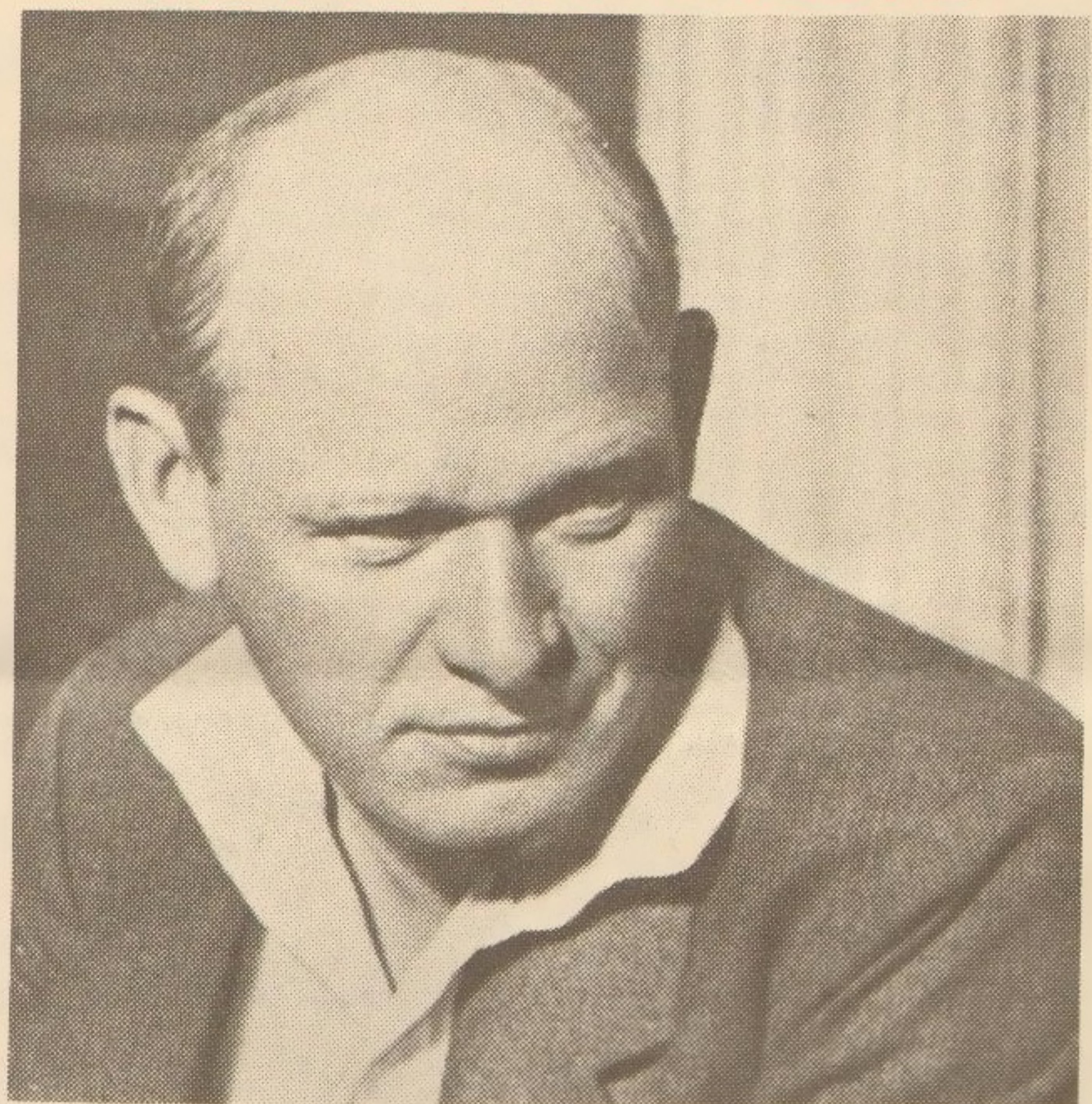
Infolge der kapitalistischen Wirtschaftskrise und der anwachsenden Arbeitslosigkeit wird die Verelendung der arbeitenden Bevölkerung in allen EG-Ländern weiter um sich greifen. Bereits heute müssen Hunderttausende hungern, bereits heute erhalten Hunderttausende von Kindern nicht genügend Milch und Fleisch. Von den Millionen in anderen Teilen der Welt, die jedes Jahr den Hungertod sterben, ganz zu schweigen.

Wie ist ein solcher Widersinn möglich? Die kapitalistische Propaganda will uns weismachen, die staatlich subventionierte Lebensmittelvernichtung sei im Interesse der kleinen Bauern notwendig. Das ist eine dreiste Lüge. Die Agrarpolitik der EG gewährleistet, daß die Erzeugerpreise so oder so sehr niedrig sind, so daß immer mehr Bauern in den Ruin getrieben werden. Dagegen machen die Nahrungsmittelkonzerne und der räuberische Zwischenhandel und die Banken den fetten Reibach. Sie verdienen sich an der Ruinierung der Bauern sowie an der Ausplünderung der werktätigen Massen, die die überhöhten Lebensmittelpreise bezahlen müssen, dumm und dämlich. Damit eine Handvoll von reichen Schmarotzern noch reicher werden, darum und nicht aus Sorge um die Lage der Bauern werden Lebensmittel vernichtet.

Diese Tatsachen zeigen, daß das kapitalistische System zerschlagen werden muß, daß die Ausbeuter durch die gewaltsame Revolution zum Teufel gejagt werden müssen, damit mit Hunger und Not und dem Wahnsinn der Lebensmittelvernichtung endlich Schluß gemacht werden und dem werktätigen Volk ein Leben in Wohlstand geschaffen und gesichert werden kann.

18.8.1944 - Ernst Thälmann ermordet

Stimme und Faust der Nation



Am 18. 8. 1944 ermordeten die Hitlerfaschisten Ernst Thälmann, den großen Sohn der deutschen Arbeiterklasse. Am 14. September ließ Goebbels durch den Rundfunk die Nachricht verbreiten: „Bei einem alliierten Luftangriff am 28. August 1944 auf das Konzentrationslager Buchenwald kamen die beiden ehemaligen Reichstagsabgeordneten Rudolf Breitscheid und Ernst Thälmann ums Leben." Das war eine feige, erbärmliche Lüge. Ernst Thälmann war niemals Häftling in Buchenwald. Er wurde am 17. August 1944 aus dem Gefängnis Bautzen abgeholt und noch in der gleichen Nacht im Konzentrationslager Buchenwald, wohin man ihn schleppte, ermordet. Dieser heimtückische Mord an dem Führer der Kommunistischen Partei Deutschlands, Ernst Thälmann, zeigte die große Angst der Hitlerfaschisten, deren naher Untergang sich im August 1944 bereits überall abzuzeichnen begann. Ihre Angst vor der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung, ihre Angst vor dem großen Führer des werktätigen deutschen Volkes, der für Millionen zum Symbol des Widerstandes, zum Symbol des unerschrockenen Kampfes für den Kommunismus geworden war.

„Ernst Thälmann ist niemals gefallen, Stimme und Faust der Nation" heißt es in einem Arbeiterlied. Er lebt fort in dem Kampf, den das werktätige deutsche Volk, den die KPD/ML heute für die Verwirklichung eines vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland führt. Er wird stets im Andenken der deutschen Arbeiterklasse fortleben als derjenige, der selbst am besten die Forderung erfüllte, die er nach dem Hamburger Aufstand an die Revolutionäre Deutschlands stellte: **„Mehr denn je muß in dieser Periode jeder deutsche Kommunist, jedes Parteimitglied, jedes Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes, jeder revolutionäre Arbeiter stets und unverrückbar das Bild der Hamburger Oktoberkämpfer vor Augen haben: kaltblütig, todesverachtend, der Sache der Arbeiterklasse grenzenlos ergeben, das Gewehr in der Hand, vor sich die Barrikade, zum Empfang des Feindes bereit und den Blick auf ein einziges Ziel gerichtet, auf das größte stolzeste Ziel, das es für einen Kommunisten gibt: die Diktatur des Proletariats!"**

Demonstration in Westberlin

Weg mit der Mauer



Am 13. August rief die Partei in Westberlin zu einer Demonstration gegen die Mauer auf. Die Werktätigen — nicht nur im Westen Berlins, sondern auch im Osten — verfolgten diese Demonstration mit großem Interesse, und die kurzen Reden, in denen Genossen der Partei während der Demonstration zum Kampf gegen das sozialfaschistische Regime im Osten Deutschlands, gegen die imperialistische Herrschaft im Westen aufriefen, fanden aufmerksame Zuhörer. Das drückte sich auch darin aus, daß während der Demonstration trotz des schlechten regnerischen Wetters 35 „Rote Morgen" und 20 Exemplare einer Bild-Dokumentation gegen die faschistische Mauer in Berlin verkauft wurden.

Bereits in den letzten zwei Wochen vor der Demonstration hatte die Partei in den verschiedenen Bezirken Westberlins mit Kundgebungen und einer Ausstellung zum Kampf gegen die Mauer, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland aufgerufen. Bei diesen Kundgebungen und bei der Demonstration verteilte die Partei über 20.000 Flugblätter an die Westberliner Werktätigen.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....
○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....
Straße: ....
Plz/Ort: ....
Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich **DM 30,00** ○ halbjährlich **DM 15,00** ○ vierteljährlich **DM 7,50**

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der SVR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/ 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 9-12 und 14-18 Uhr, Sa. 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2000 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040 / 4 39 91 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3000 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 6700 Ludwigshafen (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Rutenstr. 1. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 10.30-13.00 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7000 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8000 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089 / 53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030 / 4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

5100 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.

4800 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521 / 17 74 04. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-12 Uhr.

4630 Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13, Mi 17-19 Uhr.

2800 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4100 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr. Tel.: 0203 / 6 47 96.

4300 Essen-Altendorf, Buchladen „Roter Morgen", Helenenstr. 35. Öffnungszeiten: Mi. u. Do. 16-18 Uhr. Tel.: 0201 / 62 42 99.

6000 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 43 75 95. Öffnungszeiten: Di-Fr 16.30-18.30 Sa 10-14 Uhr.

2300 Kiel 1, Buchhandlung „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02. Öffnungszeiten: Mo, Di, Mi, Do 9-13 und 15-18, Fr 9-13 und 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5000 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

2400 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.